# Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 267 3. FEBRUAR 1979 1,50 DM (incl. 6% MwSt) D 1870 CX

Redaktionsschluß : Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift : Postfach 90 03 43, 6000 Frankfurt 90

Telefon : 0611 / 70 43 52
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45




## RÄTSEL & ID/ RÄTSEL & ID / RÄTSEL & ID / RÄTSEL & ID / RÄTSEL & ID / RÄTSEL & ID/ RÄTSEL & ID

KREUZ–ID–WORT–ID–RÄTSEL / KREUZ–ID–WORT–ID–RÄTSEL / KREUZ–ID–WORT–IDÜ–RÄTSEL

STÖHNEBERGER–RÄTSEL–ECKE–STÖHNEBERGER–RÄTSELECKE–STÖHNEBERGER–RÄTSELECKE

BERLIN, 31. Januar 1979 *Der Gesprächskreis 'Wohnen & Sanieren' in Berlin gibt eine Lokalzeitung von Bewohnern für Bewohner um den Kaiser-Wilhelm-Platz heraus. Das „Stöhneberger Echo" aus Schöneberg befaßt sich mit Sanierungsproblemen, Autobahnbau und Stadtteilzerstörung. Auf der letzten Seite steht ein Kreuzworträtsel, das wir für die ID-Rätselecke übernehmen.* **Kontakt: c/o P. Timm, Crellestr. 38, 1000 Berlin.**

**Waagerecht**: 1. Autobahn, die hoffentlich nicht durch unser Gebiet gebaut wird 2. Institution für ältere Leute 3. persönliches Fürwort 4. Was häufig abgerissen anstatt modernisiert wird 5. Abkzg. für Technische Fachhochschule 6. englisch = nein 7. Was durch Autoabgase verpestet wird 8. Berliner Floskel, häufig am Ende von Fragen 0. Abkzg. für Pädagogische Hochschule 10. Was unsere Häuser nötig haben 11. Gegenteil von aus 12. Frauenname 13. Bedeutung 14. Umgangsausdruck für Mann 15. Ihm „verdanken" wir die Sanierungspläne 16. Name einer Straße in unserem Gebiet (ss = 1 Kästchen) 17. Produktname von Benzin 18. Name der ersten Frau 19. englisch = rollen 20. Kosename für Ulrich 21. Abkzg. für Reitclub 22. Ausruf des Entzückens 23. Scheunen 24. Maßeinheit für Lautstärke 25. Kontaktbereichsbeamter 26. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 27. Eine Möglichkeit, sich zu informieren 28. Gebirge in Rußland 29. Tatkraft 30. Ausruf bei Schadenfreude 31. Er wird bei Rohrbruch im Haus als erster verständigt 32. Reizleiter im Körper.

**Senkrecht**: 1. Vorgang, durch den man ins Parlament gelangt 11. Stadt in der Türkei 15. Vogelart 22. Frauenname 24. Schmerz 25. Milchgebendes Säugetier 33. Kosename für Michaela 34. Teil einer Treppe 35. Versuchsreihe 36. Teil eines Baumes 37. Was wird verschmälert, wenn die Straße verbreitert wird? 38. Was darf zum Frühstück nicht fehlen? 39. Zahlwort 40. Populärer amerikanischer Ausdruck für Stadtpolizist 41. Gefäß für Wahlzettel 42. Papageienart 43. besitzanzeigendes Fürwort (Mehrzahl) 44. Meist sieht es dort trostlos aus, bevorzugter Platz für Mülltonnen 45. Guter, alter Wärmespender 46. Gegenteil von hinten 47. Kürzel für Sybille 48. Vorname einer berühmten italienischen Filmschauspielerin 49. So ist es häufig in unseren Kellern 50. französisch = Gold 51. Berliner Umgangsausdruck für Ehefrau, Alte 52. Unsere Antwort auf die Senatssanierungspläne 53. Was manchmal besser ist als ein Neubau 54. Kfz-Zeichen für Schweiz 55. Berliner Umgangssprache = nein 56. Dadurch paßt ein Faden, aber kein Kamel 57. lateinisch = bete 58. Gewässer 59. leicht, locker, salopp 60. Ausruf des Erstaunens

ID–RÄTSEL / ID–RÄTSEL/ ID – RATLOS ? / ID– RÄTSELHAFT / ID : RATET LOS !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

## NEUES VOM BILDERDIENST

In einer uns räumlich und inhaltlich nahestehenden regelmäßig erscheinenden Publikation, in Spontikreisen angeblich sehr bekannt, und Pflasterstrand genannt, wurde diese Woche eine Hausdurchsuchung gemacht. Die Herren suchten eine Nr. des oben genannten Druckerzeugnisses. Bei der Schnüffelaktion konnten auch einige ganz lustige aufschlußreiche Bilder geknipst werden.

In der Frankfurter Uni wurde ein neuer Präsident gewählt. Es gab nur einen Kandidaten bei dieser Veranstaltung. Um die Wahl demokratischer zu gestalten, wurde ein geeigneter Gegenkandidat vorgeschlagen: eine zufällig anwesende Jungsau (*zufällig! Ha! Bis wir diese quiekende Schwarte die Treppe raufgeschoben hatten . . .)*. Von dieser säuischen Veranstaltung gibt es eine Reihe schweinischer Bilder.

Von den Unruhen im Iran haben wir acht Fotos zugeschickt bekommen; sie sind technisch zwar nicht hervorragend, geben aber trotzdem einiges von der Bewegung im Iran wieder.

Technisch ebenfalls unter aller Sau, darum aber um so interessanter sind einige Bilder von Zerstörungen in den von Israel besetzten Gebieten: Folgen von Bombardierungen sowie von Mißhandlungen oppositioneller westjordanischer Araber.

Bestellbedingungen: Wenn's schnell sein muß: Tel. 70 43 52, sonst schriftlich: Postfach 900 343, ID-Bilderdienst, 6 Frankfurt 90.

## IN FULDA GIBT'S BALD EINE STADTZEITUNG

Fulda
24.10.78

"Übrigens, es gibt in Fulda immer noch eine Stadtzeitungsinitiative. Wir sind enttäuscht, daß ihr davon noch nichts im ID erwähnt habt, obwohl wir euch schon zweimal geschrieben haben und jeweils auch das Buch dieser Initiativgruppe beigelegen hat. Denkt mal an uns! Wir haben es schwer genug. Grüsse aus der Provinz."

*Das Buch ist eine Art Stadtbuch, in dem alle Fuldaer Projekte, Gruppen, Initiativen vorgestellt und beschrieben werden, und wie die Stadt sich ihnen gegenüber verhält. Außerdem ist eine 'Analyse' drin, wofür die Stadt Fulda ihr (unser) Geld ausgibt. Das Ding (Buch/Broschüre) kostet DM 5.- und ist zu bestellen bei:* **Sofa Buchladen, Ohmstr. 14, 6400 Fulda, Tel. 0661/ 74 934.**

Die Zeitung wird ab November/Dezember monatlich erscheinen, bestellen bitte vorerst noch beim Sofa Buchladen.

## "NEBELHORN" SUCHT SCHREIBER

Das "Nebelhorn" ist eine Zeitschrift für Literatur, Graphik, Kritik. Soeben ist die Nr. 2 erschienen (Themen: Mühsam, Traven, Hikmet, Musil u.a.). Für Nr. 3 – Redaktionsschluß Mitte Februar – suchen die Redakteure alles mögliche zum Thema "Stories". Bestellt werden kann die Zeitung bei:

**Ronald Glomb, Muskauer Str. 15, 1000 Berlin 36.**

Dei Zeitung muß per Vorkasse mit DM 4,50 auf das Postscheckkonto Glomb, Berlin-West, Nr. 4204 14-101 bezahlt werden.

## GLATTEIS – ABER WO?

MAINZ
25.Januar

Daß „Glatteis", eine satirische Vierteljahresschrift, herauskommen soll (ab 15.März) und viele Leute mitmachen sollen, stand im ID 264. Hier ist die Adresse, an die sich die satyrischen Massen wenden können:

**Freie Fressen-Presse, c/o Mario Fuhr**
**Badergasse 14, 6500 Mainz, Tel. 06143 / 63 459**

## BESTE ZEITUNG DER WELT

Huglfing, 11.1.79

Liebe ID-Leute,

Schön wär's, wenn Ihr folgende Zeilen abdrucken könntet: Der Regenbogen, Alternativzeitung für einen autonomen Altlandkreis Weilheim beehrt sich bekanntzugeben, daß 1. unsere Telefonnummer geändert ist. Neue Telefonnummer 08802/8282 und 2. unsere Produktion auf Hochtouren läuft, 3. haben wir nur noch einen Anspruch: die beste Zeitung der Welt zu werden. Ihr könnt uns dabei helfen, indem Ihr uns massenhaft Informationen über das zuschickt, was so alles läuft, in diesem Staate.

**Kontakt: Regenbogen, Bachstr. 15, 8125 Huglfing.**

## ALTERNATIVES ADRESSBUCH '79

'Freek Work' wollen ein alternatives Adreßbuch machen, dazu suchen sie noch Selbstdarstellungen und Beschreibungen entsprechender Projekte. Schreibt an:

**AK Alternatives Adreßbuch, Obergasse 30, 6501 Ober-Olm**

## KUNST IM RATHAUS

AUGSBURG
25.Januar

Die vagabundierende Ausstellung „KUNST GEGEN ATOMKRAFT" rastet vom 3. – 18.Februar im Rathaus zu Augsburg. Die Ausstellung umfaßt etwa 150 Werke und etliche Arbeiten schwäbischer Künstler. Die Ausstellung wird mit mehreren Veranstaltungen garniert. Informationen dazu gibts von:

**Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, c/o D.Ferdinand, bei St. Ursula 12; 8900 Augsburg, Tel. 37 832**

## EINLADUNG

HAMBURG
19. Januar

Am 24./25.2.79 findet das 5. Treffen von Naturwissenschaftlern gegen Atomenergie in HH im Martin-Luther-King-Haus in der Grindelallee 9 statt, „auf Einladung der Prozeßgruppe der BUU Hamburg". Die Veranstalter bitten um (schriftliche) Anmeldung bis zum 12.2.79, um eine endgültige Themenliste zusammenzustellen und Schlafplätze zu organisieren.

**Prozeßgruppe der BUU Hamburg, c/o Arbeitskreis politische Ökologie, Lutterothstraße 33, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/ 402782.**

## MATERIALIEN ZUR ANTI-KKW-BEWEGUNG

Der Jürgen Koch aus der Bausmühlenstraße 54 in Solingen 5650-19 hat noch ein paar „Informationen zur Kernenergie" von der BBU übrig. Wer noch welche haben möchte soll sich bei ihm melden.

## KEINE LEGITIMATION FÜR DIE CHEMISCHE KEULE IM KNAST

HAMBURG
Janaur

Im März wird in der Bürgerschaft über die endgültige Einführung der Chemischen Keule im Knast im Strafvollzug beschlossen. Zur Zeit wird sie schon versuchsweise eingesetzt. In den USA wird die Chemische Keule nicht mehr verwendet, weil nachgewiesen wurde, daß durch deren Anwendung irreparable Gesundheitsschäden hervorgerufen werden (Augenschäden und Krebserkrankungen). Die Chemische Keule wird öfter eingesetzt als der Knüppel, da die Hemmschwelle für deren Anwendung niedriger ist. Die Gefangenen selbstinitiative Hamburg ruft zu einer Unterschriftenaktion gegen die Einführung der Chemischen Keule auf (sie sucht auch noch Material dazu).

**Gefangenenselbstinttiative e.V., Vereinsstraße 48, 2 Hamburg 6 Tel. 040/433032**

## NEUER PROZESS GEGEN JOHANNES ROOS

FRANKFURT 31. Januar — Johannes Roos, in Frankfurt wegen Polizistenmordes angeklagt und freigesprochen (siehe ID 230, 228, 221, 219, 218, 209, 205, 198), war seinerzeit nicht etwa aus der Haft entlassen worden. Am 15. Februar beginnt gegen ihn ein neuer Prozeß, diesmal wegen angeblicher terroristischer Aktivitäten. Unter anderem soll er vorgehabt haben, einen Bischof und zwei Ministerinnen zu stehlen, Mitglied in einer terroristischen Vereinigung gewesen sein (in welcher, weiß keiner). Dazu kommen Verstoß gegen das Waffengesetz, Autodiebstahl, Hehlerei, Urkundenfälschung und zuguterketzt noch ein Bankraub, bei dem der Kölner Sparkasse im Mai 77 250.000 Mark abhanden kamen.

Die Verhandlung findet in Düsseldorf, Tannenstraße (Lippe—Haus) vor dem Oberlandesgericht statt. Voraussichtliche Termine: 15., 16., 20., 22., 23. Februar und 1., 2., 5., 7. und 8. März jeweils um 9.30 Uhr.

## MATERIAL GESUCHT zu INNENPOLITISCHEN KLIMAVERÄNDERUNGEN

LIESTAL 31.Januar — *Das Demokratische Manifest Nordwestschweiz schreibt:*

„Wie Ihr vielleicht wißt, soll auch bei uns in der Schweiz eine Strafrechtsreform durchgeführt werden, die den Begriff der „terroristischen Gruppe" einführen soll. Um die Kampagne dagegen zu führen, benötigen wir Material, das aufzeigen soll, welche innenpolitischen Folgen ein solches Gesetz haben kann. Die Entwicklung in der BRD durch das entsprechende Gesetz, die innenpolitischen Klimaveränderungen,Fälle sollen exemplarisch die konkreten Folgen aufzuzeigen helfen. Sofern Ihr dazu Material zur Verfügung habt, könntet Ihr mir dieses zustellen oder mögliche Quellen angeben?

Kontakt:
**Nick Stettler, Rheinstraße 88; CH—4410 Liestal**

## FILM ÜBER NPD-DEMONSTRATION

DUISBURG 13. Dezember 78 — *Die Video-Gruppe Duisburg-Hamborn hat einen Film zu verleihen:*

„Am 2. September fanden in Essen und Oberhausen Kundgebungen der neofaschistischen NPD statt. Rund 100 Polizisten in Essen und 300 in Oberhausen „schützten" die NPD vor ca. 200 bzw. 1000 Antifaschisten. Dabei wurden 13 Gegendemonstranten vorübergehend „wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" inhaftiert. Bei der Verhaftung erlitt ein Antifaschist eine Gehirnerschütterung und einen Nabelbruch. Kommentar eines Polizisten (Polizeioberrat) dazu, daß hier Faschisten ein öffentliches Auftreten ermöglicht wurde:„Die Polizei hat schon immer, nicht wahr, der Regierung die Treue gehalten..."

Darüber haben wir einen Videofilm gedreht der die wesentlichen Ereignisse und den Kommentar der Polizei enthält. Wer sich den Film ausleihen will, wende sich an Klaus Simmering, Braunschweiger Str. 6, 4100 Duisburg 11. Wir kommen auch gerne vorbei und führen den Film selbst vor. Das Band ist (wichtig beim Ausleihen) in 1/2 Zoll Japan Standard I gedreht."

**Kontakt: Video-Gruppe Duisburg-Hamborn, Braunschweiger Str. 6, 4100 Duisburg 11.**

## IRAN-DEMONSTRATION IN GEISENHEIM

GEISENHEIM (Rheingau), 1. Februar 79

Am 10. Februar wird in Geisenheim für den Aufstand im Iran, gegen die Reaktion und ihre Kumpane in der westdeutschen Rüstungsindustrie demonstriert. Treffpunkt: 11 Uhr am Jugendzentrum. **Kontakt: Antiimperialistischer Arbeitskreis, c/o M. Stork, Winkeler Str. 132, 6222 Geisenheim.**

## WANDERAUSSTELLUNGEN: NEOFASCHISMUS, ZIGEUNER U.A.

BERLIN 23. Januar — Die Galerie 70 in der Schillerstraße 70 in Berlin 12 zeigt in der nächsten Zeit eine Reihe von Ausstellungen:

16.1. bis 3.3.: „Deutschland erwacht" Dokumente neofaschistischer Aktionen in Deutschland

13.3. bis 19.5. „Zigeuner heute — Verfolgung und Diskriminierung in der BRD"

22.5. bis 6.7. „Kinder im Elend" Lebensbedingungen von Kindern in den Slums Südamerikas. Hierzu erscheint ein Katalog

11.9. bis 3.11. „Ist das noch Spielzeug? " Kriegsspielzeug in den Händen von Kindern — ein umfassender Katalog ist in Planung

6.11. bis 22.12. „Lebensbedingungen nordamerikanischer Indianer" eine Ausstellung von Uwe Stiller, Autor des Buches „Das Recht anders zu sein", Verlag Jakobson

Wie schon in den Jahren zuvor sind sämtliche Ausstellungen Wanderausstellungen und können ab sofort vorbestellt werden. Dies würde bei der z.T. sehr schwierigen Finanzierung der Projekte helfen.

## INTERNATIONAL INHAFTIERTE KRIEGSDIENSTGEGNER

FRANKFURT Januar '79 — Seit 1956 veröffentlicht die Internationale der Kriegsdienstgegner/ War Resisters' International alljährlich eine Liste der international inhaftierten Kriegsdienstgegner. Die Liste hat den Zweck, den Inhaftierten durch eine Postkarte unsere Solidarität auszudrücken, sowie unsere moralische Unterstützung zu geben. Die uns bekannten Kriegsdienstverweigerer sitzen in den Gefängnissen von Schweden, Holland, BRD, Griechenland, DDR, Sowjetunion und der CSSR. Gegen Einsendung von DM —,90 in Briefmarken ist die Liste erhältlich von: **Gewaltfreie Aktion Hamburg, c/o Kalle Seng, Methfesselstr. 69, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/ 490 0259.**

## SALECINA-INFO ERSCHIENEN

MALOJA/Schweiz 23.Januar — Soeben ist die Nr. 1 des vierteljährigen Infos „Salecina" erschienen und zwar in deutscher und italienischer Sprache.

Es ist sämtlichen Personen zugeschickt worden, die in den letzten Jahren ihre Adresse in Salecina deponiert haben - aber eben an ihre damalige Adresse. Nicht erreichte Interessenten melden sich bei

**Stiftung Salecina, 7516 Maloja/Schweiz**

Das Jahresabo kostet 10 Schweizer Franken, der Überschuß soll die Gratisverteilung an 600 Bergeller Haushalte ermöglichen (Bergell ist das benachbarte Tal von Salecina.)
Und so wird man Abonnent: 10,00 Fr. einzahlen auf:
**PC Chur 70-11229 (Salecina/Maloja).**

Bitte vermerken, wenn Nr. 1 nachgeliefert werden soll.
(Die Salecina-Stiftung, die ein Haus in den schweizer Bergen unterhält, versteht sich als Bestandteil der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung. Das Haus ist für Bildungsveranstaltungen, Seminare und Ferien eingerichtet.)

## ANKLAGE WEGEN VERBREITUNG DER „DOKUMENTATION – DER TOD ULRIKE MEINHOFS" ZUGELASSEN

MARBURG
23. Januar 79

*Zum Prozeß gegen Rolf Löchel der folgende Bericht:*

„Nachdem im Oktober 78 die Staatsanwaltschaft Frankfurt nach immerhin fast zweijähriger Ermittlungsarbeit Anklage gegen Rolf Löchel wegen Verbreitens der 1976 erschienenen „Dokumentation – Der Tod Ulrike Meinhofs" (was gegen den Paragraphen 88 a verstoßen soll) erhoben hatte, ließ der zuständige Ermittlungsrichter diese am 4.1.79 zur Verhandlung vor der Staatsschutzkammer in Frankfurt zur Verhandlung zu. Der Prozeß wird also stattfinden. Nach Mitteilung des Kammervorsitzenden voraussichtlich gegen Mitte des Jahres.

Zum Verständnis der Bedeutung des Prozesses ist es notwendig, kurz die bisherige Entwicklung darzustellen. Im Herbst 76 erschien die von der Schwarzen Hilfe Fulda herausgebrachte 133 Seiten starke „Dokumentation – Der Tod Ulrike Meinhofs". Diese untergliedert sich in eine einführende Darstellung der Politik der RAF, den Hauptteil, der die Todesumstände Ulrike Meinhofs unter die Lupe nimmt und einen Anhang mit Reden von Gefangenen aus der RAF vor Gericht. Die Intention der Broschüre wird durch das Vorwort der Herausgeber deutlich: „Diese Dokumentation richtet sich in erster Linie an diejenigen, die bisher keine oder kaum Gelegenheit hatten, authentische Schriften der RAF im Besonderen und der Stadtguerilla im Allgemeinen zu Gesicht zu bekommen. Also an Leute, die sich mit Theorie und Praxis der Stadtguerilla noch nicht allzu intensiv auseinandergesetzt haben. So ist es zu verstehen, daß der eigentlichen Dokumentation der Ereignisse um Ulrikes Tod eine kurze, einführende Darstellung der Theorie und Praxis der RAF vorangestellt ist. Diese will aufzeigen, welche Politik es war, die den Staat veranlaßte, Ulrike hinzurichten. Sie dient dazu, dieser Dokumentation über das Niveau der bloßen Anklage hinaus zu verhelfen."
Zwar besteht die Schrift nach Ansicht des Bundesgerichtshofs im Wesentlichen aus der Wiedergabe von Dokumenten, dies hinderte die Staatsanwaltschaft Frankfurt jedoch nicht daran, ein Ermittlungsverfahren gegen Rolf Löchel wegen des Verdachts des Verstoßes gegen den Zensurparagraphen 88 a einzuleiten, da Rolf laut Impressum der Dokumentation Bestellungen entgegengenommen habe und die Zahlungen für bestellte Exemplare an ihn zu richten gewesen seien.

Im Februar 78 wurde wegen diesem Ermittlungsverfahren Haftbefehl gegen Rolf erlassen, da Fluchtgefahr bestehe. Am 12.4.78 wurde Rolf verhaftet und saß eine Woche im Knast. Dann wurde er zwar entlassen, der Haftbefehl jedoch weiter mit der Auflage, daß Rolf sich dreimal in der Woche auf der Kripostation in Marburg melden muß, aufrechterhalten. Erst seit Januar 79 muß Rolf sich 'nur' noch zweimal im Monat melden – und dies nach aller Wahrscheinlichkeit bis zu Prozeßbeginn.

Erwähnenswert ist vielleicht noch, daß dies nicht das einzige § 88 a-Verfahren ist, das gegen Rolf Löchel eingeleitet wurde. Ermittelt wurde außerdem wegen einer nicht angenommenen Postsendung aus der Schweiz (die Dokumentation „Glaubt den Lügen der Mörder nicht" zu den Ereignissen vom 18.10.77 in Stammheim) und der Verbreitung der Knastzeitschrift „Schwarzer Alltag". Diese beiden Ermittlungsverfahren wurden jedoch eingestellt."

**Kontakt: Schwarze Hilfe, c/o Rolf Löchel, Postfach 1668, 3550 Marburg.**

## SCHWARZE HILFE GEGRÜNDET

KÖLN
24. Januar

*In Köln ist eine neue Schwarze Hilfe gegründet worden. Die Gruppe schreibt u.a.:*

konkret sieht unsere arbeit so aus:

1. juristische hilfe durch vermittlung von rechtsanwälten, das verschicken von grundsatzurteilen und juristische tips ...
2. medizinische hilfe durch vermittlung von ärzten, die bereit sind gefangene kostenlos zu behandeln und in den knästen notfalls aufzusuchen.
3. öffentlichkeitsarbeit: wir versuchen, texte von gefangenen an verlage und zeitschriften zu vermitteln, wir versuchen, forderungen und berichte über die zustände im knast an die öffentlichkeit heranzutragen in form von artikeln, dokumentationen, vorträgen, ...
4. informationen werden an die gefangenen herangetragen in form von vermittlung kostenloser zeitungsabonnements, von kostenlosem bücherverleih, persönlichen kontakten, briefen, besuchen, ...

wir tragen uns selber, sind meist ex–knackis.
knastarbeit leisten zieht eine enorme finanzielle belastung nach sich, wir brauchen also dringendst kohle für: dokumentationen, fahrkosten, porto, pakete, einzahlungen auf konten der gefangenen, bücher, zeitungen, radios, schreibmaschinen, veröffentlichungen und und und !
auch sachspenden werden in jeder form gesucht !!
spenden bitte überweisen auf das konto: **edith zedler 604/1917 deutsche bank köln**
es ist angebracht mit einzahlung der spende einen brief abzuschicken!
sachspenden bitte schicken an: **günter butt, nußbaumerstr. 39 5000 köln 30**

**Kontaktadresse: Schwatze Hilfe Cölle, Büro Glasstraße 80, 5 Köln 30**

## EINE KOMMANDOMELDUNG

BERLIN
31. Januar

Heute kam per Bundespost ein Flugblatt, in dem jemand mitteilt, daß bei der Firma Lindhorst Feuer gelegt worden sei, weil diese Gefängnisteile für das Berliner Gefängnis Moabit baut. Außerdem sei es den Gefangenen in den Zellen kalt, weil im Knast schlecht geheizt wird. In Berlin sind Scheiben von Banken und Kaufhäusern zerstört worden. Im Flugblatt heißt es: " ... all diese zerstörten Scheiben drücken unsere Wut über die zusätzliche Isolierung unserer Genossen und Genossinnen, unserer Brüder und Schwestern in den Knästen durch die Trennscheiben bei Besuchen aus."

## PROZESS GEGEN ARNDT MÜLLER UND ARNIM NEWERLA

STUTTGART
21. Januar

Am 1.3.79 soll die Hauptverhandlung gegen die beiden Rechtsanwälte vor dem 2. Strafsenat des OLG Stuttgart stattfinden. Ihnen wird vorgeworfen, Kassiber, Waffen und Sprengstoff in die JVA Stuttgart-Stammheim geschmuggelt zu haben.

Im Verfahren gegen Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo wurde bereits die Täterschaft der beiden Anwälte festgeschrieben, ohne daß diese Gelegenheit gehabt haben, sich in einer Hauptverhandlung dazu zu äußern. Für je einen weiteren zweiten Vertrauensanwalt wird um Spenden gebeten: **Detlef Feuerborn, 6800 Mannheim, Nr. 155 06-752 PSchA Karlsruhe. Kontakt: Anwaltsbüro Feuerborn/Harder, Mittelstr. 68, 6800 Mannheim 1, Tel. 0621/ 34086.**

## STAATSANWALTSCHAFT GEGEN HAFTENTLASSUNG VON UWE CARTENSEN

MÜNSTER
22. Januar

Uwe Cartensen sitzt seit dem 1. November '78 eine achtmonatige Haftstrafe ohne Bewährung in der Vollzugsanstalt Münster ab. Er war verurteilt worden, weil er bei einer antifaschistischen Demonstration Widerstand gegen die Staatsgewalt geübt haben soll. Cartensen hatte an einer Demonstration teilgenommen, die sich gegen die Verurteilung von Antifaschisten richtete, die im Oktober '75 in Köln gegen die NPD demonstrierten.

Cartensen möchte vorzeitig entlassen werden. Die Anstaltsleitung ist dafür, ihn nach dem Absitzen von Zweidritteln der Haft auf Bewährung freizulassen. Außerdem können – laut Gerichtsurteil – vier Monate der Strafe durch eine Geldstrafe abgegolten werden. Er hat bisher 1.800 DM gezahlt. So weit, so gut. Nur die Staatsanwaltschaft in Köln weigert sich, der Haftentlassung zuzustimmen. Sie setzt sich damit sowohl über das Gerichtsurteil als auch über die Anstaltsleitung hinweg.

Die letzte Entscheidung in dieser Sache hat die Strafvollzugskammer Münster. Cartensen bittet, dorthin zu schreiben und sich in Briefen für seine Entlassung einzusetzen. Briefe an: **Landgericht Münster, Strafvollzugskammer, Geschäfts-Nr. STVK 1763/78, Postfach 4909, 4400 Münster.**


Klaus CROISSANT

## CROISSANT – DER FISCH IM WOLFSPELZ

STUTTGART-Stammheim
29. Januar

Udo Heissler, Oberstaatsanwalt, im unterbliebenen Teil seiner Anklage gegen Klaus Croissant oder warum Klaus Croissant 3 1/2 Jahre Gefängnis, die französiche U-Haft nicht angerechnet, und 5 Jahre Berufsverbot bekommen sollte. Croissant wäre, so Heissler, kein großes Lamm, er wäre ein Fisch im Wolfspelz oder ein kleines Schaf ( wirklich sagte er, Croissant sei ein großer Fisch, ein Wolf im Schafspelz und kein unschuldiges Lamm). Außerdem hätte Croissant, so Heissler, Entführungen mitgeplant. Natürlich hat Heissler kein Wort von dem Sonderprotokoll gesagt, das vor ca. 2 Jahren gemacht wurde, als Croissant im Gespräch mit Ulrike Meinhof abgehört wurde. Lange Zeit wurde das gerechtfertigt wegen einer geplanten Kindesentführung vom Spielplatz weg – der Bundesnachrichtendienst hatte die Abhörung veranlaßt. Daß Frau Meinhof sich eigentlich Sorgen über ihre Kinder machte, nämlich daß sie entführt werden könnten, hat man lange nicht geglaubt.
Der Prozeß geht am Montag und Dienstag, den 5. und 6. Februar weiter mit dem Plädoyer der Verteidigung. Das Urteil wird für den darauffolgenden Montag erwartet.

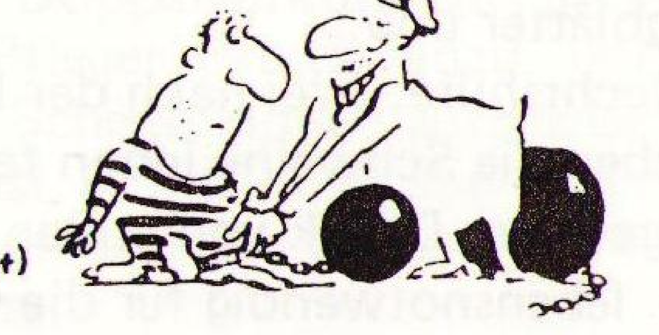
Max Watts / ID

## WUNDERLICHES VOM DRENKMANN–PROZESS

BERLIN
31. Januar

Im Berliner Drenkmann–Prozeß (der Kammergerichtspräsident Drenkmann war in Berlin erschossen worden) hatten Verteidigung und die Angeklagten Fritsch und Klöpper Grund zur Verwunderung. Am 10.1. wurde der Polizeibeamte Trellert vernommen, der in der Wohnung der Angeklagten Schriftproben von drei Schreibmaschinen genommen haben sollte.
Heraus kam erstens, daß die Schriftproben von einer Schreibmaschine, mit der auch ein Bekenner–Flugblatt zur Drenkmann–Erschießung aufgetaucht sein soll, gar nicht von Trellert genommen wurden. Zweitens: Er war bei der Durchsuchung laut Einsatzbericht gar nicht dabei. Drittens: Er erinnert sich noch ausgezeichnet an die Schreibmaschine, an der er geprobt hatte. Diese sei flach und grau. Und viertens, oh Wunder: der Schriftgutachter mein, das besagtes Gerät – eine Diamant X – so um die 50 Jahre alt, groß und schwarz sei.




## SONNENBERG, HAAG UND MAYER IM HUNGERSTREIK

BERLIN
25. Januar

*Eine Presseerklärung der Anwälte von Günter Sonnenberg:*

"Günter Sonnenberg, Siegfried Haag und Roland Mayer befinden sich seit dem 25.1.1979 in einem unbefristeten Hungerstreik. Der Grund von Günter Sonnenberg für diesen Schritt liegt darin, daß das Baden–Württembergische Justizministerium eine für ihn lebensnotwendige Haftbedingung, nämlich den seit 9.3.1978 gemeinsamen Hofgang mit Haag und Mayer (angeordnet durch das OLG Stuttgart), außer Kraft gesetzt hat.

Die bislang ohne Begründung ergangene Maßnahme ist um so befremdlicher, weil

1. jeder Sonnenberg untersuchende Arzt ausdrücklich betont hat, er benötige dringend Fremdeinwirkung in Form von Gesprächen und sozialen Kontakten, um seine geistigen Kräfte nach dem Kopfschuß vom 3.5.1977 zu regenerieren,
2. Isolation in der Haft unabhängig davon zu schweren geistigen und körperlichen Schäden führen kann und schon geführt hat,
3. der Bundesgerichtshof noch mit Beschluß vom 29.12.1978 ausdrücklich den bislang praktizierten Hofgang gebilligt und seine Fortsetzung "bis auf weiteres angeordnet hat".

Die Trennung von Haag und Mayer bedeutet für Sonnenberg die Aufgabe der letzten sozialen Kontakte in der Anstalt, so daß er nicht bereit ist, den Abbruch der für ihn menschlich und medizinisch notwendigen Kontakte hinzunehmen ...

**Rechtsanwälte Faensen, Häusler, Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 30 , Tel.: 030 / 262-2023 + -24**

## NEUE KNASTGRUPPE

BIELEFELD
Janaur 79

*Im "Libertären Zentrum" hat sich eine Knastgruppe gebildet. In ihrer Selbstdarstellung heißt es:*

"50 000 erwachsene Menschen sind gezwungen, den 'freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gab', durch Gitter zu bewundern. Ebensoviele Jugendliche genießen eine Erzeihung durch eben diesen Staat in Fürsorgeheimen. Wir lehnen eine Unterscheidung in politische und soziale Gefangene oder gar Kriminelle entschieden ab. Unsere Solidarität gilt jedem, der aufmuckt oder sich einfach verweigert. Sie gilt deshalb auch und besonders den Gefangenen aus dem Proletairat. Mit der Schaffung des libertären Zentrums ist es uns gelungen, einen Berühungspunkt verschiedener Ansatzbereiche politischer Arbeit zu schaffen. So sind wir in der Lage, den Problembereich Knast in seinem Gesamtzusammenhang mit Produktions- Konsum- und Wohnbereich zu sehen, und unsere Arbeit mit der der anderen, in den drei letztgenannten Bereichen arbeitenden Gruppen zu koordinieren.

Schwerpunkte unserer Arbeit sind:

1. Öffentlichkeitsarbeit: Es ist halt wichtig, die Scheiße, die im Knast läuft, unters Volk zu bringen. Durch Veranstaltungen, Flugblätter usw.
2. Rechtshilfe: Frei nach der Devise 'wer im Glashaus sitzt ...' machen die Schweine jeden fertig, der sich wehrt. Deshalb ist ein gewisser Druck von außen, durch Anzeigen, Beschwerden usw. lebensnotwendig für die Gefangenen.
3. Verbindung der Gefangenen mit der Außenwelt (durch Briefe, Besuche, Zeitungsabos, usw.). Wir sehen darüberh inaus die Notwendigkeit einer Verbindung der Knäste untereinander.

Es ist klar, daß wir die große Gefangenenbewegung nicht von außen entfachen können. Die Betroffenen selbst müssen die Initiative ergreifen. Unsere Arbeit kann nur die Kämpfe koordinieren. Um regelmäßige Besuche in den Knästen zu gewährleisten, wollen wir unsere Arbeit, zumindest zunächst auf die Knäste beschränken, die nicht viel mehr als 100 km von Bielefeld entfernt sind. Wer Informationen irgendeiner Art hat, Adressen von Gefangenen, wer glaubt, Erfahrungen zu haben, die in irgendeiner Art für uns wichtig sien können, der schreibe uns bitte! Wer kann, komme vorbei!

Libertad o muerte! Freiheit oder Tod!

**Libertäres Zentrum, Knastgruppe, Buddestraße 15, 48 Bielefeld 1**

## DOKUMENTATION ZU SIBYLLE STRAUB UND HERMANN FEILING

HEIDELBERG
28. Januar

"Wendet das Blatt, bevor es welkt" ist eine Dokumentation zur Situation von Sibylle Straub und Hermann Feiling (s. ID Nr. 248, 249/50, 254). Sie enthält auch Beiträge zur Situation von Sibylle Herzinger aus Frankfurt. Nach der Explosion eines angeblich selbstgebastelten Sprengkörpers am 23.6.78 in Heidelberg, verlor Hermann Feiling beide Beine und Augen. Am 24.6. also einen Tag (!) nach dem Unfall, soll Hermann bei einer sogenannten "Anhörung" seine Verlobte Sibylle Straub belastet haben. Am selben Tag ist Sibylle auf offener Straße verhaftet worden und sitzt jetzt in Isolationshaft in Stammheim. Ebenfalls soll Hermann in den ersten Tagen nach der Operation von einer "Friederike" gesprochen haben. Seine Angaben wurden durch den BKA-Computer geschickt, der nach mehreren Wochen Verdauung Sylvias Namen. ausspuckte. Sie wurde ebenfalls verhaftet und sitzt in Isolationshaft in Frankfurt-Preungesheim. Hermann kennt Sylvia nicht. Sibylle und Sylvia werden verdächtigt, bei einem Brandanschlag aufs Heidelberger Schloß beteiligt gewesen zu sein und sind angeklagt wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung". Innerhalb des Rahmens der Behandlung schwerverletzter Genossen (Siegfried Hausner, Katharina Hammerschmidt, Günter Sonnenberg) bedeutet die Behandlung Hermanns – der Versuch, ihn in seiner politischen Identität zu vernichten – eine neue Qualität. Die Dokumentation ist in den linken Buchläden (v.a.) Heidelbergs zu bekommen zum Preis von DM 3,--

**Solidaritätskomitee für Sibylle Straub und Hermann Feiling**
**Spendenkonto: "Bille", Heidelberg Volksbank, Kontonr. 20-31306**
**c/o Anna-Maria Lindemann, Untere Straße 30, 69 Heidelberg**

## DIE ANTRAGSTELLERIN KÖNNTE EIN MITTELSMANN SEIN....

BERLIN
15. Dezember

*Die Rote Hilfe Westberlin nimmt zu einem Besuchsverbot Stellung:*

In einem Kammergerichtsbeschluß vom 30.11.78 wird ein Besuchsantrag von M.B., Westberlin, für Gabriele Rollnik, die sich gegenwärtig in der Untersuchungshaftanstalt Alt-Moabit befindet, abgelehnt und das, nachdem ihr zuvor eine Besuchsgenehmigung vom Bundesgerichtshof (!) erteilt worden war.

„Einwände" fand seltsamerweise erst das Kammergericht Westberlin: „Die Antragstellerin hat polizeilichen Ermittlungen zufolge den wegen des selben Tatvorwurfs einsitzenden Untersuchungsgefangenen Till Meyer am 17. April und 3. August 1978 in der Haftanstalt besucht. Bereits eine Woche nach diesem letztem Besuch hat sie einen Besuchsantrag für die Beschuldigte gestellt, der ihr vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs noch gestattet worden ist." Allein diese Tatsache scheint für das Kammergericht schon genügend „Beweiskraft" zu haben, hinzu kommt noch folgende Konstruktion: „Die M.B. wohnt bei einer Person zur Untermiete, die der „Roten Hilfe Westberlin" angehört. Von den Mitgliedern dieser Organisation ist bekannt, daß sie sich in besonderer Weise der Täter annehmen, die wegen des Vorwurfs eines Vergehens gegen § 129 a StGB inhaftiert sind. Diese Umstände in der Person der Antragstellerin geben hinreichend Anlaß zu der Befürchtung, daß ein Besuch der Antragstellerin bei der Beschuldigten dem Haftzweck sowie die Sicherheit und Ordnung in der Anstalt gefährden kann."

Ähnliche Praktiken von „Sippenhaft" sind uns bereits bestens bekannt aus der Praxis des Berufsverbots. Soll dieser Beschluß nicht vielmehr die Richtung andeuten, daß jeder, der Besuchsanträge bei politischen Gefangenen stellt, automatisch mit den Zielen der Gefangenen übereinstimmen muß? Also generell ein Besuchsverbot für alle, die nicht zum unmittelbaren Verwandtenkreis gehören?

Folgende Unterstellung des Kammergerichts stellt für uns eine neue Qualität einer Kriminalisierung unserer Gruppe dar, die weit über das Maß hinausgeht, das in der bürgerlichen Presse seit langem verfolgt wird, nämlich, daß die „Rote Hilfe West-Berlin" quasi ein legal arbeitender Arm der „RAF" bzw. von Stadtguerillagruppen sei.

„Es ist hinlänglich bekannt, daß Gefangene, denen terroristische Gewalttaten vorgeworfen werden, sich fremder Mittelsmänner bedienen, um verschlüsselte Nachrichten, die einer Flucht dienen können, zu übermitteln. Auch hier besteht die Gefahr, daß die Antragstellerin als Mittelsmann zur Nachrichtenübermittlung eingesetzt wird. Die Überwachung der Gespräche während des Besuchs kann diese Gefahr nicht ausschliessen, weil verschlüsselte Nachrichten nicht mit Sicherheit erkannt werden können."

Daß dies nicht nur einen ungeheuerlichen Angriff auf unsere Gruppe bedeutet, sondern auch auf alle anderen Gruppen, die u. a. politische Gefangene betreuen, dürfte aus diesem Beschluß hervorgehen.

Eine nicht unwesentliche „Pikanterie" bei diesem Fall dürfte sein, daß der zuständige Ermittlungsrichter am Kammergericht der inzwischen berühmt-berüchtigte Bräutigam ist, der sich im westberliner „Morgenpost" unter dem Pseudonym „Riedel" als „Spezialist" in Strategiefragen beim sog. „Terroristenprozeß" hervorgetan hat und der u.a. für das Berufsverbot von RA Henning Spangenberg (ehemaliger Verteidiger von Fritz Teufel) verantwortlich zeichnet. Darüberhinaus hat dieser Beschluß die Funktion, die politischen Gefangenen noch weiter zu isolieren, sowie auch Gruppen und Einzelpersonen die u.a. auch politische Gefangene besuchen.

Wir fordern alle Gruppen auf, gegen die ähnliche Kriminalisierungsversuche laufen oder gelaufen sind, sich an unsere Adresse zu wenden, um ein gemeinsames Vorgehen zu beschließen.
**Rote Hilfe Westberlin, Postfach 210 512, 1000 Berlin 21.**

## BEFANGENHEITSANTRAG VON FRITZ TEUFEL

**(Gestellt Anfang November, wurde abgelehnt)**

BERLIN, den 27. Hocktober 1978

BEFANGENHEITSANTRAG

In der Schlafsache gegen Bankräu Bär und andere,
hier nur gegen mich —
Es folgt das Beknacktenzeichen —
lehne ich den Vorn schwitzenden Richter wegen
Gemeinheit
ab.
Der vorwitzige Richter hat nicht nur wiederholt und anhaltend
seine Fürsorgepflicht gegenüber mir und den
Mitangelachten
gröblich mißachtet,
sondern auch die Verhältnismäßigkeit von Schaden und Spott
hartnäckig außer Acht gelassen
(was nach einhelliger Meinung von Dünnebier und Dickmilch
in Löwe-Rosenberg und Wanne-Eickel sogar einen absoluten
Revolutionsgrund
darstellt),
indem er einerseits
mich und die Mitangeknackten
seit Jahren in ausgetüftelter Kleingruppenisolation, absoluter
sexueller Askese und erotischer Deprivation dahinschmachten
läßt, andererseits
wie wir der Presse entnehmen konnten, der Prozeß
letzte Woche allein deshalb ausfiel, weil der ohrschlitzige
Richter, einen Lebenswandel führend,
der uns die Trostlosigkeit unserer Haftbedingungen erst recht
vor Augen führt,
mit einem roten Opel zusammen
BUMSTE.

## HÖR AUF MIT DEM GESCHREI . . .

BERLIN JANUAR *Die Knastgruppe Wedding berichtet über den Prozeß gegen einen Schließer, der einen Gefangenen verprügelt hatte:*

„Hör auf mit dem Geschrei . . . ", so die Worte des Schließers Brockhausen, als er sah, wie zwei seiner Kollegen einen vor Schmerzen schreienden Häftling in der psycho-neurologischen Abteilung des Tegeler Knastes in Berlin zusammenschlugen. Das Ganze geschah am 6. April 1978, am 11. Januar fand der Prozeß statt, diesmal nicht wie sonst mit den geschlagenen Gefangenen, sondern mit dem Schläger und Pfleger H.-J. Blunck auf der Anklagebank. Ein ungewohnter Anblick.

Passiert war Folgendes: Der Gefangene Seedorf forderte beim Arzt der psycho-neurologischen (PN) Abteilung, Dr. Strauch, seine sofortige Verlegung aus der PN ins Haus 3. Dr. Strauch meinte, es ginge nicht, er müsse weiter ‚behandelt werden. Kurze Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Gefangene den Schreibtisch vom Knastarzt mal kurz anhob und der Doktor sein Büro verlassen wollte. Dr. Strauch schlug auch gleich Alarm und ordnete an, Seedorf in den Bunker zu bringen. Dann gab's erst mal ne Spritze, Marke Dominal-Taxilan, ein schnellwirkendes Psychopharmaka. Anschließend kam dann gleich das Essen, das der Gefangene gleich an die Wand schmiß, so ein Ekelgefühl überkam ihn beim Anblick des Knastfraßes. Er hatte nämlich einige Stunden zuvor ein schon ein Langzeitberuhigungsmittel (imap) gespritzt bekommen und die Doppelwirkung ruft im Magen Ekelgefühle hervor. Dann kam der 'Pfleger' Blinck hinzu. und forderte ihn auf, das Essen mit dem Scheuerlappen aufzuwischen. Der Gefangene weigerte sich zunächst, wurde dann aber doch dazu gezwungen — immerhin standen schon mehrere Schließer um ihn herum — bückte sich also und wischte.

Bli nck fing dann an, ihn mit Schlägen zu provozieren, das reichte dann irgendwann mal und der Gefangene landete den nassen Scheuerlappen an dem in der Tat recht widerwärtigen Schließerkopf. Jetzt griffen auch die anderen Schließer ein, indem sie den Gefangenen hochrissen und an die Wand schleuderten, worauf dieser an der Wand langsam runterrutschte. Damit nicht genug. Der Bulle Kiesler riß den Gefangenen im Polizeigriff herum und Blunck schlug ungehindert mit einem schweren, nassen Handtuch in sein Gesicht. Dabei erlitt der Gefangene Verletzungen am Ohr (Noch heute leidet er an Gehörstörungen), unter einem Auge und am Rücken. Zusätzlich blutete er aus Mund und Nase.

Erst zwei Tage später wurde er vom Knastarzt Strauch untersucht. Und dies, obwohl er wußte, daß der Gefangene bei dem Vorfall verletzt wurde. Das begründete er damit, daß ja Schlägereien im Knast an der Tagesordnung seien und somit nichts besonderes wären. Auf den Hinweis des Gefangenen, daß er starke Rückenschmerzen habe, antwortet ihm der ‚Arzt', daß er selbst ähnliche Schmerzen habe und man diese heroisch tragen müsse. Die anderen Verletzungen von Strauch wurden zwar untersucht aber gar nicht erst behandelt.

Auch diesmal wurde durch die Aussage von Strauch selbst deutlich, daß die Behandlung mit Psychopharmaka grundsätzlich auch gegen den Willen der Gefangenen gemacht wird, in diesem Fall drei mal innerhalb von 24 Stunden! Soviel zur medizinischen Versorgung in diesem Fall.

Der Anstaltspfarrer See hörte den Gefangenen schreien und wurde kurze Zeit später Zeuge, wie Blunck auf den Gefangenen einschlug. Wir gehen davon aus, daß eigentlich nur durch die Aussage des Pfarrers es zum Prozeß gegen Blunck gekommen ist. Er hat Blunck auch in der Verhandlung belastet.

Diesmal allerdings haben wir Schwierigkeiten, den gesamten Prozeßverlauf klar zu schildern, weil Richter Rösler uns Schreibverbot erteilte, natürlich ohne Begründung, aber mit Hinweis auf die Pressebank, wo ja für uns die ‚Öffentlichkeit' sitzt. In ihrem Plädoyer zeigte sich die Staatsanwältin auffallend scharf gegenüber dem Angeklagten, trotzdem ging sie in ihrem Strafantrag nicht mal über 4500.— Mindeststrafe hinaus.

Nur muß auch klar werden, daß durch einen solchen Prozeß die Justiz nun nicht auf einmal – zumindest in ihrem Sinne – liberale oder sogar gerechte Züge bekommt, sondern, daß sie es sich leisten kann, sich im Einzelfall mit scheinbarer Gerechtigkeit zu legitimieren, selbst heute noch. Unser Interesse an einem solchen Prozeß ist auch nicht durch einen Schließer auf der Anklagebank bestimmt, sondern wir wollen versuchen, ein Stück Knastalltag an euch zu vermitteln. Leute geht zu den Prozessen, schafft Öffentlichkeit . . . und schickt uns auch Informationen

PS.: Am 15. Januar 79 dann das Urteil. 4500 .– Geldstrafe. Das war nicht anders zu erwarten, der Richter wies in seiner Urteilsbegründung auf den „schweren" Beruf des „Pflegers" hin, betrachtet seine Tat als individuelles Fehlverhalten und meint mit einem Seitenblick in den Zuschauerraum, daß die Zustände in der PN-Abteilung eine korrekte medizinische Behandlung der Gefangenen ermöglichen.

**Kontakt: Knastgruppe Wedding c/o M. Bruns, Grüntalerstr. 30, 1 Berlin 65, 494 19 76**

## "ELFE ZWELFE"

Leserbrief–Auszüge

"Betr. Berufsverbote

Unter obigem Schlagwort geht ein Personenkreis hausieren, dem man außer persönl. Interessen nichts zubilligen kann.

Wer mit dem ... Staatssystem angeblich nicht konform geht, sollte es doch mit seinem Gewissen nicht vereinbaren können, daß er sich in diesen Apparat integrieren läßt. Auch wenn er evt. nicht dessen Methoden, sondern nur den dafür gebotenen Judaslohn – Beamtendasein – im Auge hat.

Ein wirklicher Gegner des bestehenden, menschenunwürdigen Staatssystems verdient seinen Lebensunterhalt lieber im Bergwerk (nach der Entwicklung der letzten Jahre nur noch sprichwörtl. zu nehmen, da man die Bergwerke wegen der KKW-Politik absaufen ließ), als systemimmanent mitschuldig zu werden.

Diese Leute kommen mir vor, wie jene Parteikommunisten, die in den 60-ziger Jahren bei parteiinternen Streitigkeiten die 'Rechtsprechung' der Justiz bemühten, obwohl sie in ihren Gazetten keine Gelegenheit ausließen, die verbrecherischen Methoden dieser "Rechtsstaatjustiz" anzuprangern. ...

Daß nun ausgerechnet das Russell-Tribunal diesem, wie mir scheint Klüngel sogenannter 'Intellektueller' auf den Leim geht, oder evt. von diesem inspiriert ist, wird dem unermüdlichen Kämpfer gegen das Unrecht, dem einzigartigen Denker u. Humanisten Bertrand Russell, nicht gerecht.

Elfe Zwelfe

Wer hat Mut u. macht mit ? ?

... Wer nicht durch schurkische Gesetzes– und Pfaffenmoral u. deren jahrhundertelange, naturwidrige Degenerierung des Tieres Mensch zum 100 % igen Heuchler geworden ist, den lassen, außer den eigenen Erfahrungen, schon die wenigen Mitmenschen–Schicksale die z.B. in der früheren Gefangenenzeitung ND oder z.Zt. im ID den Weg in die Öffentlichkeit finden, nicht mehr ruhig schlafen.

Statt nun abzuwarten, sollten wir gemeinsam mit den uns nur zur Verfügung stehenden, gewaltlosen Mitteln, passiven Widerstand leisten.

Das kann erstens nur heißen, die uns aufgezwungene sogen. 'Staatsbürgerschaft'aufzugeben. (Wer sagt da: 'ja mein Rentenanspruch' ? ? ) Das ist dann die erste u. einzige freiwillige Handlung betr. der Staatsangehörigkeit.

... Durch Ableben der Staatsangehörigkeit entgehen wir zwar dem Terror–Apparat dieses Gewalt–Staates – oder umgekehrt – trotzdem nicht, haben aber eine bessere tatsachenrechtliche Position, die bei entsprechender Ausweitung auch landesweite u. überstaatl. Wirkungen hervorbringen kann. ...
Mit kolleg. Gruß"

**Aufruf zur Briefaktion**

## AUSBILDUNG VON POLIZEIBEAMTEN IM LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

STUKENBROCK 22. Januar *Polizeischüler kritisieren ihre Ausbildung. Sie schreiben dazu:*

„Im Januar 1978 beschwerten sich einige Polizeischüler in der Landespolizeischule „Erich Klausener" beim Personalrat und Gewerkschaft über das Verhalten ihrer Ausbilder während einer Demonstration am 8. Oktober 1977 in Bonn gegen das K-Gruppen-Verbot. Weiterhin verurteilten die Schüler die Behandlung ihrer Lehrer. Im folgenden sollen zwei Beispiele genannt werden:

1. Vor der Abfahrt zum Einsatzort Bonn appellierte der stellvertretende Hundertschaftsführer an ‚seine Leute': ‚Wenn der Schlagstock freigegeben wird, haltet drauf. Sehe ich jemanden, der daneben schlägt oder nicht richtig zuschlägt, der bekommt in dieser Lerngruppe keinen festen Fuß mehr an den Boden.'

(Die Polizeischüler befanden sich auf einem Lehrgang, der ihr Weiterkommen entscheiden sollte).

2. Bei der obengenannten Demonstration wurde eine entsicherte und durchgeladene Maschinenpistole vom Hundertschaftsführer mit den Worten 'Hau ab, du rote Hexe' auf eine flugblattverteilende Demonstrantin gerichtet. Es bestand die Gefahr, daß sich ein Schuß lösen konnte, da die Maschinenpistole entsichert war und sich ein Finger am Abzug befand.

Zunächst stellten sich alle sechs Klassen der Lehrgruppe hinter die Beschwerde, die von einem Klassensprecher eingereicht wurde. Nur durch die Einschüchterung von seiten der Lehrer gaben fünf Klassen ihre schriftliche Distanzierung von der Beschwerde an der Geschäftsstelle beim Hundertschaftsführer ab. Ein Schüler hatte sich die anhäufenden Vorfälle während des Unterrichtes oder in Gedächtnisprotokollen mitgeschrieben. Er übergab sie mit der Bitte, sie als Beweismittel bei seiner Beschwerde zu verwenden. Der Klassensprecher deponierte die Schriftstücke zum Schutz beim Direktor der Schule, ohne jedoch vorher Kopien anzufertigen.

Dieser Direktor stellte sich zum Schein hinter die Schüler, damit er ihr Vertrauen gewann. Er stand kurz vor seiner Pensionierung, die er sich nicht gefährden lassen wollte. (Ein Direktor kann sich derartige Vorfälle an der Schule nicht leisten.) Nachdem er das Vertrauen der Schüler gewonnen hatte, stellte er sich als Vermittler zwischen den Positionen und – es konnte gar nicht anders kommen – würgte die ganze Sache ab.

Die betroffenen Lehrer unterrichten weiterhin. Jedoch soll in kurzer Zeit der Lehrgruppenleiter bzw. Hundertschaftsführer angeblich wegen eines steifen Fußgelenkes pensioniert werden.

Der Verfasser der obengenannten Schriftstücke will nun, da er aus politischen Gründen die Polizei verlassen hat, einen abschliessenden Bericht über seine Erfahrungen während der Ausbildung zum Polizeibeamten veröffentlichen. Die genauen Details sind jedoch u.a. in den abgegebenen Schriftstücken enthalten.

Damals wurden die Schriftstücke dem Direktor mit der Bedingung überlassen, daß er diese Sachen bei Beendigung des Lehrgangs wieder aushändigt. Dieses ist nicht geschehen. Dieser Verfasser besuchte den Direktor vor einigen Tagen. Zunächst hielt er die Schriftstücke mit der Begründung zurück, daß sie ein Bestandteil einer abgeschlossenen Akte sind und nicht ausgehändigt werden können. Dann aber wollte er mit den betroffenen Lehrern über die Aushändigung diskutieren.

Es wäre gut, wenn die Leser den Direktor dieser Schule anschreiben und bitten würden, dem Verfasser die Schriftstücke auszuhändigen, damit er einen möglichst objektiven Bericht über die Vorfälle abfassen kann.

**Adresse: Ltd.Schu.Pol.Dir. Haverkemper, Landespolizeischule "Erich Klausener", Lippstädter Weg 26, 4815 Schloß Holte — Stukenbrock.**

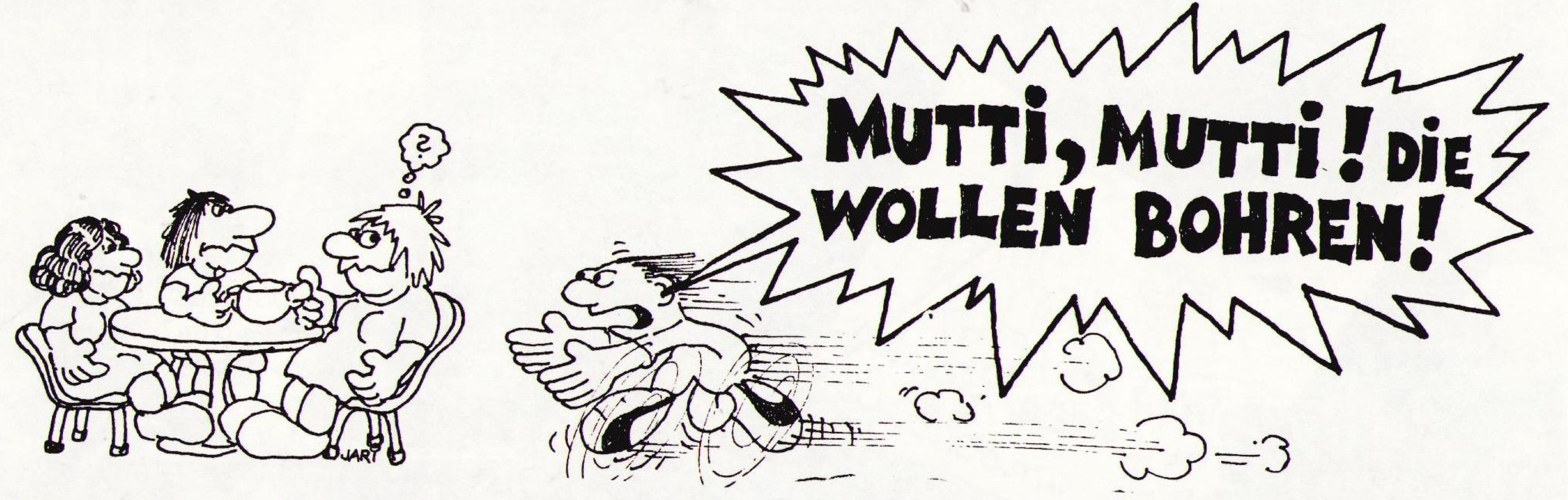
Anmerkung: Die obengenannten Beispiele sind aus dem Gedächtnis wiedergegeben, daher konnten die Zitate nicht wörtlich wiedergegeben werden."

ein telegramm

## HAUSMÜLL VERSTOPFT DKW-GESCHÄFTSSTELLE

HANNOVER 20. Januar

AKW-Gegner triebens mit Luftballons, Infoständen und Picket-Line in der Innenstadt — STOP — Geleitschutz observierte — stop — Spaziergang mit Ziel: Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen — stop — Hausmüll vor der DWK-Tür endgelagert — stop — Halali durch Zivile — stop — werden weitermachen — stop.




## FASS–NACHT IN OFFENBACH

Offenbach, 28. Januar

Am 24. Januar schwamm ein gelbes, als RADIOAKTIV gekennzeichnetes Faß den Main hinunter. Am Mittwoch gegen 10 Uhr wurde es an der Offenbacher Schleuse westlich vom Kaiserlei-Kreisel angetrieben. Die Aufschrift RADIOAKTIV sorgte bei den Schleusenwärtern für beträchtliche Aufregung. Zunächts wurde die Wasserschutzpolizei informiert, die wiederum die Schutzpolizei und das Gewerbeaufsichtsamt einschaltete.

Der Fußgängersteg an der Schleuse wurde gesperrt und die Passanten wurden im nötigen (?) Sicherheitsabstand gehalten. Alsbald war auch die Frankfurter Berufsfeuerwehr da. Ein Boot wurde zu Wasser gelassen und man rückte dem Faß zu Leibe. Ob nun das Faß im Wasser einer gründlichen Untersuchung unterzogen wurde oder erst nach der Bergung, ging aus dem Bericht der OFFENBACH POST nicht hervor. Auf jeden Fall dokterte die Feuerwehr mit einem Spezialgerät —einem Geigerzähler vergleichbar — herum.

Wir haben uns auch viel Mühe gegeben, das Faß echt aussehen zu lassen: Großes Faß, gelber Seitenanstrich, Deckel und Boden schwarz, dreimal auf dem Unfang das RADIOAKTIV-Zeichen und jeweils darunter das Wort RADIOAKTIV. Am besten ist dafür eine Schablone geeignet. Das Material sollte sich gut den Rundungen des Fasses anpassen, damit die Sprühfarbe nicht zerlaufen kann.

OFFENBACH POST: "Wolfgang Hollbach von der Wasserschutzpolizei zu dem Vorfall: Kurz bevor das Faß in den Main geworfen wurde, muß es umgespritzt worden sein. Jedenfalls hatte ich Stunden später noch gelbe Hände."

Zur Zeit ermittelt die Kripo, weil man das Ganze für eine politische Aktion hält. Wie wahr.

KONTAKT : Die lachende Sonne
(Freund aller kleinen Gespenster)

## IG-METALL: HALT DOCH KEINE KAMPAGNE GEGEN RÜSTUNGSPRODUKTION

HAMBURG 3. JANUAR

*Der Arbeitskreis Ökonomie von der Tageszeitungsinitiative-Hamburg findet, daß die Industriegewerkschaft Metall im ID 261/2 („Keine Tendenz in der Belegschaft"-Entlassungen bei der Howaldtswerft) zu Unrecht gut wegkommt:*

Die IG-Metall führt nicht, wie ihr schreibt, eine „Kampagne gegen Umstellungen auf Rüstungsproduktion" (bei den Werften) durch, sondern es erschienen in der Zeitung „Metall" in letzter Zeit öfters Artikel, in denen gegen Rüstungsproduktion Stellung genommen wird. Es gibt sogar Beschlüsse (z. B. Entschließung 7 des Gewerkschaftstages vom September 1978), die die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion fordern.

Der Widerspruch sitzt da, wo die offizielle Politik solche Forderungen aufstellt, in den Betrieben — z. B. bei Subventionen — jedoch dagegen verstoßen wird.

*Ähnlich verhält sich's mit der „Auflösung" des berühmt-berüchtigten „Arbeitskreis Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen". Er wurde flugs durch einen „Gesprächskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze" beim Vorstand der IG-Metall ersetzt. Dem Berliner „Extra-Dienst" (19. Dez. 1978) blieb es vorbehalten, sich über das neue Etikett zu freuen. Jetzt ist es ein „sauberer" Gesprächskreis, den der Vorstand im Griff hat. Er hat damit aber nicht aufgehört, eine innergewerkschaftliche Lobby für die Rüstungsproduktion zu sein.*

**Kontakt zum Arbeitskreis Ökonomie der „taz" Hamburg über: R. Kujät, Oelkersallee 29, 2000 Hamburg 50.**

## ERMITTLUNGSVERFAHREN EINGESTELLT ...

BERLIN
31. JANUAR

Nach über 6 Monaten schwerster Ermittlungstätigkeit hat Berlins Oberstaatsanwalt Nagel mitgeteilt, daß „kein genügender Anlaß zur Erhebung einer öffentlichen Klage" gegen Detlef Amor besteht.

Vielleicht erinnert Ihr euch noch daran, daß in Berlin auf der 1. Mai-Demonstration von der GEW-Berlin 4 Leute festgenommen wurden. Detlef, einer von Ihnen, hieß es damals, habe schwer den Landesfrieden gebrochen, schwer Widerstand geleistet und schwer Körper verletzt. So schwer, daß er dafür — und wegen der Fluchtgefahr — erst mal einen Monat in Untersuchungshaft ging. Damals spielte es absolut keine Rolle, daß die Verteidiger über 50 Zeugen zu seiner Entlastung hatten, davon gleich 30 mit zum Haftprüfungstermin brachten, und nur ein Belastungszeuge — 1 Polizist — existierte. Der starken Solidarität vieler Einzelner und vieler Gruppen und Initiativen — sogar Gewerkschaftsgruppen unterstützten Detlef — ist es zu verdanken, daß die Haftbeschwerde beim Landgericht Erfolg hatte und die U-Haft aufgehoben wurde. Jetzt nach über 6 Monaten traut sich auch die Staatsanwaltschaft nicht mehr, ihre lächerlichen Behauptungen aufrecht zu erhalten und stellt das Verfahren klammheimlich ein. Eigentlich ein schöner — wenn auch später — Erfolg. Ganz ausgestanden sind die Ereignisse vom 1. Mai allerdings noch nicht. Wie wir erfahren haben, hat ein anderer Festgenommener gerade seine Anklageschrift zugestellt bekommen. Dazu gibt's dann demnächst einen ausführlichen Bericht.

Weddinger Atomkraftgegner und Atomkraftgegnerinnen *('tschuldigung, umgedreht!)*
Tel.: 030 / 494 19 67

*(Zur 1. Mai-Demonstration in Berlin siehe ID 229)*



Demonstration am 1. Mai 78 in Berlin

## SCHON FAST EIN BERUFSVERBOT IN DREIFACHER AUSFÜHRUNG?

SIGMARINGEN
Januar 79

*Drei Kollegen des diesjährigen Oberkurses (Krankenpfleger) werden ganz offensichtlich wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten nicht übernommen (einer war bis Sept. 77 Jugendvertreter). Hierzu schreiben die Betroffenen u.a.:*

"Vor ca. 3 Jahren gründete sich hier in Sigmaringen am Fürst-Carl-Landeskrankenhaus eine aktive ÖTV-Betriebsgruppe, bestehend aus Auszubildenden der Krankenpflege, die versuchten darauf zu achten, daß die Auszubildenden keine ausbildungsfremde Tätigkeit mehr auszuführen brauchten, wie Kellerwände abwaschen, Babykittel flicken etc. bis dahin gang und gebe. und einiges mehr, die versuchten,schon bereits gesetzlich verankerte Rechte in Anwendung zu bringen, wie z.B. das Berufsbildungsgesetz. Die Gruppe erzielte Erfolge, wie die teilweise Durch-

setzung der Lernmittelfreiheit, Aufnahme des Berufsbildungsgesetzes in die Ausbildungsverträge der einzelnen Kurse, nur um einiges aufzuführen, aber auch Rückschläge.
So konnte es z.B. nicht verhindert werden, daß der im Haus tätige Reinigungsdienst rationalisiert wurde und künftig (Umzug in einen Neubau) privatisiert wird. Bedauerlicherweise gelang es den maßgeblichen Herren der Verwaltung, die erste und somit letzte Nummer einer Betriebszeitung abzusägen, die schon lange anstehende Mißstände, unter denen das gesamte Personal zu leiden hatte, verdeutlichen und verstärkt ins Gespräch bringen sollte, um vielleicht Abhilfe zu schaffen. Daß diese innerbetriebliche Zeitung den 'Herren' unbequem war, ist ja klar, denn sie hätte eventuell zu Einigkeit unter den Beschäftigten geführt und dementsprechend wurde mit üblen Methoden (Ränkespielereien) dagegen geschossen.

*Am 13.2. soll ein Solidaritätsfest stattfinden. Weitere Informationen → dort gibt es auch eine Dokumentation zu den Ereignissen im Fürst-Carl-Landeskrankenhaus —:*

**Helmut Alber, Schmeierstr. 1, 748 Sigmaringen, Tel. 07571/13216.**

## KLINIK KÜNDIGTE, GERICHT SOLL ENTSCHEIDEN

HEIDELBERG
Januar

Bereits im Oktober letzten Jahres wendeten sich 58 Beschäftigte der Orthopädischen Universitätsklinik (Querschnittsgelähmten-Abteilung) an die Öffentlichkeit. Protest hagelte es, weil über 100 Planstellen nicht besetzt wurden, obwohl eine optimale Versorgung der Patienten nicht gewährleistet war. Patienten und Personal wehrten sich dagegen (Diskussionen, Unterschriftensammlungen). Willkürliche Versetzungen von qualifiziertem Personal wurde vorgenommen, um die breite Einheit zu spalten. So sollte u.a. auch Renate Wilckens versetzt werden. Als sie sich weigerte, die Versetzung hinzunehmen, wurde sie fristlos gekündigt, wurde suspendiert und bekam Hausverbot. Andere Beschäftigte legten daraufhin die Arbeit nieder. Durch massiven Druck seitens der Klinikleitung wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Resolutionen und offene Briefe wurden verfaßt, wie die Lage in der Uni-Klinik jetzt aussieht, wissen wir nicht. Renate Wilckens hat gegen die Kündigung prozessiert. Am 23. Januar soll nun gerichtlich darüber entschieden werden.
**Kontakt über: Dirk Maerker, Römerstr., 69 Heidelberg-Rohrbach, Tel. 06221/32673**

## FRAUEN WEHREN SICH, UND DIE MÄNNER ?

BOCHUM
16. Januar 79

Im Bochumer Opelwerk sollen von 48 gewerblichen Lehrlingen nur vier nach der Berufsausbildung übernommen werden (und zwar mit befristeten Verträgen), alle anderen sollen in den Akkord. Von sieben Büro-Gehilfinnen haben drei einen befristeten Arbeitsvertrag (bis Mai!), die anderen sind gefeuert. Alle wollen aber in ihrem erlernten Beruf übernommen werden.

Die Büro-Gehilfinnen sammelten 600 Unterschriften für ihre Übernahme und kritisierten auf der Belegschaftsversammlung auch den Betriebsrat: anstatt sich um ihre Forderungen zu kümmern, hatte ihnen nämlich der Betriebsratsvorsitzende Perschke vorgeworfen, daß sie mit den Betriebsräten der oppositionellen „Liste für die Belegschaftsforderungen" zusammenarbeiteten. Die waren aber die einzigen, die sich für sie rührten.

Auf der Belegschaftsversammlung sagte eine von ihnen:
*„... Wenn ich mir vorstelle, daß in Bochum 19.000 Kollegen Arbeit haben und für uns sieben soll keine da sein, dann hakt es bei mir irgendwo aus, das kriege ich nicht in meinen Kopf ... Gerade heute, wo die Jugendarbeitslosigkeit so hoch ist und Opel so viel Wert auf sein soziales Image legt, wäre es doch eine Blamage, wenn Opel für uns keinen Platz fände, wohlgemerkt: in unserem Beruf, denn warum sollte Opel uns für einen Beruf ausbilden, den er selber nicht gebrauchen kann.*
*Man hat uns vorgeworfen, daß wir durch den Kampf um unsere Arbeit Unruhe stiften und Opel schlechtmachen wollen. Aber das ist ja gar nicht unsere Absicht. Alles, was wir wollen, ist ein Arbeitsplatz in unserem Beruf, ein Arbeitsvertrag, der nicht auf drei Monate befristet ist — und wenn das eine unerfüllbare Forderung ist, dann muß ich an diesem Betrieb verzweifeln."*

Die Büro-Gehilfinnen wunderten sich auch, daß die Opel-Angestellten gegen die bevorstehenden Rationalisierungsmaßnahmen nichts unternehmen. Opel ist nämlich dabei, das Cosco-System (elektronische Textverarbeitung) einzuführen, das die Arbeitsplätze im Verkauf und im Einkauf bedroht.

Inzwischen haben die männlichen Lehrlinge den Schwanz eingezogen. Die Fraueninitiative besteht weiter.
**Kontakt: über Malin Bode, Schmechtingstr. 38, 4630 Bochum.**

## „HOLOCAUST", DIE 16-MILLIONEN-WAHRHEIT

**Zum Inhalt des Films**

„Das ganze Unternehmen bedient sich für die Schilderung der Katastrophe des alten epischen Musters, mit dem öffentlich-politische Vorgänge als Familienzerstörung, als Zerreißen von Liebeszusammenhängen dargestellt werden."

*Das stand in der FAZ vom 17. 1. 79. Folgendes stand am 18. Januar — also fünf Tage, bevor die Serie anlief — in der Frankfurter Rundschau zu lesen:*

„Dargestellt wird die Geschichte zweier Familien, die jeweils die Seite der Opfer und der Henker repräsentieren. Die Opfer, das sind die Angehörigen der Berliner jüdischen Arztfamilie Weiss, die alle bis auf ein Familienmitglied das Inferno nicht überleben.

Auf der anderen Seite steht der Emporkömmling Dorf, ein junger Jurist, der sich aus Opportunismus den Nazis anschließt und zum alerten Mitarbeiter Heydrichs wird. Die Geschichte der beiden Familien hat ihre Berührungspunkte und wird im Film in parallelen Szenen sukzessive aufgerollt. In dieser Serie sind die Nebenfiguren die authentischen Figuren, die Hauptpersonen dagegen fiktiv. Hier die Karrieregeschichte, dort die Leidensgeschichte werden in teils eindrücklichen Bildern und Szenen projiziert, die auf Emotionalisierung hinzielen.

Über die politischen, gesellschaftlichen, die ökonomischen Bedingungen der Nazidiktatur, über die Tradition eines politischen Antisemitismus in Deutschland, der spätestens Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in akademischen und in besitz- und bildungsbürgerlichen Kreisen salonfähig wurde — nicht zuletzt im Reichstag um die Jahrhundertwende —, erfährt der Zuschauer aus „Holocaust" gar nichts. Der Barbarismus der Nazis, der ja nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel herunterkam, trifft die Familie Weiss mit ihrem Glauben an das Gute und das Schöne an der fortdauernd humanisierenden Kraft deutscher klassischer Kultur wie eine verheerende Katastrophe.

Selbst Bilder des Grauens, die „Holocaust" auch enthält, etwa Massenexekutionen an Juden wie im ukrainischen Babe Yar, werden, so ist zu fürchten, auf eine fatale Weise konsumierbar: das Grauen wird streckenweise zur rituellen Hinrichtungsshow a la Italo-Western."

* * *

„Zumutbar ist den deutschen Zuschauern die nach allen Regeln des Trivialfilms inszenierte Geschichte der Judenverfolgung in der Nazi-Ära in jedem Fall; der WDR muß sich weder programmpolitisch noch politisch rechtfertigen, diese Serie für das deutsche Fernsehen angekauft zu haben. Wenn hier einige Skrupel und Einwände vorgebracht werden, dann sind sie ausschließlich Ausdruck der Befürchtung, daß gerade die Trivialinszenierung der barbarischen Vernichtungsaktion und die Reduzierung des Massenmordes auf wenige Opfer und wenige Henker, die zudem noch alle recht typisiert gezeichnet sind — als Chargen in einem unabwendbaren Spiel, bei dem das „Schicksal" Regie führte — den notwendigen Prozeß der Auseinandersetzung mit der in gewisser Weise von jedem einzelnen mitzuverantwortenden eigenen Geschichte gar nicht erst in in Gang setzen könnte.

Medienpädagogen und Psychologen sind da anderer Ansicht. Dem Zuschauer werde mit „Holocaust" entgegen den üblichen Gesetzmäßigkeiten amerikanischer Fernsehserien „keine Identifikation mit dem Sieger nahegelegt, sondern mit den physisch vernichteten Opfern." "

* * *

„Gegen den Verdrängungsmechanismus, den die Mehrheit der Deutschen im Fall des Massenmordes an der europäischen Judenheit bis heute so überaus perfekt handzuhaben versteht,muß jedes Mittel, das diesen Mechanismus stört, außer Kraft setzt, recht sein. Auch das einer vermeintlichen „Seifen-Oper" wie der über siebenstündigen NBC-Produktion „Holocaust"."

**Meine Reaktionen: Betroffenheit und Gesprächsfetzen**

Ich habe mir alle vier Folgen angesehen. Mir aber die jeweils drangesetzten Debatten der Spezialisten erspart. Meine Betroffenheit sträubte sich gegen deren übliches Zerreden auf der Mattscheibe. In der Wohnung gab es einen Konflikt, der sich während jeder Serie wiederholte: wie die einzelnen mit ihren Gefühlen umgingen; die einen vergruben sich in ihre Erschütterung, die anderen kommentierten häufig drauflos, was ich als unbewußte Distanzierung verstand und heftig ablehnte.

***

Ich habe mir „Holocaust" ursprünglich angesehen, um mir mein Verhältnis zu der Generation meiner Eltern, die die NS-Zeit (mit)gemacht hat und die heute noch den Staat BRD bestimmt, zu bestätigen. Demzufolge hatte ich, entsprechend der deutschen Pathologie der Verdrängung, eine niedrige Sehbeteiligung erwartet. Dazu kommt, daß ich die Ausblendung des Russell-Trubunals aus der öffentlichen Debatte (Stichwort: Nachrichtensperre) vor ein paar Wochen erlebt hatte. Nach der ersten Überraschung über die Millionenzahlen begann ich, mit Gleichaltrigen und Älteren zu sprechen, in Kneipen und der Straßenbahn spitzte ich die Ohren und studierte die Pressereaktionen. Ich bekam den Verdacht: zwar hatte es keine massenhafte Verdrängung gegeben, aber irgendetwas an dem weiten und breiten Jubel der Medien über diese Tatsache machte mich mißtrauisch.

***

Die Bomben gegen zwei Fernmeldetürme und eine Sendeanlage und der Brandanschlag auf die ehemalige Essener Synagoge an dem Abend (18. 1.), als der Dokumentarfilm „Endlösung" lief: ich hatte mehr erwartet. Daß ich mich mit dem Film auseinandergesetzt hatte, verschaffte mir gegenüber denen, die das nicht getan hatten, eine starke moralische Überlegenheit. Vor allem gegenüber Leuten aus der Linken. Bzw. die Bestätigung ihrer notorischen Geschichtslosigkeit.

***

Die Widerstandsaktionen der Juden — ob im Aufstand des Warschauer Ghettos oder im Partisanenkampf — habe ich im Ablauf des Filmes nicht nur ersehnt; ich konnte in diesen Szenen auch meine aggressiven Gefühle realisieren. Der jüdische Gegenterror gegen die SS wurde einerseits im Ablauf des Filmes als völlig legitim dargestellt, er hatte andererseits auch Züge eines normalen Western, eines Spektakels. In der Kneipe sagte einer, bei solchen und ähnlichen Szenen habe er bei sich eine heimliche Lust an Brutalität entdeckt. Vergleichbar der bei einem Krimi. (Anm.: Ich habe den Film in schwarz-weiß gesehen.)

***

Meine Mutter (65 Jahre alt) erzählt mir, sie habe den Film in seiner Schrecklichkeit und Grausamkeit nicht ertragen können und abgeschaltet. Daß es so schlimm gewesen sei, habe sie damals nicht gewußt. Obwohl sie, bis zum Kriegsbeginn in Berlin lebend, manchmal erlebt hat, wie Gruppen von Menschen (Juden) von Uniformierten abgeführt wurden, am hellichten Tag. Und niemand hat ihnen geholfen. Gefallen hat ihr dagegen das Buch von Valentin Senger ( Titel: Kaiserhofstraße 12; darin berichtet er die unglaubliche Geschichte, wie er mit seiner jüdischen Familie — mit einer nichtjüdischen Identität — den Krieg in Frankfurt überlebt hat) Dieses Buch, sagt meine Mutter, sei irgendwie tröstlich gewesen, weil die jüdische Familie von nichtjüdischen Nachbarn unterstützt wurde.

***

Nachmittags im Cafe - die Meinungen über den Film sind kontrovers - stellen wir fest: der stereotype deutsche Satz „Ich habe nichts gewußt" - ewiger Streitpunkt in unseren Auseinandersetzungen mit den Eltern während der Schulzeit - ist fragwürdig geworden. Auch und gerade weil er sowohl in den Fernseh-Statements wie von Herrn Augstein im neuesten „Spiegel" wiederholt wurde. Dieser Satz ist zwar in den meisten Fällen nicht ganz falsch. Was die Fakten innerhalb der historischen Entwicklung angeht. Die „Endlösung der Judenfrage" , also die planmäßige Ermordung der jüdischen Rasse wurde erst im Januar 1942 auf der sogenannten „Wannsee-Konferenz" beschlossen und ab diesem Zeitpunkt mit allen Kräften verfolgt. Das war mitten im Krieg, in dem ein großer Teil der Bevölkerung von der eh kontrollierten Kommunikation abgeschnitten war.

Aber ebensolche Tatsachen, und zwar bekannte Tatsachen, waren: die Tradition des deutschen Antisemitismus aus Kaiserreich und Weimarer Republik, die Morde an prominenten Juden, bekannt waren Hitlers „Mein Kampf" mit dem Vernichtungsprogramm gegenüber Juden und Kommunisten, bekannt waren die Nazi-Zeitungen „Stürmer" und „Völkischer Beobachter" mit ihrer Hetze, und bekannt waren die Arbeitslager sämtlicher Großbetriebe, in denen Oppositionelle und Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden. Sozusagen die Vorstufe zu den KZs.

Was ich damit meine, ist Geschichtsbewußtsein oder einfach Sensibilität für Unmenschlichkeit, Betroffenheit. Und Widerstand. Darüber zu reden, ganz abgesehen vom Praktizieren, halte ich für sinnvoller, als den Alten ihre Ignoranz und Verdrängung permanent an den Kopf zu knallen.

Warum aber wird weiter auf dem puren Wissen oder Nicht-Wissen bestanden? Einmal weils stimmt. Zum anderen, weils sich zum Verdrängen der Schuld i m n a c h h i n e i n eignet. Ich sage im Nachhinein, weil die Generationen der Nazi-Zeit seit Kriegsende oder seit Bestehen der BRD darauf beharren. Bis heute. Zu ihrer psychischen Sicherung. Diese verdrängten Schuldgefühle - über ein Verbrechen, das bis zur systematischen Vernichtung der Juden in der Geschichte der Menschen unvorstellbar war - sind durch HOLOCAUST für kurze Zeit einer tiefen Betroffenheit, Erschütterung gewichen. Darüber jubeln die Medien. Sind stolz, auch über die Stimmen aus dem Ausland. Die Betroffenen nicht. Und von den Berufsschwätzern (Politiker, Journalisten, Wissenschaftler) ist zu vernehmen: sowas wäre heute unmöglich!

Warum? weil wir eine so tolle, pluralistische Medienlandschaft hätten und über alles informiert seien. Wozu mir wieder (siehe oben) die Nachrichtensperre über Russell-Tribunal einfällt. Im ID 264 war darüber zu lesen: nach den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen war das Russell-Tribunal die zweite ausländische Gerichtsverhandlung über dieses Land. Diesmal über individuelle Formen der Unterdrückung (Isolationshaft für politische Gefangene und anderes).

***

Am Morgen nach dem ersten Teil der Serie ruft mich ein alter Genosse aus der Arbeiterbewegung an und sagt: du mußt dir diesen Film ansehen, er ist gut gemacht, vor allem das kleinbürgerliche Milieu der Familie Weiss in Berlin ist genau getroffen (der Genosse ist 1933 aus Berlin emigriert).

Er glaubt, das sei der Hauptgrund für die Attraktivität des Filmes. Eine sogenannte normale Familie, die zum Opfer wird. Aber: er selbst konnte die Serie nicht ganz ertragen. Ein Freund, dessen Vater Jude ist, konstatiert an den beiden Familen Weiß und Dorf - Opfern und Henkern - Schwarz-Weiß-Malerei. Als habe es nur gute Juden, als habe es nur böse Nicht-Juden gegeben.

Der katholische Pfarrer Lichtenberg und der Ingenieur aus der Schlußszene sind Ausnahmen; In der Zeitschrift MEDIUM (Januar 79 mit Schwerpunkt Holocaust, zu empfehlen) lese ich, diese Ausnahmen seien von den amerikanischen Produzenten mit Blick auf den deutschen Markt eingeführt. Der Freund sagt: diese Schwarz-Weiß-Malerei mag durch den Einfluß zionistischer Gruppen in den USA bestimmt sein. Sie verhindert zumindest, daß der Blick auf die Entwicklung des Staates Israel frei wird. Der ist auf Gewalt und Vertreibung der Araber aufgebaut: Und einige der damals gefolterten Juden sind inzwischen zu Folterern der Araber geworden.

**Der Film als Medienereignis**

Die Medien haben inzwischen mit der „Bewältigung" von HOLOCAUST angefangen. Mein Eindruck von den Zahlen-Schlagzeilen: ein Rausch von Millionen ist das; als ginge es darum, die 6.000.000 ermordeten Juden mit den 16.000.000 - jetzt endlich betroffenen - Deutschen aufzuwiegen. Als wäre mit der massenhaften Betroffenheit eine neue Zeitrechnung auf bundesrepublikanisch einzuläuten. Übereifrig sammelt zum Beispiel die Frankfurter Rundschau Pluspunkte für die bislang einzige Form deutscher „Vergangenheitsbewältigung", den bürokratisch-juristischen Akt der Nicht-Verjährung von Nazi-Verbrechen.

***

Die Zensur hat, wie bisher bekannt, zweimal zugeschlagen: zum einen wurden Szenen geschnitten, die Polen in Uniform bei der Beteiligung an der Ermordung von Juden zeigten; zum anderen wurde die Schlußszene geschnitten, in der der einzige jüdische Überlebende der Familie Weiss, in Richtung Palästina aufbricht, um dort einen jüdischen Staat aufzubauen. Stattdessen will im Schlußbild der deutschen Fassung der Ingenieur, nach seinen Erfahrungen mit Juden in Auschwitz, nichts mehr mit dem Regime zu tun haben.

***

„Holocaust ist ein Politikum, von Anfang an. Und gleich mehrfach. Es behandelt Geschichte, die für diese Generation die Wendemarke, das Trauma ihres Lebens bezeichnet; (...) Und der Rückblick geschieht zu einem Zeitpunkt, wo das Gedenken der Parteinahme in einem hochexplosiven Weltkonflikt (Anmerkung: Israel – Arabische Staaten) verdächtig ist und darüber hinaus viele Menschen aus gegebenem Anlaß die Möglichkeiten einer gerechten und menschengerechten Welt- und Staatsordnung ohnehin anzweifeln – daran verzweifeln. Das setzt die Serie dem Argwohn aus, sie wolle Beschwichtigung betreiben und von den so viel bedrängenderen Sorgen und Nöten der Gegenwart ablenken: Auschwitz heute." (H.v. Nussbaum, in: Medium 1, 79)

***

Die drei den US-Markt beherrschenden Medien-Unternehmen ABC, CBS und NBC leben in Konkurrenz. Hat ABC vor zwei Jahren mit der Serie ROOTS (Geschichte über die Negerunterdrückung) die Spitze errungen, so ist ihm NBC jetzt mit der Serie HOLOCAUST dicht auf den Fersen. Über den neuen NBC-Präsidenten Fred Silverman, zugleich Produzenten von HOLOCAUST, steht folgendes Zitat in „Medium":

„Silvermans Programmbemühungen haben bisher immer den Geschmack des Massenpublikums in Wettlauf mit der Boulevardpresse getroffen. Der untrügliche Instinkt für das, was der Durchschnittszuschauer mag und schluckt, ist eine seiner Haupteigenschaften. Bislang jedenfalls hat er sehr wenig Neigung gezeigt, künstlerische Erfolge zu erringen, die ihm das Lob der *Times*-Leser einbringen würden, keinerlei Bedürfnis, sich selbst ein Denkmal als ruhmreichem Schöpfer zu errichten. Silvermans Ansehen war in der Vergangenheit unerschütterlich auf Einschaltquoten gegründet. Darauf gestützt hat er aus Gegenspielern allmählich Gefolgsleute gemacht." *(Variety, 31.5.78)*
Mit einem Wort: „Niemals hat er sich die Überschätzung der Intelligenz seines Publikums zuschulden kommen lassen, vielmehr, wenn er einen Fehlschlag erlitt, dann weil er sein Vorhaben zu anspruchslos ansetzte." (Ebenda)

Franz Frühling
geboren 1946

## FILMBERICHTE ÜBER DIE 2. SITZUNGSPERIODE DES RUSSELL-TRIBUNALS IN KÖLN

FRANKFURT
23. Januar 79

Die Kölner Wochenschau und die Videowerkschtatt Bornheim haben die Verhandlungen des Russell-Tribunals im Januar in Köln auf Video aufgenommen. Zu den Themen Zensur, Haftbedingungen, Verfassungsschutz stehen relativ ausführliche Zusammenschnitte zur Verfügung, die allerdings den Nachteil haben, daß sie von den Zuschauern Konzentration und Ausdauer verlangen.

*Die Videoschaffenden berichten:*

"Wir sind jetzt dabei, die Aussagen und Anhörungen zu den einzelnen Themen zu kürzeren Filmen zu bearbeiten, die ab Anfang Februar angefordert werden können:
1. Zensur in den Medien (Beispiel Brokdorf, Berichterstattung im NDR).
2. Darstellung und Erörterung der Haftbedingungen auf dem Tribunal (Hearing mit den Rechtsanwälten Schily, Ströbele, v. Plottnitz, Heldmann).
3. Sonderveranstaltung über Haftbedingungen (Erfahrungsberichte von Gefangenen).
4. Diskussion über Haftbedingungen und Solidarität zwischen Mitgliedern der Jury (Bourdet, Casalis), Angehörigen von Gefangenen (Ensslin, Folkerts) und Vertretern linker Zeitungen.
5. Beschränkung der Verteidigung und Menschenrechte Rechtsanwälte Hannover und Cobler.
6. Die Rolle des Verfassungsschutzes/ Bericht von Günter Wallraff.
8. Hearing über die Rolle des Verfassungsschutzes vor dem Tribunal (Seifert, Brückner, Zeugen).

Die Aufzeichnung der Verhandlungen des Tribunals hat Geld gekostet (allein an Bändern über 1000 Mark), das wir zumindest teilweise durch den Vertrieb der Zusammenschnitte wieder hereinbekommen müßten. Der Verleih mit Abrechnung der Einnahmen, Rücksendung der Bänder, Mahnungen, Postabholerei etc. klappt erfahrungsgemäß schlecht und bringt für uns einen ziemlichen bürokratischen Aufwand mit sich. Wir schlagen deshalb vor, daß die Zusammenschnitte zum Preis von jeweils DM

80,-- abgenommen, d.h. verkauft werden. Diese Unkosten für den Veranstalter sind durch Beiträge der Zuschauer bei einer Vorführung wieder drin, und wir sind etwas entlastet. Die Bänder gehören dann dem Veranstalter. Der Versand erfolgt nach Überweisung des Betrags von DM 80,-- auf unser Konto (Kölner Wochenschau, 5 Köln 1, Postscheck Köln 297368-504).
Anfragen und Bestellungen an:

**Kölner Wochenschau, Hohenzollernring 97, 5 Köln 1, Tel 0221/ 52 21 64**
und
**Videowerkstatt Bronheim, Germaniastr. 89, 6 Frankfurt 60, Tel 0611/ 45 82 25**

## RUSSELL-PRESSEKONFERENZ

KÖLN
10. Januar

*Mit Dokumentationen ist das so eine Sache. Ebenso wie nach der 1. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals erscheint auch nach der zweiten ein Rotbuch mit den Tonbandprotokollen, der auf dem Tribunal abgehandelten Themen. Dabei sind verschiedene Sachen gekürzt, verändert oder einfach weggelassen worden. Darum hier ein Teil der Fragen und Antworten der Pressekonferenz nach der 2. Sitzungeperiode. Nach Bonn, ins Hotel Tulpenfeld, wo auch Schmidt manchmal Pressekonferenzen abhält, war die Presse am 10. Januar geladen worden. Von den rund 100 Teilnehmern gehörte — nach Augenschein — knapp die Hälfte zur 'bürgerlichen Presse'.*

**Frage:** Sie haben die Gründung einer ständigen Kommission mitgeteilt, die sich weiterhin der Wahrung der Menschenrechte in der BRD annehmen will. Wie wird diese Kommission arbeiten?

**Dedijer:** Diese neue Kommission ist eine vollkommen neue Einrichtung und hat nichts mit den Sitzungen des Russell-Tribunals zu tun. Wie diese Kommission arbeiten wird, wird von den Mitgliedern der Kommission bestimmt werden. (Die Kommission wird die Entwicklung in der BRD beobachten und in jährlichen Berichten über jeweils einen Schwerpunkt bekanntmachen).

Frage:

In Ihrer vorgelegten schriftlichen Erklärung heißt es, daß diese neue Kommission, Regierungsmaßnahmen gegen Personen, die hier vor dem Tribunal als Zeugen oder Gutachter aufgetreten sind, aufgreifen will. Es gibt jetzt noch - eine zahlenmäßig grössere — Gruppe von Leuten, die sich öffentlich für das Russell-Tribunal eingesetzt haben. Dies sind u.a. die Unterzeichner der beiden Aufrufe in der 'Frankfurter Rundschau' und in der 'Zeit'. Und dann die Mitglieder der zahllossen Russell-Initiativen in der BRD, die man gemeinhin als Russell-Unterstützungsbewegung bezeichnet. Gilt der 'Schutz' der neuen Kommission auch für diese Leute?

Wolf-Dieter Narr: Es ist selbstverständlich, daß sämtliche Pressionen gegen die Unterstützer auch unter unseren Schutz fallen.

Frage:

Wie stellen Sie sich die Arbeit der Unterstützungsbewegung vor, also die Arbeit der Russell-Initiativen und Russell-Unterstützungskreise nach Beendigung der beiden Sitzungsperioden?

Narr: Ich denke, ihre Frage ist an die deutschen Mitglieder gestellt, denn die ausländischen Jury-Mitglieder können das nicht beantworten. Ich würde zunächst mal terminologisch anders ansetzen. Ich würde nicht von einer Unterstützungsbewegung sprechen. Das hat es in der Tat nicht gegeben, sondern es gab eine Fülle von Unterstützungsgruppen, denen wir dankbar sind. Das ist das erste. Das zweite ist: ich könnte mir sehr wohl vorstellen, daß zweierlei passiert. Erstens, daß ein Gutteil dieser Unterstützungsgruppen begreift — nicht alle haben das jeweils begriffen — daß der Einsatz für die Menschenrechte in der Tat ein substantieller Teil, aber auch gerade linker Politik sein muß. Und daß es sozusagen, in Hinblick auf den Einsatz gegen Verletzung der Menschenrechte so etwas wie eine Gemeinsamkeit zwischen linken Gruppierungen unbeschadet ihrer sonstigen Streitereien und ihrer politischen Differenzen sein könnte. Das zweite, was ich mir vorstellen könnte, wäre, daß in einem Teil dieser Gruppierungen, so etwas wie eine fortlaufende Arbeit an den diesen Fragen entsteht.

**Frage:** *Könnten Sie mir bitte eine Antwort darauf geben, ob darüber diskutiert worden ist, wie man die Frage über die Ereignisse in Stammheim auch weiterhin untersuchen und diese Diskussion öffentlich fördern kann.*

**Uwe Wesel:** Wir haben uns mit Stammheim nicht beschäftigt und wir werden uns mit Stammheim nicht beschäftigen, weil das Tribunal kein — wenn Sie so wollen — kein Detektivbüro ist. Wir sind keine Ermittlungsbehörde, wir können uns nur mit Fragen beschäftigen, wo Tatsachen vorliegen. Die Untersuchung ungeklärter Sachverhalte ist noch nie die Aufgabe des Tribunals gewesen. So etwas müßte die Aufgabe einer internationalen Untersuchungskommission sein, die ja auch im Gespräch war, die ja auch von den Anwälten schon angekündigt worden ist, die dann aber ihre Arbeit — aus Gründen, die ich nicht kenne — nicht aufgenommen hat.

**Jensen:** Ich sage hier etwas als Däne, nicht als ein Anti-Deutscher oder Anti-Westdeutscher. Ich bin hier, weil ich über einige Tendenzen in der BRD beunruhigt bin. Es gibt verschiedene Arten von Menschenrechtsverletzungen. Es gibt z.B., man könnte das 'biologische Verletzungen' nennen, ich meine damit das Recht auf Leben und das Verbot der psychischen Folter.
Dies wird z.B. in Lateinamerika verletzt.
Wenn es in einem Lande Menschenrechtsverletzungen gibt, sollte dies nicht eine Entschuldigung für andere Länder sein. Daß es in der Sowjetunion oder anderswo Verletzungen der Menschenrechte gibt, kann uns in Dänemark oder Deutschland nicht als Entschuldigung dienen.

Zuletzt will ich sagen, daß ich besonders über den Fall meines Kollegen Peter Brückner beunruhigt bin. Sein Fall wird sehr intensiv in Dänemark diskutiert.
Ich fühle, daß ich und andere Skandinavier wahrscheinlich die Pflicht haben, dagegen zu arbeiten. Darum bin ich gekommen und nicht als Anti-Deutscher.

**Frage:** *Eine Frage direkt an Herrn Dedijer: Sie sprachen von Pressionen gegenüber Juroren und Mitgliedern des Beirates. Könnten Sie genauer sagen, welche Pressionen Ihnen gegenüber ausgeübt worden sind.*

**Dedijer:** Es existiert zureichendes Material über die Druckausübungen auf Mitglieder der Jury. Wenn die Jury entscheidet, wird dieses Material publiziert werden. Die Entscheidung ist noch nicht getroffen worden.

**Frage:** *Wird es in dem endgültigen Schlußbericht auch eine Aussage über das Grundgesetz geben? Die von Ihnen auf den beiden Sitzungsperioden festgestellten Verstöße, sind das nur Verstöße g e g e n das Grundgesetz oder — es gibt ja auch diese Diskussion — oder liegt vielleicht schon im Grundgesetzt der Keim für diese Verstöße?*

**Uwe Wesel:** Nein! — ich kann diese Frage ganz klar beantworten, ich glaube auch für alle Mitglieder der Jury. Die im Grundgesetz formulierten Freiheitsrechte sind nicht nur Freiheitsrechte einer — das steckt ja hinter Ihrer Frage — bürgerlichen Gesellschaft, sondern das sind Freiheitsrechte, die auch nach unserem Verständnis moralisch, naturrechtlich allgemein gelten. Und dies auch sicherlich — soweit kennen wir die Geschichte des Grund-

gesetzes – nach dem Verständnis der Verfasser des Grundgesetzes.

**Frage:** *Wird das nächste Russell-Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte in der DDR stattfinden?*

**Dedijer:** Bei den Mitgliedern des Russell-Tribunals sind viele Anregungen eingegangen, aber es ist ein sehr schwieriger und langwieriger Prozeß bis eine solche Entscheidung stattfinden kann. Dies gilt auch in Hinblick auf die Finanzierung eines solchen Tribunals. Geld „riecht". Das heißt mit anderen Worten: Man kann nicht jedes Geld nehmen. Man ist darauf angewiesen, daß die finanzielle Unterstützung – wie gerade beim 3. Russell-Tribunal – aus dem Lande selber kommt.

**Frage:** *Ist das Thema 'Einflußsphären und Geheimdiplomatie' nicht so global universalistisch, daß es schwierig sein wird, dort nun zu irgendwelchen konkreten Schlußfolgerungen oder Folgerungen zu kommen, die irgendwelche Konsequenzen haben. Wäre es nicht in der Tat besser gewesen – auch um der Glaubwürdigkeit des Tribunals bzw. der Russell-Foundation willen –, jetzt wirklich konkret als nächstes Thema sich mit Osteuropa, beispielsweise, zu befassen und nicht eben so allgemein 'Einflußsphären'.*

**Dedijer:** Es ist gar keine Frage, daß dann einzelne besonders 'heiße' Fälle, sozusagen, herausgegriffen werden.

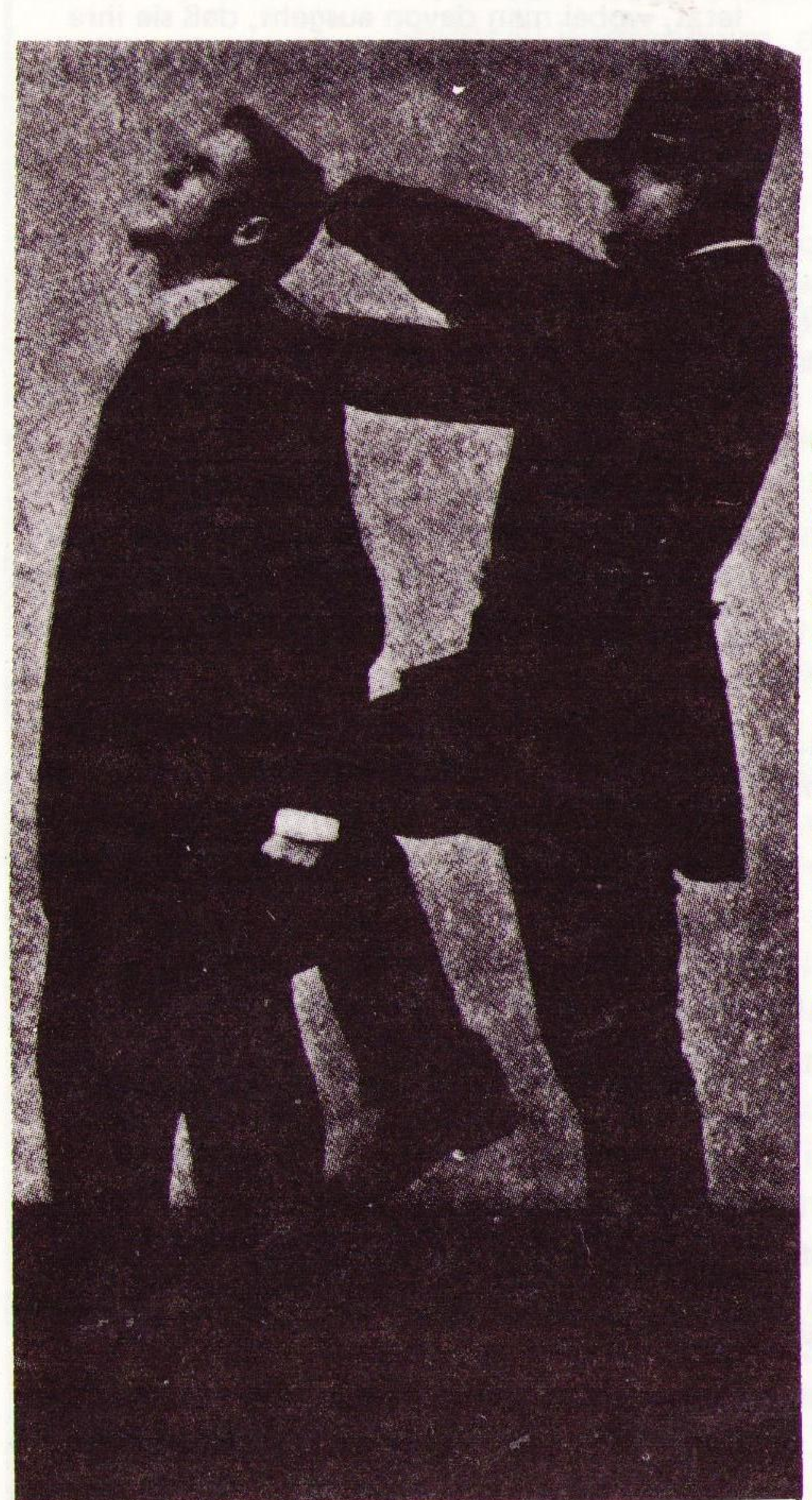
**Narr:** Ich habe ja selber, und zwar auf dem Bahro-Kongreß, gesagt, daß ich es für richtig hielte, daß das 4. Internationale Russell-Tribunal über die Frage der Rehabilitation und der Dissidenten stattfinden würde, einschließlich der Frage der Verwendung der Psychiatrie in der Politik. Aber es ist nicht unsere Möglichkeit als Mitglieder des 3. Russell-Tribunals, ein 4. Russell-Tribunal zu initiieren. Die Russell-Tribunale selber gehen auf die Initiative der Russell-Peace-Foundation in Nottingham (London) zurück. Da können wir allenfalls Vorschläge machen, individuell haben wir das schon gemacht. Wir können aber nicht bestimmen, was das IV. Russell-Tribunal sein wird.

**Frage:** *Ist dieses Tribunal oder diese Kommission über die Einflußsphären wirklich so allgemein – wie es auch in der Übersetzung von Wolf-Dieter Narr herauskam –, also über die Einflußsphären a l l e r Großmächte, oder geht es ausschließlich um die Sowjetunion?*

**Dedijer:** Sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart gibt es eine Fülle von Aspekten zu dieser Frage. Allerdings muß man betonen, daß das Schwergewicht auf den zwei Supermächten liegen muß, was aber nicht bedeutet, daß andere Aspekte – wenn sie aufkommen und wenn sie vorgebracht werden – in irgendeiner Weise vernachlässigt werden.

Als Zusatz: Man sollte die Möglichkeit dieser Russell-Kommission und anderer Initiativen – wie der Einflußsphäre-Kommission – selbstverständlich nicht überschätzen. Letztlich kommt es überall darauf an, was die Bevölkerung eines Landes tut, wie sie sich verhält,und nicht auf irgendwelche intellektuellen Konzepte, die allenfalls wenige Anregungen geben können.

## SCHLUSSBERICHT DER JURY DES RUSSELL–TRIBUNALS



ctes Internationales Russell-Tribunal
zur Situation der Menschenrechte
in der Bundesrepublik

### Schlußfolgerungen der Zweiten Sitzungsperiode

Präambel

Hauptattribut einer freien Demokratie ist es, daß ein ungehinderter Austausch von Ideen und Informationen stattfinden kann, unabhängig vom Inhalt oder der Popularität des Gegenstandes. Die Geschichte der letzten 200 Jahre beweist, daß die Demokratie am besten gedeiht, wenn die Öffentlichkeit wachsam ist. Nur eine solche Gesellschaft ist in der Lage, sich zu verändern und zu wachsen, in Übereinstimmung mit dem sich unablässig ändernden Verständnis, welches die Menschen von sich und seiner Umwelt haben; für diese Veränderung der Gesellschaft gibt es nur eine Einschränkung: sie muß mit demokratischen Mitteln geschehen.

Die Art und Weise, in der eine Gesellschaft ihren Gewaltapparat organisiert, entscheidet über den Grad ihrer Freiheit. Dies gilt insbesondere für die Organisation der Polizei allgemein und der Geheimdienste im Besonderen. Ein zusätzliches Indiz für die Freiheit einer Gesellschaft bildet der Zustand der Strafgerichtsbarkeit, die in besonderem Maße in die Zuständigkeit des Staates fällt. Weil die Strafgesetze herkömmlicherweise ein Instrument der Repression gewesen sind und weil das Ergebnis einer erfolgreichen Strafverfolgung in der Freiheitsberaubung besteht, ist es das unabdingbare Erfordernis jeder freien Gesellschaft, daß die Strafgesetze öffentlich nachprüfbar, einheitlich und unparteilich angewandt werden.

Diese Prinzipien sind auch in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland festgelegt:
Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus (Art. 20, Abs. 2, S. 1 GG)
Die Würde des Menschen ist unantastbar (Art. 1, Abs. 1, S. 1 GG)
Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden. (Art. 2, Abs. 2, S. 1/2 GG)
Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (Art. 3, Abs. 1 GG)
Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Eine Zensur findet nicht statt. (Art. 5, Abs. 1, S. 3 GG)

Es versteht sich von selbst, daß jeder Versuch seitens der Staatsgewalt, die öffentliche Diskussion einzuschränken oder die Macht des Staates gegenüber Angeklagten in Strafverfahren zu verstärken, sich mit einer liberalen und demokratischen Gesellschaft nicht verträgt.

Aufgrund der Tatsache, daß die BRD eine Führungsrolle in der westlichen Welt innehat und wegen des Einflusses, den sie auf die Politik der Regierungen anderer Länder in West-Europa und anderswo hat, sollte jedes Anzeichen dafür, daß die Bundesrepublik von einer liberalen Demokratie in ein autoritäres und repressives Fahrwasser abgleitet, große Besorgnis bei allen erregen.

### Zensur

Schlußfolgerungen:

Die beschriebenen Zensurpraktiken stellen unter anderem die objektiven Bedingungen dar, auf die Einzelne und Gruppen vorausgreifend reagieren, indem sie Selbstzensur üben. Selbst-

zensur ist sogesehen durchaus nicht eine Überreaktion verängstigter Leute. Vielmehr stellt sie, will man seinen Beruf behalten, in ihm aufsteigen oder ihn erst noch erreichen, die angemessene Reaktion auf eben die Zensurmaßnahmen dar.

Indem durch die Zensurmaßnahmen das Spektrum offiziell und halboffiziell erlaubter Meinungsäußerungen immer stärker eingeengt zu werden droht, entsteht die Gefahr einer Verstärkung einer Zweiteilung der Gesellschaft. Der normale und herrschende Teil, der sich anpaßt. Der an den Rand gedrängte Teil der Minderheiten. Kein Wunder angesichts der Situation, daß gesellschaftliche Fluchtreaktion gerade in der jüngeren Generation zunehmen: Von den Drogensüchtigen, die in ihrer Ohnmacht gegen sich selbst Terror ausüben, bishin zu denjenigen, die zu terroristischen Akten gegen andere ihre Zuflucht nehmen. Diese Fluchtgebärden aber haben ihre genau bezeichenbaren gesellschaftlichen Hintergründe. Die Zensur bildet einen vornehmlichen Teil davon.

Tatsachen:

Wenn von Zensur die Rede ist, versteht man darunter in der Regel Eingriffe in die Freiheit, sich in mündlicher oder schriftlicher Form zu äußern und die Äußerungen gedruckt zu verbreiten. Zensur aber hat zwei Seiten: eine positive und eine negative. Die positive Zensur, die dazu dient, Minderheiten zu schützen und nicht diskriminieren zu lassen ist durchaus nicht gegen die Demokratie gerichtet, sondern dient vielmehr ihrer Erhaltung und Herstellung. Die negative Zensur freilich besteht aus Maßnahmen öffentlicher und privater Instanzen, die die Freiheit der Meinungsäußerung gerade vom Minderheiten drastisch beschneiden und sie gegenüber herrschenden Instanzen zur Ohnmacht verdammen. Aus dieser Charakteristik geht schon hervor, daß Zensur im negativen Sinne Kritik, die Gruppen oder Individuen aller Art aneinander üben können müssen, gerade zu verhindern sucht. An negativer Zensur ist nicht die Kritik zu verurteilen. Vielmehr ist allein die Gewalt anzugreifen, mit deren Hilfe herrschaftlich schwächere Positionen an ihrer Meinungsäußerung gehindert werden.

Eine Zensur findet nicht statt — so heißt es im Grundgesetz. In der Tat gibt es in der Bundesrepublik keine offizielle Zensurinstanz. Dennoch findet Zensur in einer Vielzahl von Bereichen täglich statt. Ein wichtiges Instrument für diese nichtoffizielle Zensur bilden für den Staat die in den siebziger Jahren verabschiedeten Gesetzesparagraphen wie z.B. die §§ 88a und 130a StGB, die dem „Gemeinschaftsfrieden" dienen sollen, tatsächlich aber wissenschaftliche und literarische Äußerungen über Gewalt strafverdächtig machen. Aber nicht nur diese neuerlich verabschiedeten Paragraphen des StGB laden zu einem staatlichen Mißbrauch ein. Die deutsche Eigentümlichkeit, den Staat als oberste und erste Privatperson zu begreifen, die jederzeit für Verleumdung empfindlich und von ihr verletzt werden kann (§ 90 a StGB), stellt ein zusätzlich geeignetes Mittel dar, Kritik zu unterbinden. Ähnliches gilt für andere Paragraphen des Strafgesetzbuches, die vor allem journalistische Freiheiten mit Strafe bedrohen (Vergl. § 353 c StGB).

Diese Praxis der Zensur stellt sich folgendermaßen dar:
Im Bereich der technischen Medien durch die politische Einflußnahme der zur Kontrolle, nicht aber zur Programmbeeinflußung berufenen Gremien. Dadurch wird das Rundfunkgesetz, daß die technischen Medien als „öffentlich-rechtliche Anstalten" in die Verantwortung des Bürgers gegeben hat, abgeschwächt.
Im Bereich der öffentlichen Bibliotheken als behördlicher Druck sowohl auf Anschaffungen, Bereitstellung von Büchern in der Handbibliothek, Einstellungspersonal und Kontrolle des Leseverhaltens.
Im Bereich der Theater als Einflußnahme der kommunalen und der Länderbehörden auf den Spielplan und die Programmgestaltung der städtischen Theater und Staatstheater; dabei sind besonders die Kinder- und Jugendtheater betroffen, die oft ohne eigene Häuser arbeiten.
Im Bereich der Presse, der Buchhandlungen, der Universitäten und der gesellschaftskritischen Kunst. Hier besteht die Tendenz, Kunst dort anzugreifen, wo sie nicht „nur" Kunst bleibt, die Wissenschafts-Lern— und Lehrfreiheit dort einzuschränken, wo gesellschaftliches Engggement nicht in das normale passe-par-tout paßt, Verlage und Buchhandlungen mit Durchsuchungen und Prozessen bis zur Existenzgefährdung zu überziehen, nur weil sie nicht genehme Bücher publiziert oder ausgelegt haben, Journalisten mit Strafe zu bedrohen, die Informationen weitergeben, die sie auf durchaus legale Weise erhalten haben usf. usf.

## Verteidigungsrechte

Schlußfolgerungen:

Die Jury ist der Ansicht, daß die im Zusammenhang mit Fällen von mutmaßlichen terroristischen Handlungen jüngst verabschiedeten Gesetze und unternommenen Maßnahmen, die unter der Überschrift „Tatsachen" näher beshcrieben worden sind, eine ernsthafte Bedrohung der Menschenrechte darstellen. Die Jury ist der Überzeugung, daß es Eingriffe in die Beziehung zwischen Anwalt und Mandanten gibt, das Recht auf eine umfassende und ausreichende Verteidigung durch einen Vertrauensanwalt ist jedoch unantastbar.
Es werden Eingriffe in das Recht des Angeklagten auf rechtliches Gehör vor einem Gericht unternommen und in manchen Fällen bestehen Haftbedingungen, die mit Wahrscheinlichkeit zu physischen und psychischen Schäden führen und somit das Recht des Angeklagten auf einen fairen Prozeß und auf eine menschenwürdige Behandlung verletzen.

Da Gefahr einer Ausweitung auf andere Strafverfahren besteht, ergibt sich daraus auch eine mögliche Gefahr für jeden einzelnen Bürger der BRD.

Tatsachen:
Eine wirksame Verteidigung wird behindert durch Maßnahmen, in denen sich ein allgemeiner Verdacht der Komplizenverdacht von Verteidigern mit ihren Mandanten ausdrückt. Wir führen einige dieser Maßnahmen auf:

Die für eine Verteidigung unbedingt notwendige Vertraulichkeit der Kommunikation zwischen dem Verteidiger und seinem Mandanten wird in sogenannten Terroristenprozessen behindert durch die Kontrolle der Korrespondenz, durch häufige Hausdurchsuchungen und Aktenbeschlagnahmungen bei Verteidigern und durch die Einrichtung einer Trennscheibe für das mündliche Gespräch in der Haft. Es gibt Beispiele, in denen dies durch Manipulation der Anklage ausgeweitet wird auf andere Prozesse mit politischen Hintergrund.
Eine engagierte Verteidigung, wie sie das Gesetz verlangt, ist gefährdet, anchdem schon i einigen Fällen Verteidiger ausgeschlossen wurden, weil sie hinsichtlich der Haftbedingungen entschieden für die Intersssen der Angeklagten eintraten. Gerichte legten dies als Komplizenschaft mit ihren Mandanten aus. Die Gefahr ergibt sich auch daraus, daß man wegen anderer engagierter Äußerungen im Prozeß später gegen Anwälte mit Straf- und Ehrengerichtsverfahren vorgegangen ist.
Anwälte in sogenannten Terroristenprozessen müssen demütigende Leibesvisitationen dulden. Weigern sie sich, werden sie mit hohen Gerichtskosten überzogen.

In einzelnen Fällen sind Telefongespräche von Anwälten überwacht und vertrauliche Gespräche zwischen Verteidigern und Mandanten mit verborgenen Mikrophonen abgehört worden.

Durch das Kontaktsperregesetz kann auf unbeschränkte Zeit der Kontakt zwischen Mandant und Verteidiger unterbrochen, ja sogar die Kontaktaufnahme von Anfang an verhindert werden, während die Anklage jederzeit Zutritt zu dem Verhafteten hat und sie Vernehmungen durchführen kann. Dadurch kann eine wirksame Verteidigung nicht nur schwer behindert, sondern sogar völlig unmöglich gemacht werden.
Außerdem ist das Verbot der gemeinsamen Verteidigung allgemein eine schwere Behinderung für eine wirksame Vertretung der Anklage. Ein Verteidiger, der ein Mitglied einer als kriminell bezeichneten Vereinigung vertreten hat, darf keine weiteren vermeintlichen Mitglieder derselben Gruppe in einem späteren Prozeß verteidigen, während die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit hat, durch die Verfolgung einer unbegrenzten Zahl von Angeklagten an Sachkenntnis zu gewinnen.
Angeklagte, denen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird, unterliegen häufig für längere Zeit einer völligen Isolation und sensorischen Deprivation. Das hat physische Schäden zur Folge. Wir machen aufmerksam auf die Bewertung einer solchen Behandlung, die sich in einem Bericht von amnesty international aus dem Jahre 1973 findet:

*„Jedes Ermittlungsverfahren, das den Zweck oder die Folge hat, ein Versagen oder eine Verschlechterung der geistigen Funktionsfähigkeit hervorzurufen, ist ein genauso schwerer Angriff auf die unantastbare Würde der Person, wie die mehr traditionellen physischen Techniken der Folter."*

Wenn Angeklagte, die in dieser Weise behandelt werden, deshalb nicht verhandlungsfähig sind, wird der Prozeß ohne sie fortgesetzt und damit ihr Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt, wobei man davon ausgeht, daß sie ihre Verhandlungsunfähigkeit selbst verschuldet haben.

## Verfassungsschutz

Schlußfolgerungen

In jeder freiheitlichen Demokratie werden die Rechte von Individuen oder Gruppen von Bürgern durch die Existenz eines inländischen Geheimdienstes in Gefahr gebracht. Diese Gefahr ist in der Bundesrepublik Deutschland besonders groß, da ihr inländischer Geheimdienst, der Verfassungsschutz, über ein riesiges Netz von Informationssammlung, -aufbewahrung und -weitergabe verfügt.
Weit entfernt davon, die Verfassung zu schützen, ist der Verfassungsschutz heute der entscheidende Teil des Elements einer riesiegen Maschinerie geworden, die durch ein System geheimer Sammlung und Weitergabe von Informationen (oder Fehlinformationen), von denen der einzelne keine Kenntnis und zudem keinen Zugang hat, die Lebensgrundlage und den Ruf unschuldiger deutscher Bürger zerstört (und in einigen Fällen zu Inhaftierungen führte).
Darüberhinaus droht der Verfassungsschutz seine Macht über das Leben zahlloser weiterer Bürger auszuüben. In vielen Fällen sind die Opfer ohne eine explizite politische Meinung, in anderen Fällen haben die Betroffenen nichts anderes getan, als daß sie das demokratische Recht wahrnahmen, ihre persönliche politische Meinung zu äussern.

Ausweitungen und Praktiken des Verfassungsschutzes stehen in keinerlei Verhältnis zu irgendeiner tatsächlichen Bedrohung des Staates. Der Verfassungsschutz entwickelt eine Eigendynamik, die nicht parlamentarisch kontrolliert wird; darüberhinaus hat er auch die tatsächliche Definitionsgewalt über den Sicherheitsbegriff des Staates, der ebenfalls sich adäquater und wirkungsvoller parlamentarischer Kontrolle unterliegt.

In der Tat kann der Verfassungsschutz selbst die größte Gefahr für die freiheitliche Demokratie darstellen, denn er droht zu einer Art „Geheimregierung" zu werden.

Tatsachen:

Nach dem Verfassungsschutzgesetz § 3 I ist die Aufgabe des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz die „Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Bundesrepublik Deutschland oder eines der Länder gerichtet sind, oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben".

Die Geheimhaltung, die den Verfassungsschutz umgibt, bewirkt, daß viele Informationen über ihn kaum mehr als eine Annäherung an die Wahrheit sind. In den zehn Jahren von 1969 bis 1978 stieg das Budget des Verfassungsschutzes um mehr als das Dreifache von 29,9 Millionen auf über 100 Millionen pro Jahr.

Bis zum Jahre 1975 hatte der Verfassungsschutz computergespeicherte Akten von wenigstens 2 Millionen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland angelegt. Darüberhinaus existieren noch 190.000 Akten in West-Berlin, die 10 % der Bevölkerung erfassen.

1972 schuf der Verfassungsschutz ein integriertes System (NADIS), um nachrichtendienstliche Informationen zu sammeln. Dieses System steht ebenso dem Bundeskriminalamt (BKA), dem Bundesnachrichtendienst (BND) wie dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) zur Verfügung. Diese Einrichtung hat Informationen über mehr als 3 Millionen Bürger gespeichert. Der Verfassungsschutz tauscht auch Informationen mit anderen Einrichtungen aus und hat direkten Zugang zu dem allgemeinen Informationssystem der Polizei (INPOL), welches mit NADIS verbunden ist. Über INPOL ist es möglich, Hinweise auf alle anderen verfügbaren Informationsquellen zu erhalten. Der Verfassungsschutz hat u.a. auch Zugang zu den computergespeicherten Karteien der Universitäten, der öffentlichen Bibliotheken, der Personalbüros des öffentlichen Dienstes und der Länderregierungen. INPOL erhält 6 Millionen Informationsgesuche por Monat.

Der Verfassungsschutz tauscht Informationen mit Geheimdiensten anderer Länder aus, darunter auch jenen in repressiven Diktaturen, und bewirkt dadurch, daß Furcht das Leben vieler Bürger und Ausländer beherrscht.

Der Verfassungsschutz schafft ein System von Klassifizierungen, in dem Bürger in „autoritativer" Weise als Verfassungsfeinde definiert werden, ohne daß sie irgendeine Möglichkeit besäßen, diese Klassifizierung wirksam zu bestreiten.

Die nominelle Verantwortlichkeit des Verfassungsschutzes gegenüber dem Bundesinnenminister schließt Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit nicht ein. Außerdem gibt es ein Arrangement, welches sicherstellt, daß der Verfassungsschutz das Parlament umgehen kann.

Der Verfassungsschutz hat sich ein untereinander verzahntes computergespeichertes Informationssystem zugelegt, an dem viele staatliche Organe, einschließlich der Polizei, teilhaben. Hierdurch wird die Beschränkung, daß der Verfassungsschutz keine Polizeigewalt besitzen solle, außer Kraft gesetzt. Auf diese Weise entsteht eine Tendenz, daß die Gewaltenteilung nicht nur zwischen Exekutive, Legislative und Judikative durchbrochen wird. Vielmehr besteht auch innerhalb der Exekutive die Tendenz, die Funktionstrennung zugunsten einer einheitlichen Machtstruktur zu überwinden.

## UNSERE POSTLER SIND DOCH O.K. — — ODER ?

FRANKFURT
Januar 1979

... so geschehen in der dritten Januarwoche dieses Jahres im Postamt 90 im Frankfurter Stadtteil Bockenheim, dem geplanten sogenannten „Freistaat Bockenheim".

Der Briefzusteller Paul Schniffel (Name v.d.Red. geändert) steht nach intensivem Studium der Briefkastennamensschildchen eines alten Bockenheimer Hauses etwas entnervt da und flucht. Der Empfänger des dicken Katalogs ist an der angegebenen Adresse nicht zu ermitteln, also muß er das schwere Drecksding wieder mit zurück ins Postamt schleppen. Wertvolle unzustellbare Sendungen werden dann an den Absender zurückgeleitet, Drucksachen und anderes wertlose Zeug wandert in den Reißwolf.

Bevor nun unser Paul — nach der Rückkehr ins Postamt — seinen unzustellbaren Katalog in das entsprechende Ablagefach legt, blättert er ihn nach alter Postlergewohnheit noch einmal durch; es könnte ja etwas Pornographisches oder was anderes in der Richtung drin sein.

Dann aber macht er große Augen. Im Inneren des Katalogs ist ein Hohlraum, gefüllt mit einem Pulver, das weiß wie Schnee und sorgfältig in Plastikbeutel abgepackt ist, und dessen Wert später auf 200.000 DM geschätzt wurde. Groß war die Aufregung im Amt! Als dann gar einem anderen Briefzusteller auffiel, daß der angeblich unbekannt verzogene Empfänger des Katalogs in seinem Zustellbezirk im Vorort Frankfurt-Rödelheim wohne, wurden die Blauröcke vollends zum kriminalistischen Fieber befallen. Es entstand ein Plan, mit postalischen Mitteln den Dealer zu stellen. In seinen Briefkasten legte man einen sogenannten 'Postbenachrichtigungsschein' („Lieber Postempfänger.... unser Zusteller hat Sie heute leider nicht zu Hause angetroffen........ Sie können die Postsendung am Postamt XYZ abholen..... aber nicht vor 14 Uhr..... etc.) und alle Kollegen der Schalterhalle versetzten sich in äußerste Alarmbereitschaft. Außerdem wurde eine ständige Verbindung zum nahegelegenen 13. Polizeirevier und zur Kripo gehalten.

Tatsächlich tappte auch nach ein paar Tagen ein langhaariger Typ in die Schalterhalle des Postamts und legte den 'Postbenachrichtigungsschein' vor. Alles funktionierte reibungslos. Auf das vereinbarte Zeichen hin umzingelten den Langhaarigen ein paar kräftige Kerls vom Paketschalter und nahmen ihn nach kurzem Handgemenge in 'Gewahrsam'. Der Amtsvorsteher rieb sich befriedigt die Hände, seine Blauen konnten's genaus gut wie Müller's (Frankfurter Skandalpolizeipräsident) Grüne.

Man sollte doch meinen, daß ein solcher Erfolg auch in der Presse gebürlich gewürdigt wird.Aber bisher ist jede Meldung darüber unterblieben! Na ja, ...... selbstverständlich, die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, ... der gesamte Ring .... bla bla bla, aber wie wär's denn mal, die rechtlichen Grundlagen solcher Art von 'Amtshilfe' zu überprüfen!!

***

**KRIPO ERMITTELT IM KNAST NEUMÜNSTER**

**Kiel, 1. Februar 79** **Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir, daß in Neumünster die Kriminalpolizei im Hungerstreik der Häftlinge ermittelt und zwei Sozialarbeiter, denen unterstellt wird, sie hätten die Aktion angezettelt, vom Dienst suspendiert worden sind. Näheres: über Jens-Norbert Marxen, Flintbecker Str. 9, 2302 Schönhorst, Tel.: 04347 / 33 67.**

**HERAUSGEBER:**
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortlicher Redakteur Richard Herding

## 18 GROHNDE-DEMONSTRANTEN VERKLAGT

**Bezirksregierung Hannover fordert 234.000 Dm Schadenersatz**

HANNOVER/ HAMBURG 29. Januar 79 In Abstimmung mit der Landesregierung hat die Hannoversche Bezirksregierung am 10.1. eine Schadensersatzklage gegen 18 Grohnde-Demonstraten beim Landgericht Hannover eingereicht. Die achtzehn sollen für Schäden, die der Polizei bei der Demonstration in Grohnde am 19.3.77 angeblich entstanden sind, im einzelnen zahlen:

| | |
|---|---|
| für Heilbehandlungskosten | 12.888,57 DM |
| Dienstbezüge der verletzten Beamten während der Dienstunfähigkeit | 97.341,89 DM |
| Beschädigung und Verlust von Polizeimaterial | 123.695,62 DM |
| also insgesamt | 233.926,09 DM |

Nachdem die 18 Betroffenen auf die im September ergangene Zahlungsaufforderung einhellig erklärt hatten, sie würden nicht zahlen, sah sich die Bezirksleitung „gezwungen", diese Klage zu erheben. Begründung: Sie bekäme sonst Schwierigkeiten mit dem Landesrechnungshof. Auf Nachfragen eines NDR-Reporters räumte sie allerdings ein, daß dies eine politische Entscheidung sei, die mit der Landesregierung abgestimmt ist.

Die Klageschrift ist den Betroffenen bisher noch nicht zugestellt worden. Bekannt ist bisher nur, daß sie 250 Seiten (!) umfassen soll. Der Vorsitzende Richter beim Landgericht, der den Prozeß frühestens im April anberaumen will, rechnet mit mindestens einem halben Jahr Prozeßdauer und Verfahrenskosten, die den Streitwert von 234.000 DM weit übersteigen werden.

Betroffen von dieser Klage sind

- 10 verurteilte Grohnde-Demonstranten,
- 3 freigesprochene Grohnde-Demonstranten,
- 4 am 19.3. Verhaftete, die aber nicht angeklagt wurden,
- ein durch Fotos an der Kirchohsen-Sperre identifizierter Demonstrant.

Es fehlen bei den 18:

- ein in Hameln verurteilter Grohnde-Demonstrant,
- ca. 80 weitere Demonstranten, deren Personalien die Polizei am 19.3. festgestellt hatte,
- sowie ca. 19.992 weitere Teilnehmer der Demonstration.

Diese willkürliche Auswahl hat Methode: sie soll — was durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs längst legitimiert ist — demonstrieren, daß jeder beliebige Teilnehmer einer solchen Demonstration auf Schadensersatz verklagt werden kann, ohne daß ihm nachgewiesen zu werden braucht, daß er den Schaden verursacht oder mitverursacht hat. Das deshalb, weil *„bei Beteiligung mehrerer es dem Geschädigten häufig nicht möglich ist, nachzuweisen, inwieweit der Schaden von dem einen oder anderen Täter verursacht worden ist"*. Damit bestünde aber die Gefahr — so der Bundesgerichtshof weiter in einem Urteil gegen Horst Mahler und Günther Amendt, in dem die beiden 1972 verurteilt wurden, mit je 70.000 DM den bei einer Demonstration am Springer-Hochhaus in Berlin entstandenen Schaden zu tragen —, daß sich der Geschädigte nicht ganz schadlos halten könne. *„Das verstieße in elementarer Weise gegen den Gerechtigkeitsgedanken. Mit gutem Grund überbürdet das Gesetz daher dieses Risiko den Schädigern und überläßt es ihnen, sich untereinander nach Maßgabe ihres Schadensbeitrages auseinanderzusetzen."* (zu deutsch: die Verklagten können sich das Geld ja bei anderen Demonstranten wieder einklagen!)

Obwohl das nichts anderes heißt, als daß **jeder beliebige** schadensersatzpflichtig gemacht werden kann, weist der Sprecher der Bezirksregierung den Vorwurf der Willkür empört zurück. Jedem einzelnen der 18 — so erklärte er gegenüber Journalisten — könne man die Beteiligung an Gewalttätigkeiten nachweisen. Das mag überraschen, sind doch unter den 18 zumindest drei, denen gerichtlich bescheinigt ist, daß ihnen k e i n e Beteiligung an Gewalttaten nachzuweisen ist. Und doch wird das so stimmen, denn der Bundesgerichtshof (BGH definiert in seinem schon zitierten Urteil die Beteiligung so, *„daß der Beklagte die verübten Gewalttätigkeiten insgesamt billigte und sein eigenes Tun als Teil eines gemeinschaftlichen Vorgehens betrachtete."* Es reiche aus, *„daß die Beklagten durch Bekundung ihrer Verbundenheit ... den eigentlichen Akteuren jedenfalls das Gefühl vermittelt haben, den offenen Rechtsbruch in der Anonymität der Masse ungeahndet begehen zu können, und ihnen die Planung und Ausführung des aktiven Widerstands psychisch erleichtert haben."* Und nochmal ganz deutlich: *„Auch eine solche psychische Unterstützung kann Beihilfe zur Ausführung der Tat sein; diese setzt keine physische Mitwirkung bei der Tat voraus."*

Genauer hätte der Sprecher der Bezirksregierung also sagen sollen: Da wir den einzelnen keine Beteiligung an Gewalttätigkeiten nachweisen können, haben wir ihre bloße Anwesenheit zur Beteiligung an Gewalttätigkeiten umdefiniert! So würde man's schon eher verstehen.

Das ist die extrem beschissene Rechtsgrundlage, auf der sich die 18 diesem Zivilprozeß werden stellen müssen, und bei der allenfalls die Chance bleibt, einzelne der 18 rauszuhauen und die eingeklagte Summe runterzudrücken. Das Teuflische bei der ganzen Angelegenheit ist, daß diese Forderung — wenn sie gerichtlich bestätigt ist — praktisch nicht verjährt (die gesetzliche Verjährungsfrist von 30 Jahren kann auf Antrag verlängert werden), und daß alle 18 für die volle Summe haften sollen — das heißt, gepfändet wird bei jedem, bei dem's was zu holen gibt, solange, bis die Summe voll ist. Im Extremfall muß einer allein die vollen 234.000 DM zahlen.

Natürlich ist das keine zweite Strafe — die ist ja bei uns gesetzlich ausgeschlossen. Hier müssen wieder die Definitionskünste der Juristen herhalten, nach denen z.B. bei Linda die S t r a f e 300 Mark beträgt, während die Forderungen für Schadensersatz und Verfahrenskosten, die sich bei ihr bisher auf mindestens 35.000 DM — also mehr als das 100-fache der Strafe — summiert haben, was ganz anderes sind. Was eigentlich? Jahre- und jahrzehntelange Fronarbeit leisten müssen, um angebliche Schäden zu bezahlen, von denen nicht einmal behauptet wird, daß sie sie verursacht hat — nein, nein, Strafe darf sowas nicht heißen. Denn was wäre das für ein Rechtsstaat, wo die Landesregierung nach eigenem Ermessen Strafen von mehrjähriger Fronarbeit verhängen kann, ohne einen Schuldvorwurf zu erheben, und wo die Gerichte nur noch die Aufgabe haben, die angeforderte Summe nachzuprüfen?

Klar ist jedenfalls, daß sich Albrecht in Zukunft seine Appelle an die Gerichte sparen kann, drastische Strafen gegen die Demonstranten zu verhängen (wie er es nach dem 19.3. getan hat). Er verhängt sie jetzt selbst — und das gehört sich auch so für den niedersächsischen Möchtegern-König, der in den letzten Wochen die Schlösser in Bückeburg, Celle und Hannover inspiziert hat, um zu prüfen, wo sich „geeignete Repräsentationsräume" für die Landesregierung herrichten lassen.

Aber natürlich verfolgt die Landesregierung mit dieser Klage auch ein konkretes Ziel. Als die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) am 11.1. über die Klageerhebung berichtete, fand sich gleich unter diesem Artikel auf der gleichen Seite die Überschrift: *„Bald Flachbohrungen in Gorleben — Regierung stimmt Baugrunderkundung zu"*. So deutlich hätte der Wink mit dem Zaunpfahl gar nicht sein brauchen, denn erst mit dieser Klage

werden die Versuche der Landesregierung so richtig abgerundet, den AKW-Gegnern ständig einzureden, man könne in Gorleben gar nichts anderes tun, als sich mit der Polizei prügeln. Zur Angst vor Polizeiknüppel und Strafprozeß (die dem einzelnen ja immer noch irgendwie kalkulierbar erscheinen) die Angst vor völlig willkürlichen Schadensersatzforderungen — das ergibt die psychologische Einstimmung auf die „Schlacht um Gorleben", die Albrecht und Schmidt in einer ganz anderen Größenordnung zu führen gedenken als in Grohnde. Denn die eingeklagte Viertel-Million ist ja in der Tat ein Pappenstiel gegenüber den (im Bundes- und Landeshaushalt für 1979 jeweils zur Hälfte eingeplanten) 100 Millionen für Schäden, die Polizei und BGS bei den Gorleben-Demonstrationen anrichten sollen.

Aber so beschissen die Rechtslage auch aussieht — in diesem Irrsinn liegt unsere politische Chance. Mußten wir bei den Grohnde-Strafprozessen der Presse die Türen einrennen, damit endlich mal (meist dann sehr übel) berichtet wurde, und hatten wir große Schwierigkeiten, liberale Gruppen und Leute für die Grohnde-Prozesse zu interessieren („Irgendwas könnte ja dran sein"), so liegt bei dieser Klage so offen auf der Hand, daß die Landesregierung mit allen Mitteln und auf Kosten der Existenz einzelner Leute die Opposition Gorleben zum Schweigen bringen will, daß vielen Leuten außerhalb der Anti-AKW-Bewegung ohne unser Zutun der Kragen platzt:

Von sich aus berichteten 'Spiegel', NDR und Panorama sehr kritisch über die Klage

Die GLU Niedersachsen hat sich erstmals eindeutig zum Komplex Grohnde geäußert und fordert die Amnestie für alle Grohnde-Angeklagten

Die GLU Hannover fordert die Rücknahme der Klage

Der SPD-Ortsverein Hannover-Oststadt hat beschlossen, dem Unterbezirksparteitag eine Resolution vorzulegen, in der die Klage als Schritt zur Abschaffung des Demonstrationsrechtes kritisiert und die Rücknahme der Klage gefordert wird. (Damit hat sich zum ersten Mal eine SPD-Gliederung — neben den Jusos — zu Wort gemeldet!)

Juso-Bundesvorsitzender Gerhard Schröder sieht in der Klage *„einen ganz klaren Angriff auf Grundrechte"*, mit dem *„der Rechtsstaat auf den Kopf gestellt"* wird.

SPD-Landesvorsitzender von Oertzen bezeichnete in einem persönlichen Gespräch die Zahlungsaufforderung als *„rechtswidrig"*, konnte sich allerdings bisher nicht zu einer öffentlichen Äußerung durchringen

Als erste Gruppe außerhalb der Anti-AKW-Bewegung in Hannover führte das Seminar für Wissenschaft von der Politik an der Uni Hannover am 18.1. eine Veranstaltung durch — Thema: *„Grohnde-Prozesse und der Rechtsstaat"*. Bei rund 200 Besuchern beteiligten sich — nach Beiträgen von Rechtsanwältin Barbara Klawitter, Rüdiger Jörß, Juso-Vorsitzendem Gerhard Schröder und Michael Buckmiller als Vertreter des Seminars— u.a. auch Prof. Jürgen Seifert und die GLU an der Diskussion, und leider auch massiv der KBW (dessen idiotisches, Schröder-fixiertes Auftreten jegliche Diskussion unmöglich machte und wehmütige Erinnerungen an die Zeit nach Grohnde wachrief, als der KBW vom hannoverschen Plenum einfach vor die Tür gesetzt wurde).

*Die Betroffenen sind sich darüber einig, daß nach wie vor kein Geld für die Schadensersatzklagen gesammelt werden soll. Trotzdem wird Geld gebraucht — die Grohnde-Prozesse sind noch nicht zu Ende und wir müssen ja mindestens unsere Anwälte bezahlen.*

**Spendenkonto: 26780 127 (G. Buchholz) bei der Stadtsparkasse Hannover.**

*Damit das Ziel, die Klage zum Gegenstand j e d e r Gorleben-Veranstaltung und -Aktion zu machen, tatsächlich verwirklicht wird, werden die Ermittlungsausschlüsse entsprechendes brauchbares Material für die BIs zusammenstellen.*

**Kontakt: Ermittlungsausschuß Hannover, c/o Goetz Buchholz, Boedekerstr. 73, 3 Hannover 1 / Ermittlungsausschuß Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19.**




## SCHLECHTE NACHSPIELE DER FRANKFURTER CISNU-DEMONSTRATION

**Presseerklärung-Auszüge**

DARMSTADT
17. Januar 79

„Am Montag, dem 15.1.79, wurde der ehemalige Ausländerreferent im AStA der Technischen Hochschule Darmstad (THD) und Mitglied des CISNU-Vorstands Aliakbar Djasayeri von zwei Beamten der Darmstädter Kripo vorläufig festgenommen und gegen seinen Willen erkennungsdienstlich behandelt.
Die beiden Kripo-Beamten, die nach Auskunft des Pressesprechers der Darmstädter Polizei der „verlängerte Arm der Frankfurter Polizeibehörde" gewesen sind, gaben an, daß A. Djasayeri wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Hessische Versammlungsgesetz erkennungsdienstlich behandelt werden müsse.
A. Djasayeri war Anmelder der Frankfurter CISNU-Demonstration am 25.11.78. Die beiden Beamten, die erkennen ließen, daß sie auch bereit wären, Gewalt anzuwenden, verweigerten nach Auskunft von Aliakbars Anwalt V. Pfaff jede weitere Begründung. ...

Die Asten der THD, der Fachhochschule Darmstadt und die CISNU an der THD verurteilen diese Vorgehensweise auf das Schärfste."

FRANKFURT
30. Januar 79

„Der jamaicanische Student Neville P. hat vom Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Walter Wallmann, eine Ausweisungsverfügung erhalten, deren sofortige Vollziehbarkeit angeordnet wurde.
Als Begründung dienen Vorwürfe, nach denen der Student angeblich Straftaten im Zusammenhang mit der bundesweiten Demonstration gegen das Schah-Regime am 25.11. in Frankfurt begangen haben soll.
Durch die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit wird der Rechtsweg und damit die gerichtliche Überprüfung der Vorwürfe ausgeschlossen. Bis zum 7. Februar 79 soll Neville P. die Bundesrepublik verlassen haben..."

*P.S.: Heinz Funke, der Anwalt von Neville, hat Widerspruch beim Ordnungsamt eingelegt und einen Stop-Antrag gegen die sofortige Vollziehbarkeit gestellt.*
*Der AStA Frankfurt plant ein Teach-in in den nächsten Tagen.*

## UNI DROHT MIT EXMATRIKULATION

MÜNCHEN
31. Januar

An der Münchner Uni gärt es weiter. Nach dem Protest gegen das "Raumverbot" für linke Gruppen (siehe ID 265), hat der Unipräsident einen neuen Versuch gemacht, das studentenfeindliche Bayerische Hochschulgesetz anzuwenden. Mindestens 60 Studenten sollen exmatrikuliert werden, weil sie die vorgeschriebene Studienzeit überschritten haben. Betroffen sind nicht etwa chronische Dauerstudierer, wie der Unipräsident behauptet, sondern Studenten im Grundstudium vor allem der Fachbereiche Medizin, Tiermedizin und Zahnmedizin, die wegen der miesen Bafög—Unterstützung auch während der Semester jobben müssen und deshalb nicht so schnell studieren können. Eine kleine Kostprobe der Stimmung an der Münchner Uni ist auch ein Auszug aus einem Brief des Universitätspräsidenten an "alle Lehrpersonen":

*" ... dabei bitte ich Sie jedoch zu beachten, daß häufig studierwillige Studenten Ereignisse als Störung empfinden, die vom Leiter der Lehrveranstaltung als noch hinnehmbar angesehen werden. In den letzten Monaten ist es mehrmals vorgekommen, daß sich Studenten bei Politikern über Störungen beklagten, die der Universitätsleitung gar nicht bekannt gemacht wurden.*

*Mit herzlichen Grüßen*
*Ihr*
*Nikolaus Lobkowicz"*

## BESCHWERDEZENTRUM GEGEN KRANKEN—HÄUSER

KÖLN
18. Januar

*In Köln existiert ein Beschwerdezentrum, das zu erreichen ist über: Tel. 0221/556189, Liebigstr. 25, 5 Köln 30. Sie schreiben:*

Seit ca. 2 Jahren arbeitet in Köln das Beschwerdezentrum, — LKH Betroffene gemeinsam mit Interessierten — gegen die unmenschlichen und verbrecherischen Zustände in den Rheinischen Landeskrankenhäusern (LKH).
Es gelang uns, die katastrophalen Zustände im LKH Brauweiler aufzudecken, was daraufhin im vergangenen Jahr geschlossen werden mußte. Durch zahlreiche Zuschriften von "Patienten" erfahren wir immer wieder, daß die gleiche verheerende Praxis in den anderen LKH's ebenso üblich ist: "Patienten" beschweren sich ständig über hemmungslose Spritzenverabreichung, körperliche Mißhandlungen, willkürliche Zwangsunterbringung durch fadenscheinige Gutachten, völlige eigene Rechtslosigkeit und keine wirksame Beschwerdemöglichkeit. Immerhin konnten wir vor Gericht nachweisen, daß im LKH Düren genau wie vorher in Brauweiler unverantwortlich gespritzt wird und daß die Menschen im LKH nicht die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

In den 'Unbequemen Nachrichten', einer Zeitung des Beschwerdezentrums haben wir das Leben von Josef B. veröffentlicht, der seit 12 Jahren zu Unrecht im LKH Düren einsitzt. Er gehört zu den Ärmsten der Armen, wurde in Waisenhäusern und Erziehungsheimen groß, und war schon immer völlig auf Behörden angewiesen. Josef B. hat bis heute nie eine Möglichkeit gehabt, ein eigenständiges Leben zu führen. Im LKH Düren wurde Josef B. systematisch fertig gemacht und bereits in mehrere verzweifelte Selbstmordversuche getrieben. Eine Behandlung fand bei ihm bis heute nicht statt. Bei unangepaßtem Verhalten wird er mit Dämpfungsmitteln und Spritzen ruhiggestellt. Bei Josef B. führte das nachweislich zu Vergiftungserscheinungen und einer Tablettensucht, die bis heute anhält. Beweise dafür haben wir verkürzt veröffentlicht.

Bei der Staatsanwaltschaft Köln erstatteten wir gegen den LVR und den zuständigen Arzt Dr. Horst Werner Strafanzeige wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Mißhandlung von Wehrlosen. Um Gerechtigkeit für Josef B. zu erreichen, ist es jedoch damit nicht getan. Öffentlichkeit ist ein entscheidender Schritt gegen die grauenhaften Verhältnisse in den LKH's. Josef B. ist kein Einzelfall, sondern ein Beispiel für viele.

## UNTERSTÜTZT DIE ALTERNATIVE TROMMELINDUSTRIE

BIELEFELD
31. JANUAR

*Wolfgang aus Bielefeld schickte uns seinen „Beitrag zur Tageszeitungsdiskussion":*

Hören wir lieber gleich ganz auf, uns daran zu erinnern, was wir mal mit der TAZ vorhatten — in Berlin ist das sowieso nicht möglich. Man sieht ja: nichts davon ist uns gelungen!

Ich wundere mich gar nicht, daß meine Vorstellungen sich in der TAZ nicht realisieren. Ich bin nämlich den ganzen Tag damit beschäftigt, darüber zu weinen, daß der Stand des Projekts nicht Bielefeld ist.

Bielefeld ist überhaupt der beste Standort, den man sich denken kann, denn die Uhren in Ostwestfalen gehen viel langsamer als an der Revolutionsfront in Frankfurt oder Berlin oder anderswo. Das wirkt sich ungeheuer vorteilhaft auf den Zeitpunkt des Redaktionsschlusses aus. Wenn es nämlich in Frankfurt 16.00 Uhr ist, schlägt es in Bielefeld erst 14.30. Ein zusätzlicher Zeitgewinn entsteht beim telefonieren, da Bielefeld aufgrund der provinziellen Größe kürzere Telefonnummern besitzt. („die Tageszeitung" — die aktualistischste Zeitung in ganz . . . ) Und was das morgendliche Aufwachen anbelangt — es kann sich kein Bielefelder leisten, mittags um 12.15 noch im Bett zu liegen, weil schon frühmorgens der Herr Dr. Oetger durch die Gemeinde zieht, um die tägliche Puddingration zu verteilen. Und das läßt sich hier keiner entgehen! Und wer das vielfältige Angebot unseres Puddingprinzen kennt, der wird sich unschwer ausmalen können, daß eine bei uns gefertigte TAZ die witzigste, frechste und vor allem widersprüchlichste Zeitung überhaupt wird. (Wir versuchen übrigens ein alternatives Puddingprojekt aufzuziehen, bei dem sich jeder mit seinem Rezept verwirklichen kann. Der Clou des Ganzen ist, daß jeder eine Woche lang „Zentralissimus" spielen und während der Zeit nach Herzenslust mit Pudding um sich werfen kann.)

Gegen Bielefeld spricht allerdings die nahezu hermetische Abschottung nach Süden durch den Teutoburger Wald. Es gibt jedoch eine Fülle verschiedener Möglichkeiten, dieses Handicap zu umgehen. Aus Platzgründen kann ich hier natürlich nur einige Beispiele aufzeigen:

Möglichkeit 0611: die Frankfurter Alternativtechniker rufen im Bedarfsfall (d. h. bei einer Welle von Betriebsbesetzungen) in Bielefeld an und melden, daß sich jemand hier auf die Sparrenburg setzen soll, da sofort eine Meldung durchgetrommelt wird. So spart man Telefongebühren, außerdem geht das viel schneller und Wutanfälle können auf eine sinnvolle Weise prodiktiv umgesetzt werden. (Große Maulhelden kommen natürlich ohne Trommel aus)

Möglichkeit 0221: die an der Sporthochschule Köln ausgebildeten Marathonläufer grasen den ganzen Süden in Windeseile ab (die volksnaheste Methode überhaupt) und bringen die gesammelten Meldungen per pedes nach Bielefeld, legen eine Verschnaufpause ein, während der die Ausgabe gedruckt wird und nehmen diese dann gleich wieder mit zurück. Man spart den Telekopierer, die Regionalredaktion und besitzt neben einer alternativen Zeitung (die natürlich auf Schiefertafeln gedruckt wird, um den Baumbestand nicht zu gefährden) auch ein alternatives Vertriebssystem, bei dem nicht nur die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit aufgehoben wird, sondern sogar die Verschmelzung von Hand-, Kopf- und Fußarbeit verwirklicht ist.

Nach einer kurzen Laufzeit des Projekts wird jedoch – wie uns uns das Garten- und Friedhofsamt Bielefeld auf Anfrage mitteilte – der ganze Teuto plattgetreten sein und somit die Möglichkeit gegeben, das Problem auf norddeutsche Art zu lösen: Im nördlichen Bereich ist das Problem denkbar einfach zu lösen. Man braucht die Meldungen nur noch hoch genug zu halten(notfalls klettert man auf einen Baum, der dank der Schiefertafeltechnik noch steht) und der Bielefelder Zentralredakteur auf der Sparrenburg erhält sofort einen Überblick über das gesamte Nachrichtenmaterial im nördlichen Teil der Nation. Analog dazu reicht naturgemäß eine einzige Zeitungsausgabe für den Norden aus, hängt man sie hoch genug auf. (Dafür, daß man sie auch im Dunkeln lesen kann, werden die Nordlichter sicherlich sorgen.)

Möglichkeit 0521: Man kann auch sämtliche Leser der TAZ animieren, ihren Wohnsitz nach Bielefeld zu verlegen – die gewaltigen Vorteile liegen auf der Hand und bedürfen an dieser Stelle keiner weiteren Darstellung.

Man sieht, in jedem Fall entsteht eine ungeheure Schuldendifferenz"und kaum jemand sitzt am Schreibtisch.

Greift die önokomischen Zusammenhänge auf! Unterstützt die alternative Trommelindustrie! (Gebt auch den Nordlichtern eine Chance, sich zu rehabilitieren!) Aber wartet auf den Fall des Falles, auf Massen-Betriebsbesetzungen und Generalstreiks und gebt euch nicht mit Kleinkram ab!

## MORD & TOTSCHLAG ZWISCHEN FRANKFURT UND MÜNCHEN

### oder: Ist das etwa ein Beitrag zur Tageszeitungsdiskussion?

Wie es einem so geht, wenn man von München nach Frankfurt allein im Abteil sitzt: der Griff zur Zeitung ist unvermeidlich. Sie, die Müncher ‚AZ' (Abendzeitung) vom 31.Januar, ist ein stabiler Stützpunkt zwischen verschneiten Feldern rechts und verschneiten Häusern links.

Um Leben und Tod geht es in San Diego: eine Sechzehnjährige ballert Schuldirektor, Hausmeister, einen Polizisten und einige Schüler nieder. Zu Weihnachten hatte sie ein Gewehr auf dem Gabentisch vorgefunden und mit diesem Geschenk wollte sie offensichtlich das beste machen, was aus ihm rauszuholen ist. „Ich tat es nur aus Spaß an der Sache, ich mag einfach keinen Montag. Ich tat dies, weil es ein Weg ist, um den Tag lebendiger zu machen. Niemand mag Montage. „Von den Pigs' würde sie gerne noch mehr treffen, verkündete sie und aufgeben wollte sie nicht, weil sie „zu viel Spaß" habe. – Wieviel Leute sterben eigentlich jeden Montag bei Betriebsunfällen, weil sie den Haß auf Wochen- und Arbeitsanfang nicht herauslassen und dabei selber vor die Hunde gehen? Plötzlich wird die ganze bürgerliche Zeitökonomie zur Zielscheibe eines rebellischen Angriffs. Eine gefährliche Nachricht. - Oder wundert sich jemand darüber, daß der Kampf gegen die Monotonie des Montags ebenso militanten Ausdruck bekommt, wie der bewaffnete Kampf gegen was anderes? Wie wird so eine Meldung in der Werkskantine von BMW zur Frühstückspause aufgenommen? Sofort hin und Tonbandprotokolle machen! Übrigens, die 16jährige gab „in der Nacht zum Dienstag" auf, vorher, sagt sie, hätte sie Marihuana geraucht und Whisky getrunken. Das ist zusätzlich empörend! Wer Drogen nimmt, hat gefälligst sich selbst und nicht auch noch unschuldige Andere zu zerstören! Wo kämen wir denn da hin - aber geahnt haben wir es schon lange. Der AZ-Report über den „Höllentrip der harten Drogen" befaßt sich auch heute folgerichtig mit der brennenden Frage: „Soll man sein Kind aus dem Haus jagen, wenn es ‚fixt'? " Wenn ich die Ausführungen richtig verstanden habe, soll die Antwort lauten: Ja! Denn wer Drogen nimmt und zuhause einen festen Wohnsitz hat, wird nie zur Besinnung kommen. Wird er aber von der Polizei mit ‚Stoff' erwischt und hat keinen festen Wohnsitz, „käme er für mehrere Stunden ins Polizeipräsidium. In eine Zelle. Und das wäre gut, so hart es klingt."

Also, ihr lieben Eltern, schmeißt eure lieben süchtigen Kinder raus aus der Wohnung, die Polizei hat bessere Zellen als ihr. So hart das klingt - aber vielleicht ‚klingt' es ja nur so. Woran erkennen nun die Eltern die Drogensucht ihrer Kleinen? AZ gibt Antwort: „Man merkt nur nach und nach, die Löffel werden weniger." Was früher das Metier diebischer Hausgehilfinnen war, übernehmen heutzutage die Drogenkinder: sie stehlen die Silberlöffel, um darin ihr Heroin aufzulösen! - Leute, ach ihr Ahnungslosen, überprüft sofort eure Besteckbestände! Um Auseinandersetzungen geht es schon lange nicht mehr, nur noch um Indizien bei elterlichen Hausdurchsuchungen: Ampullen, Silberpapier, versteckte Substanzen. Weitere „typische Merkmale", auf die der Rausschmiß angeraten wird: „Eindruck von Trunkenheit, verschiedene Pfeifen, meist trichterförmig, aus Ton, Tabletten, Rezepte von verschiedenen Ärzten" usw. Drogenberater Dr. Dirk Feike ist aber differenziert genug, auch einige „untypische Merkmale" zu nennen, die nicht unbedingt das Schlimmste bedeuten müssen, bei denen aber verstärktes Mißtrauen angebracht ist: „Ihr Kind will nichts tun, nur noch Musik hören. Anschluß an ‚ausgeflippte' Gruppen, Interesse für Drogenliteratur, Langeweile" and so on. Das ‚beste', das alle Eltern ihren Kindern zukommen lassen wollen, kann nur das angepaßteste sein. Alles andere führt zu Tunix, Drogen und Langeweile; und was daraus erwächst, lieber Sohn und liebe Tochter, das steht ja hier in der Zeitung: da, mit dem Gewehr auf Kinder, Polizisten und Montage schießen, so endet das, da seht ihr's doch!

Naja, es steht noch dies und das in der Zeitung. Aber mir reichts erst mal. Der Zug verläßt gerade den Stuttgarter Hauptbahnhof und ich werde mal eben in den Speisewagen gehen und die „Tageskarte" lesen...

Micky Remann, 31.1.79

## IHR BOYKOTTEURE AUF EURER INSEL

**Betrifft den Artikel aus dem ID Nr. 265, Seite 16, boykottiert die Tageszeitung.**

BIELEFELD
Januar 1979

Obwohl ich teilweise Passagen des Artikels nicht verstanden habe, muß ich dieses hier loswerden. Was ich verstanden habe, ist, außer dem dösigen „Boykottiert die Tageszeitung", eure Schlußfolgerung im letzten Absatz, und die verstehe ich so: Wenn die Idioten, die bundesdeutschen, nicht kapieren, was los ist, dann machen wir für uns so'ne nette kleine Bewußtseinsrevolution, ganz für uns allein, reden uns die Köppe heiß und schlafen alle in einem Bett in unserem Elfenbeintürmchen mit ruhigem Gewissen ein.

Ich finde diese Haltung beschissen, Kopf innen Sand und Untergrundgespräche führen. Ich will nicht hinter, vor oder am Ofen sitzen und warten, bis es hinter den Ohren trocken wird, sondern mich mit dem auseinandersetzen was da ist.

Das heißt für mich im Moment Mitarbeit am Aufbau der Tageszeitung. Mit einer großen Menge Kritik, aber nicht mit Ablehnung, denn diese Chance wird erst wiederkommen, wenn ihr im Schaukelstuhl euren Enkeln erzählen könnt, wat für dolle Linke ihr mal wart. Irgendwie kommt mir euer ganzer Aufruf ziemlich verlogen vor, ich weiß nicht wer ihr seid, ob ihr beim ID mitarbeitet oder so. Einmal schreibt ihr, daß ihr in der Lage wärt, aus dem Stand, wenn es die Situation erfordert, eine Tageszeitung zu produzieren mit all den Folgen dann, die ihr jetzt wegschieben wollt, dann behauptet ihr, es gibt keine tägliche Nachrichtenunterdrückung und zum schlechten Schluß zieht ihr noch einen obskuren Zusammenhang von Ökonomie und revolutionärer Bewegung aus dem Hut.

Ich hab auf dem frankfurter Treffen für Berlin als Standort der Zentralredaktion gestimmt und es sieht so aus, als wenn das keine schlechte Entscheidung war, denn Inseln gibt es nicht nur räumliche.

Tschüß, Rudi Etienne, Bielefeld.

## BLOSS KEINE TAZ-PLEITE !

BERLIN
Januar 1979

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen,
die taz als täglich erscheinender Informationsträger scheint wohl gleich dem Beispiel der Liberation in Frankreich zu folgen. Die Auseinandersetzung beginnt und ist im Gange, was ich für sehr gut halte. Dies, so meine ich, kann die vielfältigsten Kritiken hervorbringen. Vom Boykott bis zur Abonnierung der taz ist der Inhalt der spannungsgeladenen Beiträge im ID. Auch im politischen Rahmen der Linken scheint sich einiges zu tun. So z.B. vermöchte die UZ es gern zu verschweigen, die KPD ist für die Abonnierung, die Trotzkisten verweisen zudem auf ihre Tageszeitung in Frankreich und auch die Frankfurter Rundschau weist darauf hin.

Eines ist mir von vornherein klar. Selbst diejenigen, die zum Boykott aufrufen, könnten diesen in der Taz einbringen, wenn sie nicht isoliert in ihrem Bereich Gehör finden wollen. Das meine ich nicht zynisch, sondern konstruktiv. Aus diesem Grunde heraus bin ich für die Abonnierung und die Mitarbeit bei der taz. So machten wir z.B. über Weihnachten (15 deutsche und argentinische Genossen) einen Hungerstreik für die Aufnahme politischer Gefangener aus Argentinien. Ich fand es schön, als eine Genossin sagte „wenn wir jetzt die taz hätten!" Denn über 90.000 Unterschriften wurden während der Argentinien-Kampagne von den beteiligten Gruppen/Parteien gesammelt.

Auf jeden Fall hätten wir damit schnellstens nichtbeteiligte einzelne und Gruppen ansprechen können, über die Alternativblätter hinaus, um etwas gemeinsam zu unternehmen.

Diese Möglichkeiten hat die taz neben den anderen großen Multiplikatoren (Meinungsvervielfältigern), da sie an Kiosken und von den Arbeitern und den Randgruppen (Schülern, Lehrlingen) gekauft/gelesen werden kann. Ich hoffe nur, daß die Diskussion nicht insofern militant geführt wird, daß es zum Stillstand des Vorhabens führen würde. Es würde für viele eine große Pleite.

So viel wie möglich Kritik, aber nicht gleich auf der anderen Seite alles wegschmeißen, denn wenn Not an Mann/Frau/Kind ist, packt jeder zu und ich meine, unsere Not ist die vielbeschworne Solidarität. Ich mag nicht auf mich als Arbeiter schwören, aber unsere sogenannte Arbeiterklasse ist trotz der Arbeitslosigkeit/Streiks usw. nicht kämpferisch wie in Italien, Frankreich usw., sondern reformistisch. Nun, das heißt für mich eben, daß ich die taz, wenn es sie gibt, mit in den Betrieb nehme und sie lese und schon gehts los. Na ja, bis jetzt ist auch was los bei der Bild-Zeitung.

Ich stimme zwar in einigen Punkten mit der Kritik der Anarcho-Syndikalisten an der taz überein: Daß Kollegen — und nicht die IG Metall — streiken, ist klar. Nur ich selbst als Kollege verfalle auch mal darauf, daß die IG Metall streikte und nicht die Kollegen. Kritisch gegenüber den Anarchisten bin ich wegen der frustrierenden Anfangsstimmung des Briefes: Schon ist alles im Eimer, wenns nicht richtig läuft. Ich bin auch skeptisch gegenüber den Theoretikern. Sauer bin ich bei vielen Linken, die nur Lesen, in den Kneipen unter sich reden und die Praxis bleibt gähnend leer.

Großes Beispiel: Tausende kamen zum Bahro-Kongreß zu den Plenums-Diskussionen und nur sieben- bis achthundert waren bei der Abschlußkundgebung. Ich frage mich, wo bleibt die praktische Solidarität. Trotz allem versuche ich, die Theoretiker mitzugewinnen, damit die Trennung behoben wird zwischen Wunsch und Realität. Ernst Bloch sagte mal „Ein Marxist (und meinte nicht nur sich) hat nicht das Recht, ein Pessimist zu sein."

Jakob Schiffelholz, Emdener Str. 25, 1000 Berlin 21.



## MAL WIEDER EINE ID - BIBLIOGRAPHIEBIBLIOG

**Impuls Verlag,, Auf den Häfen 105 28 Bremen 1**
Neues Lotes Folum 3/30. Zeitschrift für die Poesie und die Revolution und. Das neue Heft heißt Amorces - kleine Landwirtschaftsmaschine und ist wie immer vom Redaktionslollektiv der NLF, der Necrophiliacs Liberation Front herausgegeben. Es behandelt in einem großen Bogen den Trip eines Reisenden zu Pferd in Deutschland. Tatsächlich! Mensch und Pferd auf der Durchreise im Herbst, mit vorzüglichen Stationsbeschreibungen.

Trikont Platten Produktion, Kistlerstr. 1, 8 München 90

Lieder zur vergessenen Badischen Revolution. 18.- Das ist eine ganz hervorragende Platte. 1. stammen die Lieder aus einem eifrigen kulturregionalistischen Treiben in Freiburg, 2. wurden sie bei einem farbenreichen Volksfest zur Badischen Revolution im letzten Mai aufgeführt 3. sind die Interpreten in gelungener Weise berühmt und gut (Moßmann, Buki) und unbekannt, aber nicht schlecht 4. ist das ein einzigartiges Dokument über den Versuch, politische Kultur sich wieder anzueignen, 5. begleitet die Platte ein umfangreiches Begleitheft und 6. fand die Badische Revolution 1848 statt.

Basis Verlag GmbH, Crellestr. 22, 1 Berlin 62

*Sisyphos? Nr. 1 ist eine Zeitschrift, die Erfahrungen und Berichte zur Arbeit im linken Buchhandel verbreitet. Kräche, Kontroversen und Kommunikation in den Zentren der politischen Büchereien. 4.-

Anti-Strauß-Komitee, c/o Heinz Jakobi, Martin-Greifstr. 3,8 München 2

*Dokumentation Stoppt Strauß. 4.- Daß es dafür Gründe gibt, weiß jeder Depp. Hier werden sie auf dem aktuellsten Stand aufgeführt. Alle.

Jetzt helfe ich mir selbst ....
gegen Polizei und Justiz. Ein Handbuch mit Vor- und Ratschlägen gegen gegen Staats und Polizeischläge. Für 2.- bei Melanie Schölzel, 2 HH 19, Weidenallee 39

Hanni Manni. c/0 Andy Ortmann. Pf. 251, 4811 Oerlinghausen

*Nr. 6 der oben genannten Zeitschrift zur 'kritik der Ware popmusik' ist für 4.u5o erschienen. Schwerpunkt: die Musik und Alternativbewegung in Schweden.

BBA Infoladen, Fedelhören 14, 28 Bremen

* Die Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomenergieanlagen (BBA( versenden von ihrem Büchertisch aus Broschüren und Informationen zu KKW Technik und Widerstand. Kosten alle um die 5 Mark, eher weniger als mehr. Besonders hervorgehoben sei der Grüne Hilfe Kalender 1979 mit großformatigen Fotos zum an die Wand hängen und Tage zählen. 8.50

Die Literaturzeitschriften :
:Freibord, A-1180 Wien, Theresieng. 53/16, 6DM, Thema der Nr. 13/14: Hermann Schürrer zum 50. Geburtstag; und
: die horen, c/o Josef Wintjes, Bahnhofstr. 42, 425 Bottrop 6.50, Zeitschrift für Literaur . Grafik und Kritik; die Nummer 112 befindet sich im 23. Jahrgang und veröffentlicht Beiträe von Zahl bis Frisch über Ingeborg Bachmann, Armin T. Wegner und Christoph Meckel

MIZ- Internationaler Bund der Konfessionslosen. Dr. Martin Pfeiffer, Postfach 225, 1 Berlin 27

Materialien und Informationen zur Zeit - heißt das Kürzel der Konfess ionslosen Zeitung für 1.50 und im neuen Heft über Kirch in Polen berrichtet.

HUT - Film, Sternbuschweg 54 41 Duisburg 1

*Der Hut Film Katalog mit neuen filmrevolutionären Streifen läßt sich ab sofort beziehen. Zusätzlich haben die Filmer ein Video Tape zum Thema: Nazi-Demonstartionen im Ruhrgebiet (25min) gemacht.

## KONTROVERSE MIT RAUBDRUCKERN

MÜNCHEN
20. Dezember

*Der Münchner Trikont-Verlag und der Autor Peter Schult beschweren sich über einen in Bremen aufgetauchten Raubdruck des Peter Schult-Buches „Besuche in Sackgassen". Die Raubdrucker wollen eine Diskussion über linke Verlagspolitik und über die Preiskalkulation. Die Trikontler schreiben dazu:*

„... bleiben uns pro Buch –,80 DM, von denen wir Werbung, Miete, Löhne, Telefon und so weiter bezahlen müssen. Das Buch ist somit bei weitem unterkalkuliert und das Loch nur mit einer zweiten Auflage wettzumachen. Politisch liegt aber mehr in der Sache:

1. Wir können linken Autoren kein Honorar mehr geben (Peter Schult lebt davon und ab dreitausend Auflage wird sein Honorar auf 10% erhöht).

2. Wir können bei keiner linken Druckerei mehr drucken (das Buch wurde bei Gegendruck gemacht).

3. Wir können überhaupt solche Bücher nicht mehr machen. Das ist einfach und klar Erpresserei, denn die schlauen Genossen aus Bremen wissen, daß wir nicht wie die Bürger zu den Bullen gehen..."

Trikont-Verlag und Autor Peter Schult"

Der Verlag schlüsselt seine Kosten bei einer Auflage von 2.500 Exemplaren auf. Davon sind 150 Autoren- und Rezensionexemplare abzuziehen. Genaueres kann beim Verlag eingesehen werden:

| | | |
|---|---|---|
| Autorenhonorar (7,5%) | 3500,– | |
| Satz | 2640,– | |
| Umschlag: | | |
| Gestaltung | 150,– | |
| Film | 728,– | |
| Druck | 896,– | |
| Innendruck: | | |
| Druck | 4785,– | |
| Photos | 458,– | |
| Binden | 1850,– | |
| Transport | 216,– | |
| | 15223,– | pro Band 6,50 |
| Endverkaufspreis | 20,– | |
| davon abzüglich | 8,40 | 42% Zwischenhandel (Mischkalkulation/Partie/Remisen/Ausland 50%/Vertreteraufträge 40%, usw.) |
| | 2,60 | 13% Sozialistische Verlagsauslieferung |
| | –,70 | 3,5% Vertreterhonorar |
| | –,80 | 4% Mehrwertsteuer |
| | –,20 | 1% Wechselsteuer da immer mit Wechseln bezahlen |
| | 12,70 | |
| | 7.30 | erhalten wir abzüglich des Zwischenhandels pro Buch |

**Dazu eine Erklärung der Raubdrucker:**

## MACHT BÜCHER BILLIGER

*(Kurt Tucholsky)*

*Keine Gegendarstellung*

Keine Gegendarstellung, keine Rechtfertigung, nicht geschrieben wegen des schlechten Gewissens – aber:Offensiver Diskussionsbeitrag/Beginn.

Wir haben das Buch "Besuche in Sackgassen – Aufzeichnungen eines homosexuellen Anarchisten" von Peter Schult, das in München im Trikont-Verlag erschien, nach- oder geraubtdruckt. Wir haben es gemacht, weil das Buch subversiv ist, weil wir zum Teil auch schwul oder auch teilweise schwul sind und weil: das Buch zwanzig Mark kostet. (die verknorzelte Sprache hier ist nicht gerade subversiv). Wir wußten, daß es Wirbel geben würde, es ist ein Novum, daß Bücher aus dem Trikont-Verlag in Volksausgaben erscheinen. Wir wollen dem Trikont-Verlag oder Peter Schult keinen Schaden zufügen, obwohl es sich objektiv so ergibt. Wir wissen, daß es Trikonts Verdienst und seiner Arbeit zu verdanken ist, das wichtige, d.h. Unruhe verbreitende Literatur, geschriebenes unter die Leute gekommen ist. Wir wissen auch, daß Trikont sehr wohl Geld aus den Erträgen seiner Verlagsarbeit in Knast-Geschichten oder Prozesse gesteckt hat.

„Unser Raubdruck kostet 2DM, 10 % des Münchner Preises, aber nur die beiden Preise ins Verhältnis zu setzen, wäre Augenwischerei. Der Unterschied im Preis kommt zum einen daher, daß wir das Buch nicht in der herkömmlichen Art hergestellt haben, sondern es ist im Zeitungsformat DIN A 3, so groß wie

die "Tageszeitung" oder der Arbeiterkampf. Das Buch, das im Original 260 Seiten stark ist, hat hier nur 32 Seiten. Es erfordert eine Umstellung der Lese-Gewohnheiten, zweifellos.

Zum zweiten ist es zum Selbstkostenpreis hergestellt worden. Für Papier. Filme, Montagen, Druckplatten rechnen wir 440 Mark. Wir haben eine Auflage von 500 Stück gemacht. Wenn wir die Hälfte vertrieben haben, sind die Unkosten raus, sollte was übrigbleiben, geht das in andere Projekte. Jedenfalls nicht in unsere räuberischen Drucktaschen.

Deswegen auch so billig: Wir haben diesen Raubdruck nur für die Verbreitung hier uns in Bremen, Norddeutschland hergestellt. Das heißt, wir machen keine BRD-Vertreter-Tour. Verkauft wird der Raub-Druck in Kneipen, in alternativen Läden, an der Uni, unter Freunden, vielleicht auch in linken Buchläden, die sich nicht durch Repressionen der "Alternativen" Verlagsauslieferung einschüchtern lassen. Das Buch ist subversiv, wird subversiv vertrieben.

Wir sind keine neue Raubdruck-Verlags-Organisation. Wir wollen auch die Machenschaften, die sich im Raub-Druck-Gewerbe breit machen, bekämpfen. Denn da werden wirklich Profite gemacht. Da wird auch teilweise nicht mehr nach dem Inhalt gefragt, sondern da wird das, was gut geht, einfach nachgedruckt. Bestes Beispiel: Castaneda.

Wir lesen Bücher, wir drucken Bücher und Zeitungen und Flugblätter. Wir verstehen nur etwas vom Lesen und vom Drucken. Und wir und viele Leute, die wir kennen, haben wenig oder so gut wie gar kein Geld. Für die ist dieses Buch. Es wird weiter Leute geben, die abfahren auf grade, schöne, Buchrücken in ihren Regalen, aber die auch das Geld haben, sich Literatur für diesen Preis von DM 2o,-- erwerben zu können.

Während unserer ganzen Arbeit (die Diskussion: "Dürfen" wir ein Buch von einem linken Verlag raubdrucken, das Lay-outen, das Drucken, der Vertrieb) wurde uns immer klarer, was wir vielleicht in der Lage sind, in Gang zu setzen. So rum lief das. Und wir fingen an, uns konkrete alternative Ideen zu machen, wie Bücher wirklich, auch unter wirklicher Berücksichtigung aller Interessen, nämlich denen der Leser, des Autors, des Buchhändlers, des Verlegers, billiger zu machen sind. Wenn wir jetzt sagen: Wir sind keine Profis, wir haben vom Verlegen keine Ahnung, sagen wir das nicht, um Gnade zu erhalten, wollen wir uns nicht als Affekt-Täter verstanden wissen, wollen wir damit nicht den Verlag erpressen, sondern: wir sehen das als unseren Vorsprung an in der Diskussion um billigere Bücher.

Der Trikont-Verlag hat Ende letzter Woche, als er zunächst gerüchteweise und dann aber konkreter von unseren Bremer Machenschaften erfuhr, und dadurch in Unruhe versetzt wurde, an alle linken Buchläden und Alternativ-Zeitungen eine Kalkulation versandt. Die Kalkulation des Buches von Peter Schult ist, daran haben wir überhaupt keinen Zweifel, ich glaube, niemand hat den, ganz und gar glaubwürdig. Da stimmt alles unterm Strich. Nur hat in unseren Augen die Kalkulation doch einen Haken, jedoch einen Haken, jedoch keinen rechnerischen. Abgesehen davon, daß uns gewisse Konstenanteile einfach zu hoch erscheinen, wie die Druckkosten, speziell die für den Umschlag, das Setzen, warum kann nicht ein Buch mit einer sauberen, gut lesbaren Schreibmaschine getippt werden? Aber darum geht es eben nur nebenbei. Die ganze Kalkulation sähe bei einem bürgerlichen Verlag, Rohwolz oder Schluhkamp, genauso aus, nur in anderen, größeren Dimensionen. Das heißt, die Kalkulation ist eine, die nach kapitalistischen Gesetzen aufgestellt ist. Aber jetzt bitte kein Mißverständnis. Damit sagen wir nicht, daß Trikonts Kapitalisten sind und sich bereichern. Trikont sagt aber über die finanzielle Seite, so gäbe es da sicher nicht viel zu diskutieren. Das meinen wir nicht. Wir wollen nicht hin- und herrechnen. Wir wollen was anderes versuchen. Die höchsten Kosten treten auf bei der ganzen Vertriebs-Geschichte. Ca. 62 %. Das sind die Rabatte für den Buchhändler, den "sozialistischen" Buchvertrieb, Vertreterhonorare usw. Da sitzt der Pferdefuß. Spielen wir einmal den Fall durch. Und das ist nicht nur ein Spiel. Denn wir haben vor uns liegen ein Buch, gebunden 20 Mark, als Raubdruck oder Zeitungsdruck 2 Mark. Wir können also über zwei ganz konkrete Dinge reden. Peter Schult will ein Buch herausgeben, seine Freunde um ihn herum, auch die von Trikont unterstützen ihn darin, finden das Buch auch wichtig, daß es viele lesen. Peter bekommt Geld, damit er in Ruhe die Sache vollenden kann. Das Buch ist fertig geschrieben, es wird gesetzt oder getippt, man sucht sich eine Druckerei, die billig druckt. Es wird gebunden. Es ist fertig. Es wird geworben. Es wird bestellt, Es wird vertrieben. Alles so wie bisher.

Aber Parallel dazu: Es gibt im Norden, im Süden, im Westen, in der Mitte unserer Republik Drucker, die billig drucken. Und Leute in den Orten und STädten, wo die sind, auch Leute, die bereit sind, sich für z.B. ein Buch wie das von Peter einzusetzen, gut, die Drucker drucken also die von Trikont zur Verfügung gestellten Vorlagen, die gesetzten oder getippten Druckfahnen, regional eine Zeitungs-Auflage von dem Titel. Vielleicht so 500 Stück. Also eine im Norden, eine im Westen und so weiter. Und die Leute am Ort nehmen sich ein Auto, fahren ihre Region ab, versorgen die Buchläden oder sonstige Kontakte mit dem Zeitungsbuch. Wenn es beim Buch vom Peter z.B. die Leute in Bremen machen, können es beim nächsten, vielleicht wieder eins von Peter oder von Jemand anderem, die Leute in Hamburg machen, beim übernächsten die in Kiel, und so weiter. In den anderen Regionen wird es entsprechend auch an Drukker und Vertreiber verteilt. Dafür, daß die Buchhändler den Zeitungsdruck verkaufen, denn darin können natürlich keine dicken Rabatte mehr liegen, bekommen sie dann auf das herkömmlich bezogene Parallel-Buch einen zusätzlichen Rabatt von vielleicht 1 % oder so mehr. Uns ist klar, daß bei der Skizzierung dieser Idee noch viel unberücksichtigt geblieben ist. Wie überhaupt die Idee auch völlig undurchführbar sein kann. Das müßte oder etwas anderes müßte einfach mal ausprobiert werden. Aber: uns geht es darum, und das auch in der Zukunft, billigste Bücher zu machen, Darum haben wir den Nachdruck gemacht, der liegt da: kostet zwei Mark (den Preis habt ihr ja jetzt oft genug genannt!).

Wir wollen eine Diskussion anzetteln. Speziell um die Möglichkeiten billigste Bücher zu machen. Damit aber auch, wie in diesem Fall um linke Verlage. Aber ganz gewiß gehört diese


**Frankfurter Informationsdienst e.V.**
**Hamburger Allee 45**
**Postfach 90 03 43**
**6000 Frankfurt 90**

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:
18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
**Postscheckkonto 52 52 28 - 602**
**Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60 )**

**Uns gefällt's immer noch gut, wenn ihr Euer Abo für mindestens ein halbes Jahr bezahlt. Wegen der einfacheren Buchhaltung. Das ist aber nicht als Entmutigung für die gemeint, die auf einmal nicht mehr Geld als für ein Vierteljahr löhnen können.**

Diskussion rein auch in den ganzen Zusammenhang der alternativen Ökonomie. Noch eins zum Schluß: bei den Büchern von den Haien, ob sie nun Rowohlt, Suhrkampf, Kiepenheuer oder anderswo heißen, ist die Sache eh klar. Unser Raubdruck geht nicht gegen Trikont, geht nicht gegen Peter. Er geht gegen die 20 Mark.

Schafft viele, viele billige, billige Bücher.

**Kontakt: c/o network, Auf den Häfen 105, 2800 Bremen 1**




## FREUDE, HOLZ UND ALLES: VERDORBEN

BAD SCHUSSENRIED
25. Januar 79

*Auch in Oberschwaben folgt auf die Zerstörung von oben unweigerlich die Selbstzerstörung von unten. Jedenfalls läßt sich das aus der Erklärung der „Bewegung 2. Mai" schließen, die uns heute zuging. Darin heißt es:*

„In der Nacht vom 23. auf 24. Januar 1979 hat ein Kommando der 'Bewegung 2. Mai' die Räume des am 2. Mai 1978 von der Stadtverwaltung Bad Schussenried gewaltsam geschlossenen selbstverwalteten Jugendzentrums (*siehe ID 229*) in den Untergeschoßräumen der Georg-Kaeß-Schule besucht. Bei diesem Besuch wurde die gesamte Elektroinstallation unbrauchbar gemacht, der große Raum unter Wasser gesetzt und einige Autogramme der 'Bewegung 2. Mai' hinterlassen.

Unsere Beweggründe:
Monatelang haben 1975 zahlreiche Bad Schussenrieder Jugendliche geschuftet, um die verwahrlosten Räume als Jugendzentrum aus- und umzubauen: der Fußboden wurde tiefer gelegt, ein Estrich aufgebracht und ein PVC-Fußboden verlegt. Der große Raum wurde mit einer Holzverkleidung ausgestaltet und die gesamte Elektroinstallation von Jugendlichen unter Putz verlegt. Die Arbeitsleistung der Jugendlichen ist mit 20.000 DM eher zu niedrig als zu hoch bewertet. Diesen Wert, den Jugendliche mit ihrer Hände Arbeit geschaffen haben, hat die Stadtverwaltung am 2. Mai 1978 mit der Schließung des bestens funktionierenden JUZE gewaltsam kassiert.

Um der Stadt bzw. den für die JUZE-Schließung Verantwortlichen die Freude an dieser Aneignung fremder Arbeitsleistung gehörig zu verderben, hat die 'Bewegung 2. Mai' für die teilweise Vernichtung der von der Stadt kassierten aber von den Jugendlichen geleisteten Arbeit gesorg.

Von uns wir man hören, bis Bad Schussenried wieder ein Jugendzentrum hat !"

*Informationen über Bad Schussenried gibt es bei der dortigen Stadtzeitung „Der Motzer", c/o W.-Schussen-Str. 66, 7953 Bad Schussenried, Tel.: 07355 / 7243.*

## NEUIGKEITEN AUS DEM RHEIN-SIEG-KREIS

SANKT AUGUSTIN
4. Januar 1979

*Wir haben in den letzten Monaten öfters Berichte aus Troisdorf oder aus St. Augustin (benachbart mit Troisdorf) bekommen. Hier die Fortsetzung:*

„Liebe Leute,
die Repressionsfälle im Rhein-Sieg-Kreis seit Mitte 78 (siehe ID 234, 247, 256) bewirkten bei uns eine positive Entwicklung. Die verschiedensten politischen Gruppen und Organisationen, die betroffen sind, fingen an, miteinander zu arbeiten und Solidarität zu üben.

Dies und schließlich der Polizeiüberfall auf die Selbsthilfegruppe Initiative Wohnungsnot im November 78 in Troisdorf führten zu der Gründung des Komitees gegen die politische Unterdrückung Rhein-Sieg-Kreis.

Das Komitee ist ein politisches Bündnis verschiedener Gruppen und Organisationen, die auf einen gemeinsamen Nenner gekommen sind und von jetzt an verstärkt gegen die staatliche Repression ankämpfen werden. Im Komitee arbeiten: Selbsthilfegruppe Initiative Wohnungsnot Troisdorf, Troisdorfer Schnelldienst, Buchladengruppe Troisdorf, Arbeitskreis Jugendpolizei Meckenheim, Deutsche Friedensgesellschaft DFG/VK Rhein-Sieg, SJD die Falken, Troisdorf, Jusos Sankt Augustin, Jusos UB Rhein Sieg, Ermittlungsausschuß für Troisdorfer Prozesse, Schülerinitiative Sankt Augustin, Mitgliederinnen der politischen Frauengruppe Siegburg, Initiative Selbstbestimmtes Leben und Lernen Niederkassel und einige Einzelpersonen. Natürlich haben wir innerhalb des Bündnisses viele Schwierigkeiten. Wir werden von drei Seiten stark gedrängt. Einmal vom Staat selbst, dann von den rechten SPDlern, die die Jusos und die Falken und die DFG/VK aus dem Komitee haben wollen und schließlich der DKP, die x-mal angesprochen wurde mitzumachen, und die jetzt das Komitee ein bißchen umfunktionieren will.

Nun aber zusammengefaßt die Neuigkeiten:

1. Es bleibt dabei. Die Falken in Hennef bekommen keinen Raum (s. ID 230). Es werden nun gerichtliche Schritte eingeleitet.
2. Nachdem die 12. Nummer von FIASCO erschienen ist, ist der Chefredakteur vom Erzbischöflichen Gymnasium Bonn-Beuel kurzerhand rausgeschmissen worden. Das Faß ist nun voll. Nach zwei Hausverboten, zwei Rausschmissen, vielen Verweisen und Verbotsandrohungen, wird demnächst eine dicke Broschüre, die den ganzen Fall dokumentieren wird, herauskommen.
3. Die Troisdorfer Straßenbesetzerprozesse sind vom Amtsgericht Siegburg an das Landgericht Bonn weitergegeben worden.
4. Ein Ausländer wurde auf der Troisdorfer Polizeiwache zusammengschlagen. Wir ermitteln! Eventuell planen wir, demnächst so 'ne Art Rechtshilfefond aufzubauen.
5. Unsere Helga, die angebliche Troisdorfer Terroristin, die bei dem Polizeiüberfall hochschwanger verhaftet worden war und gegen die wegen § 129a ermittelt wird, hat in ihrer, von der Stadt Troisdrof angewiesenen, neuen Sozialwohnung einen strammen Jungen geboren.
6. Die politische Polizei in Bonn hat gegen die Schülerinitiative Sankt Augustin wegen ihrer Unterstützung für die Bonner Russell-Großveranstaltung am 30. März 1978 in Bonn ermittelt. (Mit dieser Meldung überraschte uns am 11.12.78 die Rhein-Sieg-Rundschau: „Linksradikale Schüler aus Sankt Augustin fielen auf". Der Anlaß für diese Schlagzeile: die SPD-Kreistagsfraktion hatte eine Anfrage über rechtsradikale Aktivitäten im Rhein-Sieg-Kreis gestellt. Darauf antwortete der Vorsitzende des Kreispolizeibeirates, „... daß nicht nur die rechtsradikalen sondern auch die linkradikalen Umtriebe beobachtet werden müssen". Und während er über „rechts" natürlich überhaupt nichts wußte, konnte er über „links" stolz und seines Amtes würdig melden, daß als einzige extremistische Aktivität im Kreis die Unterstützung einer Schülerinitiative Sankt Augustin für das linksradikale Russell-Tribunal aktenkundig sei.) ...

Dann macht mal Jungens und viel Spaß! Auf jeden Fall haben sich jetzt viele Lehrer mit den Schülern solidarisiert und viele Schüler."

**Kontakt: Komitee gegen politische Unterdrückung, c/o Pit Schnitzler, Siegburger Str. 12, 5205 St. Augustin 3.**
**Spenden für Poststraßenprozesse: Spendenkonto KSK-Siebburg Nr. 002118933.**

## STRASSE FREI FÜR DIE NIKOLAUSEREI !! – ES OSTERT BALD

KITZINGEN
19. Januar

Animiert vom Rabatz im letzten Jahr zum Weihnachtsrummel durch die Frankfurter Spontis, hatten wir hier in Kitzingen die gleiche Idee wie die Braunschweiger (s. ID 264). So hielten es auch bei uns die Nikoläuse nicht mehr im verdreckten deutschen Restwald und die Engelchen am bleiverpesteten Himmel aus. Ja und es trieb sie bunt verkleidet zur ersten Nikilausdemo durch die Strassen unseres langweiligen Provinznestes. Den Bullen verschlug es angesichts unserer Heiligkeit regelrecht die Sprache und aus dem Lautsprecher eines Polizeiautos kam nicht mehr wie ein überraschtes: „Ja wos is denn da los!" Was uns auch recht war.

Vor 'nem großen Kaufhaus machten wir dann ein bischen Straßenmusik, verteilten selbstgebackenes und Flugblätter. Die wurden uns regelrecht aus der Hand gerissen. Wollten doch alle wissen, was da wohl für heilige Botschaften verkündet wurden.

Aus dem Flugblatt:

„... Zu viel haben wir in unseren jungen Leben gesehen, erlebt, empfunden. Wir wollen nicht mehr warten auf die Gnade von oben, auf den Staat. Wir wollen hier aber auch keine Rezepte verteilen zur Weltveränderung. Wir sind keine Partei. Da muß jeder bei sich selbst anfangen. Wir wollen nur nicht mehr warten, denn auf dieser Erde ist genügend Platz.
Freiheit und Glück für alle, für alle!!
St. Nikolaus, Straße zum Paradies, 1978 Himmelstadt."






**UND NICHT VERGESSEN, LIEBE LESER:**

**STRASSENMUSIKFESTIVAL !!**

## AUF NACH KÖLLE!

KÖLN
21. Januar

*Klaus der Geiger will nicht nur nach Bonn marschieren, sondern auch in Köln ein Straßenmusiker- und Theaterfest mitvorbereiten:*

"Endlich haben wir uns dazu entschlossen, auch ein Straßenmusiker und -theaterfest bei uns hier in Köln zu machen, und zwar dazu schlimmerweise noch ganz kurzfristig, nämlich von 16. bis zum 18.2., und zwar im Zusammenhang mit dem berühmt–berüchtigten "Marsch auf Bonn", der womöglich auch noch in diesem Jahr stattfinden soll. Wir haben uns nämlich gedacht, daß es gut und richtig wär, das Organisationstreffen für diesen Marsch mit einer starken Straßenmusiker–Fete (oder möglichst noch mehr wie einer!) zu verbinden, zumal die Straßenmusiker und Theaterleute den Gedanken unseres "Indianermarsches" am sinnvollsten und am wirkungsvollsten verbreiten könnten. Nun ist das Klima ja nicht gerade anheimelnd für die Straße, aber Leute, "die mit uns auf Kaperfahrt fahren", wissen ja auch mit solchen Sachen fertig zu werden, und ich garantiere euch (ich, das ist in dem Fall der Geiger–Klaus,) daß wir trotzdem einen Mordsspaß haben werden, auf unserer Schildergaß, und später dann in einem schönem Raum (den wir noch organisieren müssen.) Allerdings Geld, das sag ich euch gleich, Leute, ist kaum drin, besonders wenn wir in relativen Massen auf der Straße auftreten werden, und den (vermutlich geringen) Eintritt zur abendlichen Fete brauchen wir zur Deckung unserer Vorbereitungs- und Durchführungskosten. Aber für Unterkunft und Verpflegung für die "Aktiven" wird gesorgt, dat is klar. Hier eine Kontakt-Adresse: Stadt–Revue, Clodwigplatz 1, 5 Köln 1, Tel. 0221/317454. Wir hoffen, daß ihr kommt, allesamt, auf daß dem kölschen Volk et Öhrchen brommt (eine oder zwei Wochen später geht hier der Karneval los)

In Vertretung für den Rest, Euer Klaus.

**Kontakt: Klaus der Geiger, Mainzer Str. 27, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/ 327226**

## MESRINE – DER AUSBRECHERKÖNIG VON FRANKREICH

PARIS
3. Januar 79

Seit Mai 1978 befindet sich Mesrine, „Ausbrecherkönig" und Staatsfeind Nummer 1 von Frankreich, wieder in Freiheit. Er war aus dem Pariser Gefängnis „Santé" ausgebrochen, in dem er zwanzig Jahre Isolationshaft verbringen sollte. Die gesamte französische Polizei sucht ihn, was Mesrine nicht daran hindert, Reisen zu unternehmen, Interviews zu geben und „Aktionen" zu machen.

Seine letzte „Tat" seit seinem Ausbruch war ein Angriff auf den Richter, der ihn verurteilt hatte.

Die folgenden Zeilen sind Ausschnitte aus einem Interview, das Mesrine der linken Tageszeitung 'Libèration" am 3. Januar 1979 gegeben hatte.




Mesrine war kein politischer Häftling. Er war wegen verschiedener Delikte verurteilt (Raub, Überfall ...). In den Isolationszellen im Knast hatte er begonnen, gegen deren Existenz zu kämpfen...

*

*Libèration: Warum sind Sie zu dem Richter Petit gegangen?*

Mesrine: Ich bin zu Petit gegangen, um ihn zu töten. Seit Petit mich zu zwanzig Jahren Knast verurteilt hat, habe ich einen persönlichen Haß gegen ihn. Außerdem wollte ich mit der Aktion die Leute auf das Problem der Isolationszellen (Quartiers de Haute Sècurité/Q.H.S.) stoßen... Ich wollte, daß die Leute begreifen, daß die Richter, wenn sie einen Menschen zu zwanzig Jahren verurteilen, sich einen Dreck darum scheren, daß er dann zwanzig Jahre in diesen Einzelhaft-Zellen sitzt. Die Q.H.S., das ist die Multiplizierung der Verurteilung, in jeder Hinsicht: physisch, psychisch und moralisch... Niemals werde ich diese Q.H.S. akzeptieren, und ich weiß, wenn ich einen Richter angreife und damit das verdammte Richtertum, muß die Öffentlichkeit auf dieses Problem gestoßen werden. — Die meisten Gefangenen akzeptieren es, bestraft zu werden. Aber nicht, wenn die Bestrafung in keinem Verhältnis zu dem Delikt steht. Und wenn dann die Knast-Verwaltung nach dem Schuldspruch noch eine Verurteilung dazuspricht (die Verwaltung entscheidet völlig willkürlich, welcher Gefangene in die Q.H.S. kommt) ... Deshalb habe ich Petit angegriffen. Ich habe gegen die Q.H.S. gekämpft, während ich „drinnen" war, und ich glaube, daß ich jetzt, wo ich frei bin, das nicht verraten darf, was ich war und was ich wollte. Und ich werde weiter kämpfen...

*Libèration: Wenn Sie Petit wirklich getötet hätten, wären Sie dann nicht einfach nur ein Mörder ? Und die Leute lieben Mörder nicht.*

Mesrine: Sie sprechen von Mörder. Ich will Ihnen antworten: Die Gesellschaft tötet die Menschen in den Q.H.S. moralisch, sie tötet die Gefangenen tag für tag, nacht für nacht. Die Q.H.S., das ist legalisierter Mord. Also hätte ich nur auf einen moralischen Mord mit einem anderen Mord geantwortet. Verlangen Sie nicht von einem Menschen, „vernünftig" zu sein, wenn es gerade die Justiz nicht ist... Was ist schon so ein Richter? Millionen von Menschen werden getötet und man macht darüber kein Aufsehen...

Ich habe es gelernt, zu hassen, in den Q.H.S. Ich weiß jetzt jedoch, daß die 'Aktion Petit' ein politischer Irrtum gewesen wäre. Man hätte mich als Terrorist abgestempelt, und die Folgen hätten mein Ziel zerstört. Ich muß handeln, aber ohne die Anwendung dieser Gewalt... Aber — versteht: In manchen Fällen kann der Haß einen Menschen dazu bringen, etwas zu tun, was außerhalb von dem liegt, was man eigentlich wollte. Ich habe nie eine „politische Erziehung" gekannt. Ich kannte nur die Erziehung zum „Kämpfer". Es ist schön, wenn man mir jetzt von dem Wert des menschlichen Lebens erzählt, aber als ich in Algerien kämpfen sollte, hatte das menschliche Leben nicht diese Wichtigkeit... Warum ist das Leben eines Richters mehr Wert als das eines Gefangenen? Eines Gefangenen, der moralisch tot ist? Man hat mich zerstört in diesen Isolationszellen. Man hat den Haß in mir geschaffen.

*Libèration: Gibt es Leute, die Ihnen nach der „Affaire Petit" geholfen haben?*

Mesrine: Freunde, ja, die habe ich. Und doch ist es möglich, daß ich morgen tot bin. Alles ist möglich. Es reicht z.B., daß ich einen Autounfall habe und man merkt, daß ich bewaffnet bin... Vielleicht habe ich auch Glück... Ich habe oft Glück gehabt... Vielleicht weil ich den Gedanken an den Tod akzeptiert habe. Trotzdem liebe ich das Leben, auch wenn ich es nicht immer akzeptiert habe. Aber eines werde ich niemals akzeptieren: zurück in die Q.H.S. gehen. In diesem Fall, egal wo ich bin, werde ich mit Gewalt reagieren... Wenn die Polizei in der Straße schießt, ist es ihre Schuld, wenn dabei Unschuldige umkommen. Nur wenn die Polizei mir „nach Hause" folgt, haben sie eine Chance, mich ohne Schießerei zu kriegen.

Ich will nicht mehr in die Q.H.S.

*

Das französische Justizministerium hat wegen dieser Veröffentlichung gegen zwei Journalisten von Libération Anzeige erstattet. Die Anklage lautet: Verherrlichung von Gewalt, Beleidigung von Behörden und Verstoß gegen das Pressegesetz.

Das Pressegesetz Frankreichs, das unserem Zensurparagraphen 88 a entspricht, wird in der letzten Zeit oft angewendet. Besonders wenn es um die Isolationszellen geht: Journalisten von 'Rouge', einer trotzkistischen Tageszeitung, hatten ebenfalls vor Gericht zu erscheinen, da sie vor einigen Monaten über die Q.H. S. berichtet hatten.

Mesrine hat es dank seiner „Berühmtheit" geschafft, daß die Presse jetzt über die Q.H.S. berichtet und somit zumindest ihre Existenz zugibt, die von Regierung und Behörden immer geleugnet wurde.

## PROBLEME MIT NICARAGUA

*FRANKFURT*
*Januar 1979*

*Wir — die Auslandsgruppe des ID — versuchen seit September 1978, über Nicaragua Informationen zu sammeln und zu veröffentlichen. Dabei ist öfter das Bedürfnis aufgekommen, nicht nur zu „berichten" und zu „informieren", sondern auch über unsere Probleme dabei zu reden und eventuell mit anderen Gruppen oder Leuten, die Solidaritätsarbeit machen — als solche verstehen wir unsere Berichte — , zu diskutieren.*
*Zu Nicaragua gab es seit Monaten Informationsveranstaltungen und -feste, meist von den Nicaragua-Komitees organisiert. Was uns dabei auffiel und störte, war, daß alles nur auf das Ziel, Geldspenden zu erhalten, ausgerichtet war: man bekam etwas Information, dann Musik und Lateinamerika-Atmosphäre geboten, und sollte dann spenden. Sehr selten wurde politisch diskutiert, die Frage, was w i r als in diesem Fall deutsche Genossen mit der Information anfangen können, inwiefern es uns betrifft und warum wir uns solidarisch verhalten sollen, wurde niemals gestellt. Über die Geschichte der Solidaritätsarbeit, das Scheitern vieler Komitees, die Enttäuschungen der Leute, wurde nicht gesprochen.*
*Auch bei dem letzten Fest in der „Batschkapp" (Frankfurter Kulturtreff) in Frankfurt lief es ähnlich, obwohl die Genossen am Anfang gesagt hatten, es solle auch über die Probleme einer solchen Veranstaltung gesprochen werden. Das hieß jedoch, daß dann die Sandinistas in Frage gestellt wurden, ohne daß dies genauer begründet wurde. Wirkliche Information gab es nicht. Jemand stellte die Frage: „Wir sind damals für Vietnam auf die Straße gegangen, und wie sieht es jetzt da aus? .... Wir wollen uns nicht mehr mit irgendwelchen Befreiungsbewegungen solidarisieren, ohne zu wissen, was und wen wir unterstützen....", und dann die hilflose Frage: „Gibt es denn auch Spontis bei den Sandinistas? " — Keine Antwort.*

*Wir haben mit Genossen aus Lateinamerika gesprochen und sie haben gesagt: „Da seid ihr selbst schuld. Früher haben wir noch versucht, mit euch politisch zu diskutieren und zu arbeiten. Wir sind so enttäuscht worden. Heute wollt ihr ja nur Musik und Feste von uns."*
*Ebenso wurde das Konsumentenverhalten und die 'Romantik' der Genossen kritisiert, die sich Bilder von Indianerkindern mit großen Augen ins Zimmer hängen, aber keinerlei Aktionen mehr unterstützen.*

*Das sind ein Teil der Probleme, die uns so aufgefallen sind. Wir wollen allerdings nicht behaupten, daß dies für alle Solidaritätskomitees gilt. Wir haben uns nur die Frage gestellt, ob darin nicht auch einer der Gründe zu suchen ist, warum wir, wenn wir über 'Ausland' (z.B. Nicaragua) berichten wollen, so wenig auf die Mitarbeit der ausländischen Genossen rechnen können.*

## AUFWACHEN, NICHT ARBEITEN, UND ABHAUEN

**Die Kinder auf der Straße**

LONGWY/Lothringen
25.Januar

*Aus der heutigen „Liberation":* Während die Stahlgewerkschaften untereinander beraten, wie ein Vollstreik in der ersten Februarhälfte organisiert werden kann, um die Wegrationalisierung von über 20.000 Arbeitsplätzen zu verhindern, gehört die Straße den Kindern.

Am Mittwoch sind es 15.000, die Hälfte davon zwischen 4 und 11 Jahre alt, aus allen Gegenden Lothringens. „Heute ist die Demonstration sehr zentralisiert", erklärt einer der Organisatoren. „Aber seit zwei Wochen wurde sie bereits in jeder Schule, in jeder Klasse vorbereitet, wurden die Transparente, die Papierfackeln gemacht, gab es Diskussionen mit den Kindern. Es geht nicht darum, die Kinder auszunutzen, man muß sie verteidigen, sie schützen vor der drohenden Arbeitslosigkeit, die sie genauso betreffen wird."

Die ganze Stadt gleicht einem einzigen gewerkschaftlichen Transparent: keine Mauer, auf der nicht ‚SOS Emploi' (SOS Arbeitsplätze) steht oder Plakate mit der Aufschrift ‚Sauvons la Lorraine' (Rettet Lothringen).

Donnerstag, 8 Uhr. Früh am Morgen sammeln sie sich wieder auf dem Parkplatz gegenüber dem gemischten Gymnasium in Longwy. Keiner wird in die Schule gehen, das ist klar, weitere 24 Stunden wird gestreikt. Man wärmt sich im Zentrum Robert Schumann auf, dort findet eine Vollversammlung statt. Eine Petition geht um, die den Willen der Schüler ausdrückt, Arbeitsplätze, Longwy und die Region Lothringen zu verteidigen. Keine großen Parolen, einfach Informationen über die Breite der Bewegung. „Das hat es seit 1973 nicht mehr gegeben", sagt Michel, Stahlarbeiter bei Usinor, ehemaliger Gymnasiast. Und Patrick, der in der letzten Klasse ist:
„Wir sind alle hier, das ist gut, aber es kommt mir fast zu einfach vor. Die Eltern, die Lehrer, alle unterstützen uns, ermutigen uns in unserem Streik. Was die Bewegung betrifft, wir sind lediglich ein Teil davon, alle sozialen Schichten sind in Bewegung, wir sind nichts besonderes."

**Aufwachsen und Warten auf's Abhauen**

Das Besondere, in Lothringen aufzuwachsen und in die Schule zu gehen, erfahren die Kinder allerdings. Wir diskutieren darüber im „Mado", dem Cafe, in dem sich die meisten Schüler treffen. Christian ist 18 Jahre als: „Es ist tödlich hier. Auf kulturellem Gebiet gibt es hier nichts für uns. Wir haben die Auswahl zwischen Porno- und Karatefilmen im Kino, zwischen seriösen akademischen Abenden von ‚Kulturzentren' organisiert und den traditionellen Samstagabendbällen, die meistens mit einer Schlägerei enden. Das ist zwar nicht die totale Wüste hier, aber es fehlt eine Sensibilität für andere Sachen, beinahe niemals ein Rockkonzert. Wir müssen halt oft nach Nancy, nach Belgien oder Luxemburg oder eben in einige Kneipen in der Umgebung, wo sich hauptsächlich die Bourgeoisiesöhne treffen."

Christiane geht schon weiter. Für sie ist Longwy nur etwas vorübergehendes: „Nach der Schule geh ich in die Uni und das heißt nach Nancy oder nach Paris. Ich werde total mit Longwy brechen. Wie viele andere warte ich nur darauf, die ganze Region und auch meine Familie zu verlassen."

Jacky dagegen will in Longwy bleiben: „Wenn ich hier Arbeit finde, sicher ist das nicht. Mein Leben hier das sind meine Kumpels, die Stadt, man ist zusammen, man hört Musik. Dennoch. Man wird als Außenseiter, als Rocker ungern gesehen hier in Longwy, oft steht man wirklich im Dreck."

Betretenes Schweigen nach diesen letzten Sätzen, immerhin hat man vor einigen Minuten noch Seite an Seite gestanden und Parolen gerufen: „Longwy wird leben".

Nachdem wir zwischendurch noch mal auf die Stahlkrise eingehen — alle haben Familien, die in den Stahlwerken arbeiten alle wissen, daß das, was die Eltern heute betrifft, morgen ihr Problem sein wird — kommen wir auf die Kultur- und Musikscene zurück. „Der Punk ist noch nicht in Longwy angekommen, er hat wahrscheinlich den Anschluß in Nancy verfehlt oder den Ostbahnhof gar nicht gefunden", sagt Christophe ironisch. Seine Musik ist hauptsächlichder Hard Rock, die Who,

Ted Nurgent. „Einverstanden mit den Who", so Jackie, „aber die einzig wahre Musik ist der echte Rock, die sprechen noch mit ihrem Bauch. Die Discoscheiße kotzt mich an, man kann hier keinen Schritt mehr machen, ohne Travolta zu hören."

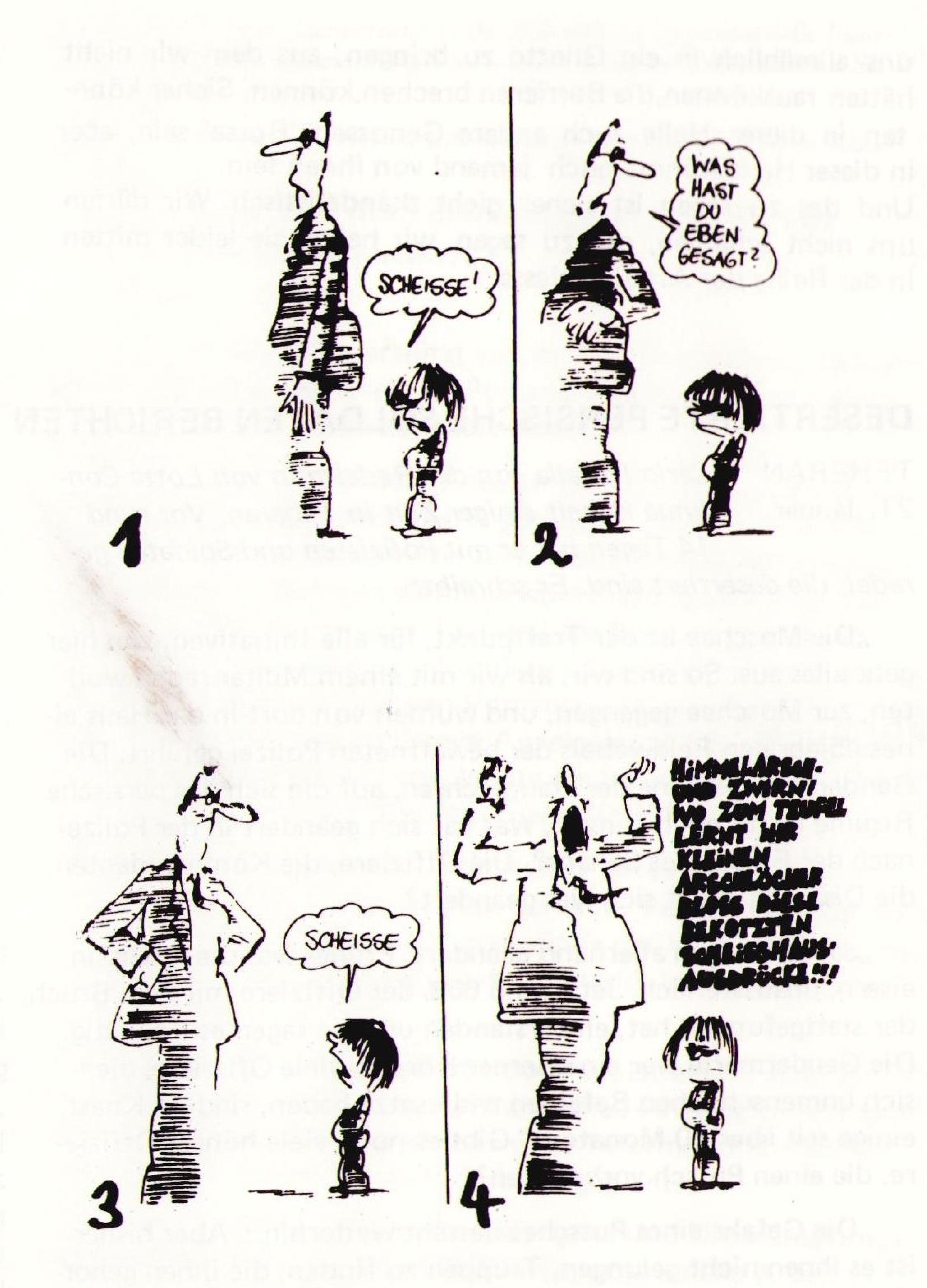
Eine kurze Pause folgt, als wir über Drogen und Sexualität sprechen wollen. Schließlich ergreift Christophe das Wort: „Vor ein oder zwei Jahren hat man viel Hasch hier geraucht, aber es gab viel Ärger, die Bullen haben viele festgenommen, danach hat das nachgelassen. Heute raucht man weniger, was wieder in Mode gekommen ist, man säuft wieder mehr Bier, samstag abends vor allen Dingen. Das ist ziemlich traurig;" und Christiane: „Im Gegensatz zu dem, was oft gesagt wird, die Jugendlichen wären viel freier als die anderen, ich muß sagen, das stimmt nicht. Wir sind sehr ‚vernünftig', sehr artig. Die Sexualität beschränkt sich meistens auf Flirts, einige vögeln auch mal, aber das ist selten, und das sind, glaub ich, die die zwischen 15 und 16 angefangen haben. Mit 18 wird man sich meistens über die Probleme bewußt. Schließlich hieße vögeln für uns, das irgendwie schnell zu machen, versteckt in irgendeiner Ecke. Wir sind eher 'romantisch'."

Schließlich reden wir noch über die Eltern, „die uns schikanieren, ohne sich dessen bewußt zu sein" und die Politik „die muß man halt machen, obwohl das ein Hexenkessel ist", danach steht alles auf, um zur Demo zu gehen.

Die Kinderdemonstration hat eine Reihe von Befürchtungen bei den Einwohnern von Longwy ausgelöst - sie demonstrieren ja immerhin schon seit 6 Wochen. „Die Arbeiter sind organisiert, haben Gewerkschaften, die Jugendlichen haben nichts, keine Organisation und immerhin waren es 1968 die Studenten, die angefangen haben", sagte ein Bistrobesitzer. Bis jetzt liefen die Auseinandersetzungen relativ friedlich ab, aber es kann gefragt werden, nach sechs Wochen Aktionen in allen Bereichen, wie lange die Regierung der Lahmlegung einer ganzen Region noch zusehen wird.

*Die „Lahmlegung" könnte ganz gut am 16. Februar beginnen: Die Gewerkschaften haben zum Generalstreik in Lothringen aufgerufen; der Verkehr soll blockiert werden; als aufmerksame Geste gegenüber der Regierung wollen die Arbeiter ihre Konten von den verstaatlichten Banken abziehen.*

*Wer sehen will, wie eine Region auch ohne Schnee lahmgelegt wird, soll vorher bei „Liberation" in Paris anrufen (Telefon 00 331 / 202-9060) und sich informieren'*




## ROTE BRIGADEN ERSCHIESSEN KOMMUNISTISCHEN GEWERKSCHAFTER

Rom 28. Januar

Der 44jährige Facharbeiter Guido Rossa wurde am 24. Januar in Genau von einem Kommando der Roten Brigaden erschossen. Rossa war Mitglied der PCI(kommunistische Partei Italiens) und des Betriebsrates der Stahlfabrik Italsider in Genua.

Morgens um halb sieben wurde er auf dem Weg zur Arbeit erschossen. Erst eine Stunde später wurde der Tote in seinem Auto von Straßenkehrern bemerkt. Im Lauf des Tages meldete sich ein Kommando der Roten Brigaden, sie hätten den "Spion" Rossa erschossen.

Rossa hatte im Oktober letzten Jahres im Betriebsrat gemeldet, daß der ebenfalls bei Italsider arbeitende Francesco Berardi ein Strategiepapier der Roten Brigaden an verschiedenen Punkten der Fabrik ausgelegt hatte. Der Betriebsrat von Italsider beschloß dann nach einer langen Diskussion, Berardi anzuzeigen. Er wurde noch an seinem Arbeitsplatz verhaftet und in einem Schnellprozess zu 4 Jahren und 6 Monaten verurteilt.

Nachdem das Attentat auf Rossa bekannt wurde, gab es in vielen Städten Italiens Demonstrationen, die Gewerkschaften riefen zu einem Generalstreik auf...

Hauptsächlich die Kernarbeiterschaft der KP fühlte sich vom dem Attentat auf Rossa getroffen. Das kam u.a. auf der Betriebsversammlung des Italsider zum Ausdruck; ein Arbeiter sagte dort:

"Die Antwort, aus der Fabrik raus auf die Straße zu gehen, war heute spontan, weil sie einen von uns getroffen haben!! Und wir haben nicht kapiert, daß sie schon früher uns getroffen haben. Schon früher war es ihr Ziel, uns zu isolieren,

uns allmählich in ein Ghetto zu bringen, aus dem wir nicht hätten rauskönnen,die Barrieren brechen können. Sicher könnten in dieser Halle auch andere Genossen 'Rossa' sein, aber in dieser Halle könnte auch jemand von ihnen sein.
Und das zu sagen ist sicher nicht skandalistisch. Wir dürfen uns nicht schämen, das zu sagen, wir haben sie leider mitten in der Reihe der Arbeiterklasse."

## DESERTIERTE PERSISCHE SOLDATEN BERICHTEN

TEHERAN 21. Januar *Carlo Panella von der Redaktion von Lotta Continua ist seit einiger Zeit in Teheran. Vor rund 14 Tagen hat er mit Polizisten und Soldaten geredet, die desertiert sind. Er schreibt:*

„Die Moschee ist der Treffpunkt, für alle Initiativen, von hier geht alles aus. So sind wir, als wir mit einem Militär reden wollten, zur Moschee gegangen, und wurden von dort in das Haus eines 45jährigen Feldwebels der bewaffneten Polizei geführt. Die Gendarmerie ist eine der Hauptachsen, auf die sich das persische Regime heute noch stützt... Was hat sich geändert in der Polizei nach der Flucht des Schahs? Die Offiziere, die Kommandanten, die Disziplin — hat sich was geändert?

„Ja, es hat sich allerhand geändert. Früher war die Disziplin eisern, unausstehlich. Jetzt sind 60% der Offiziere mit dem Bruch, der stattgefunden hat, einverstanden und sie sagen es freimütig. Die Gendarmerie war ein eiserner Körper, viele Offiziere, die sich unmenschlichen Befehlen widersetzt haben, sind im Knast, einige seit über 20 Monaten." Gibt es noch viele höhere Offiziere, die einen Putsch vorbereiten?

„Die Gefahr eines Putsches besteht weiterhin... Aber bisher ist es ihnen nicht gelungen, Truppen zu finden, die ihnen gehorchen. Heute sind in der Luftwaffe sehr viele Offiziere im Streik, einige sogar im Hungerstreik. Zwei der größten Luftwaffenstützpunkte des Landes sind völlig vom Kampf der Militärs gelähmt, funktionieren nicht mehr. In der Genarmerie sind von 60000 Militärs, alle Berufssoldaten, gut 8000 desertiert, wie ich..." Sie sind desertiert? Und halten sich trotzdem zuhause auf?

„Klar, ich bin vor 32 Tagen abgehauen, vor der Flucht des Schahs. Das Chaos ist so groß, daß sie es womöglich gar nicht bemerkt haben. Und wenn sie es bemerkt haben, können sie nicht 8000 Deserteure aus der Gendarmerie aufgreifen. Dazu haben sie weder Zeit noch Leute." Im Fall eines Putsches, glauben Sie, daß es bewaffneten Widerstand auch von Seiten des Militärs, die mit der Volksbewegung solidarisch sind, geben wird?

„Bisher hat es keinen Putsch gegeben, hauptsächlich weil es unmöglich war, die Luftwaffe und die Gendarmerie zu kontrollieren. Sicher, wenn es trotzdem zu einem Putsch kommen sollte, dann wird es sicher viele Militärs geben, die die Leute verteidigen würden und die gegen die Putschisten schießen würden. Und auch deswegen riskieren sie es nicht." Warum sind Sie desertiert, anstatt in Ihrer Abteilung zu bleiben und eventuell Ihre Waffen zu gebrauchen, um das Volk zu verteidigen?

„Ich bin vor der Flucht des Schah geflohen, als noch das Risiko bestand, den Befehl zu bekommen, gegen das Volk schiessen zu müssen, oder auf die Soldaten, die sich weigerten, gegen das Volk zu schießen. Ich will nicht mehr schießen..."

**Nur die Amerikaner können einen Putsch machen**

„In einem noch chaotischeren Verkehr als normal bin ich rausgefahren an die Peripherie Teherans, wir treffen uns im Haus eines Mullahs. Fünf junge Soldaten sind gekommen, sie haben noch ihre superkurzen Haare: es sind Deserteure. Übrigens sieht mensch neuerdings in Teheran sehr viele junge Leute mit diesen superkurzen Haaren: viele habe sie sich so kurz geschnitten, damit die desertierten Soldaten nicht so auffallen...

Die fünf Soldaten sind drei Leutnante, ein Feldwebel und ein Hauptmann, vier von ihnen kommen aus Panzereinheiten. Was riskiert ihr, wenn sie euch aufgreifen? „In normalen Zeiten zwischen 3 und 15 Jahren Knast. Aber unter dem jetzigen Kriegsrecht riskieren wir die Todesstrafe. Aber wir wissen, nur von einem einzigen Fall, daß ein Deserteur hingerichtet wurde. In unsere Wohnungen sind sie nur gekommen, um Informationen zu sammeln, suchen tun sie uns nicht, dazu haben sie nicht genug Leute. Um dir mal einen Eindruck von der Desertationsbewegung zu geben: In der Einheit von einem von uns sind 15 Offiziere und Hunderte von Unteroffizieren abgehauen."
Diese Einheit hatte auf das Volk geschossen?
„Ja, in Kazi."
Gab es Fälle von Rebellion?
„Ja, ein Soldat hat sich geweigert zu schießen, jetzt ist er im Gefängnis, umd ein anderer hat in einer Demonstration seine Einheit verlassen und ist in der Demonstration untergetaucht. In meiner Einheit sind im Dezember 570 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten abgehauen, 37% der Kaserne!"
Seid ihr mit euren Waffen abgehauen?
„Nein, ich weiß von einem Freund von mir, der mit einem Gewehr und einer Pistole abgehauen ist, aber das Heer hat seinen Bruder in den Knast gesteckt und sie wollen ihn drinlassen, bis die Waffen wieder da sind."

Nur die Waffen? Nicht er?
„Ja, ihnen reichen die Waffen."
Im Heer sind Militärs geblieben, die mit den Waffen das Volk gegen einen Putsch verteidigen wollen?
„Im Heer sind auch in den vergangenen Jahren viele Offiziere aller Grade erschossen worden, die rebelliert haben. Der Aufruf zur Desertation von Chomeini jetzt war nicht an die 200000 Berufssoldaten gerichtet, sondern an die Wehrpflichtigen, aber auch unter den Berufssoldaten gibt es immer mehr Leute, die auf der Seite des Volks sind. Überlegt euch, daß in ganz Teheran Kassetten verkauft werden, auf denen ein Gespräch mit dem Schah wiedergegeben ist, in dem er sagt, man müsse das Heer säubern, es sei völlig von antipatriotischen Elementen infiltriert. Und diese Kassette hat ein sehr hoher Offizier weitergegeben, der an dieser exklusiven Besprechung des Schah teilgenommen hat."
Befürchtet ihr Spannungen, Auseinandersetzungen, wenn Chomeini ankommt?
„Nein, das glauben wir nicht. Aber wer in der persischen Armee befiehlt, sind die Amerikaner. Direkt mit ihren 40000 ‚Beratern', und die persischen Offiziere gehorchen. Die Armee funktionierte, weil die Offiziere entweder Angst hatten oder die Person den Schah für unantastbar hielten oder aus finanziellen Privilegien. Jetzt besteht diese Angst in der Armee nicht mehr, der Schah ist nicht mehr im Land, und wir halten es für unwahrscheinlich, daß es zu einer Einheit unter den Generälen gegen Chomeini kommt."
Hattet ihr Kontakt zu amerikanischen Offizieren?

„In meiner Einheit waren die Amerikaner den ganzen Tag über in den Büros, mit den Schuhen auf den Schreibtischen, und gaben Anordnungen, sie machten gar nichts sonst, sie waren richtige Machtsymbole."
Gaben sie euch direkt Befehle?
„Nein, die Befehle gaben die persischen Offiziere, die die Rolle von untergeordneten Befehlsweitergebern spielten."
Das heißt, falls es einen Putsch geben sollte, dann können ihn nur die Amerikaner machen, die persischen Generäle können nicht selbständig an einen Putsch denken?
„Nein, nur die Amerikaner haben das Kommando über die Armee, sie kontrollieren alle operativen Einheiten."
Und was denkt ihr über die amerikanische Truppe?
„Ich hasse sie, wir sabotieren sie, in meiner Einheit sabotieren wir die Autos der amerikanischen Offiziere, die mußten dann repariert werden."
Wenn es einen Putsch geben sollte, kann dann die Volksbewegung mit Waffen antworten?

„Ja, Waffen sind da, vor allem würden wir sie von der Armee selbst nehmen, von den ganzen Militärs in den ganzen Einheiten, die uns welche geben würden. Wir hätten auch mehr Erfahrung darin, wann mensch zu schießen anfangen muß, aber der bewaffnete Kampf ist Sache der ganzen Bewegung, der Männer und der Frauen, wie alle Schritte die wir in diesen Monaten der islamischen Revolution gemacht haben."

## MAL WIEDER: RE(D)AKTIONELLE VERANTWORTUNG IM ANZEIGENTEIL DER FRANKFURTER RUNDSCHAU

**Anzeige gab angeblich falsches Bild vom Iran**

FRANKFURT 23. Januar 79 An der Fachhochschule Frankfurt entstand nach der großen Demonstration vom 25. November 1978 und innerhalb eines Streiks zweier Fachbereiche eine Gruppe von Leuten, die es leid waren, sich ständig einer Flut von reaktionären Äußerungen und Positionen gegen Ausländer im allgemeinen und Perser im besonderen aussetzen zu müssen.

Bekanntgeworden ist unter anderem auch der Fall des Fachhochschul-Dozenten Sickinger, der Iraner aus seiner Vorlesung rauswarf und ein übles rassistisches Hetzflugblatt an der Fachhochschule (FH) verteilte (siehe ID Nr. 259).

Mittlerweile hat das Komitee auch Zulauf von außerhalb der Fachhochschule bekommen.

Am 19. Dezember 1978 wollte das Komitee eine Anzeige in der Frankfurter Rundschau veröffentlichen, um auf die drohende Ausweisung iranischer Oppositioneller aufmerksam zu machen. Hier der Text:

*AUSWEISUNG = TODESURTEIL*

***Am 9. Dezember 1978 hat Oberbürgermeister Wallmann in Frankfurt die Ausweisung des iranischen Studenten Djalal Motamedian verfügt (FR vom 11.12.78).***

***Weitere Personen sind von der Ausweisung bedroht.***

***Nach Angaben von Amnesty International gibt es zur Zeit mindestens 20.000 politische Gefangene im Iran, von denen ca. 6000 bis 7000 von Militärgerichten verurteilt worden sind.***

***Folterungen der politischen Gefangenen gehören dort zur Tagesordnung. Durch Folterungen und Haftbedingungen sind schon viele Gefangene umgekommen. Außerdem sind mehrere tausend Menschen bei den Aufständen ermordet worden.***

***Die Bundesrepublik unterstützt nicht nur offen das Schah-Regime, sondern würde mit der Ausweisung in ihr Heimatland oppositionelle Iraner der Folter und der Hinrichtung durch den iranischen Geheimdienst SAVAK ausliefern.***

***Wir verurteilen diese Ausweisungsverfügungen und fordern deren Rücknahme!***

*AUSWEISUNG IN DEN IRAN BEDEUTET DAS TODESURTEIL*

***Keine Ausweisungen von Iranern !***

***Kein Verbot der CISNU !***

Die Anzeige wurde unterstützt von ca. 150 Professoren, Journalisten, Beamten, Angestellten, Personen des kulturellen Lebens und Allgemeinen Studentenausschüssen.

Die 'Rundschau' hätte diese Anzeige veröffentlicht, wäre es nur um die Ausweisungsproblematik gegangen: *„Besser wäre eine einfache Protestnote gegen die Ausweisungsverfügung im Besonderen"*, hieß es. Das Iran-Komitee wollte aber gleichzeitig über die politischen Zustände im Iran und die Beziehungen zwischen Westdeutschland und Iran informieren. Da durch die Aufhebung der Trennung von juristischen Vorgängen (Ausweisung) und politischen Hintergründen in diesem Anzeigentext „ein falsches Bild" beim Leser entstehen könnte, lehnte die 'Rundschau' ab *(wie bei der Todesanzeige von Hilde Pohl, siehe ID 263!)*.

Die geplante Anzeige in der 'Rundschau' sollte mit der Unterstützung durch die Unterschriften der erste Versuch sein, das verordnete Schweigen über die Hintergründe der Aufstände und die entfachte Pogromstimmung gegen Ausländer in den Medien zu durchbrechen.

Nachdem bereits einige tausend Info-Flugblätter mit einer Erklärung über die Ablehnung der Rundschau-Anzeige verteilt wurden, arbeitet das Komitee jetzt an einer Informationsbroschüre zum Iran. Darin sind folgende Beiträge geplant:

Zur Rolle des Islam / Politische Gefangene und Unterdrückungsapparat des Schah-Regimes / CISNU (oppositionelle Arbeit in der BRD) / Frauen im Iran / Einschätzung der künftigen Entwicklung und Darstellung der Opposition / Aktuelle Ereignisse um die Demonstration am 25. November 1978.

Zum Schluß noch die dringende Bitte an jeden, der dazu in der Lage ist, die weitere Arbeit des Komitees materiell zu unterstützen. Spendet auf das Konto der **Stadtsparkasse Frankfurt/Main, Konto-Nr. 107-026163.** Oder überweist speziell eine Spende zur Deckung der Anwaltskosten zum Ausweisungsverfahren von Djalal !

*Kontakt: Iran-Komitee an der Fachhochschule, Nibelungenplatz 1, 6000 Frankfurt 1, Tel.: über (0611) 28 05 97.*



***Vierzig Tage nach dem Massaker vom 8. September 1978, das bekannt wurde als „Blutiger Freitag", verlassen demonstrierende Frauen den Teheraner Behesht Zahra Friedhof.***

***Das Foto stammt von Eva Cockcroft der 'Liberation News Service'/USA.***

Postvertriebsstück ID NR. 267 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

**Achtung liebe Abonennten!**
**Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...**
**KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!**

**EIGENTUMSVORBEHALT:** *Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*